

ao

aktuelle
ostinformationen



Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

im Mittelpunkt der vorliegenden Ausgabe der „aktuellen ostinformationen“ steht Ostmitteleuropa, wobei unser Nachbarland Polen und die deutsch-polnischen Beziehungen besonders intensiv unter die Lupe genommen werden. Der Tatsache, dass Polen seit einigen Monaten eine neue Regierung hat, ist der einleitende Aufsatz von *Theo Mechtenberg* gewidmet, in dem eine erste Bilanz der Regierung unter Donald Tusk geboten wird. Dabei geht der Autor natürlich auch auf das in den letzten Jahren nicht ungetrübte Verhältnis zwischen Deutschland und Polen ein. Mit den nach wie vor guten deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen beschäftigt sich hingegen der Aufsatz von *Katarzyna Boba*, in dem die Autorin die deutschen Investitionen in Polen analysiert. Einen interessanten Einblick in die wirtschaftliche Situation und den in Polen durchaus kontrovers geführten wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs bietet ebenfalls der Kongressbericht von *Piotr Pysz*.

Das Thema Polen wird in den von *Gerhard Schüsselbauer* verfassten Länderinfos um aktuelle Informationen über Tschechien und Ungarn erweitert. In ihnen werden zuverlässige Daten über die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation dieser ostmitteleuropäischen Kernländer geliefert. Anschaulich, konkret und humorvoll berichtet *Bettina Anker* über ihr Schulpraktikum in der Zentralukraine und liefert damit verblüffende Innenansichten über ein im Westen immer noch zu wenig bekanntes Land.

Der deutsche Vernichtungskrieg im besetzten Polen und die sog. „Sonderaktion Krakau“ stehen im Zentrum des Beitrags von *Helmut Skowronek*, den der Autor im Rahmen der vom 27. Januar bis 16. März 2008 im Historischen Saal der VHS-Bielefeld gezeigten Ausstellung „Größte Härte“ am 13. Februar 2008 als Vortrag an der Universität Bielefeld gehalten hat.

Diesen Beiträgen schließen sich zwei ausführlich Buchreportagen sowie etliche Rezensionen an, in denen wir – wie immer – über einschlägige Neuerscheinungen berichten.

Zbigniew Wilkiewicz

.....
Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:
Sparkasse Herford (BLZ 494 501 20), Konto-Nr. 250 003 514.

.....
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.
.....

Inhalt

Beiträge

<i>Theo Mechtenberg</i> Erste Bilanz der polnischen Regierung unter Donald Tusk.....	4
<i>Katarzyna Boba</i> Delokalisierung der Produktion von Deutschland nach Polen	17
<i>Gerhard Schüsselbauer</i> Länderinfos Polen, Tschechien, Ungarn	27
<i>Bettina Anker</i> Ein Schulpraktikum in der Zentralukraine.....	48

Dokumentation

<i>Helmut Skowronek</i> „Sonderaktion Krakau“	57
--------------------------------------------------------	----

Berichte

<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> Europäische Erweiterung/ Innere und äußere Sicherheit	66
<i>Piotr Pysz</i> VIII. Kongress der polnischen Ökonomen – Warschau 29. bis 30. November 2007	70

Buchreport

<i>Gerhard Schüsselbauer</i> Neue Literatur von Mircea Cărtărescu, Catalin Dorian Florescu, György Konrád, László Krasznahorkai	76
<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> Alfred Gall, Thomas Grob, Andreas Lawaty, German Ritz (Hg.): Romantik und Geschichte. Polnisches Paradigma, europäischer Kontext, deutsch-polnische Perspektive.....	82

Rezensionen

Stefan Lehr: Ein fast vergessener „Osteinsatz“. Deutsche Archivare im Generalgouvernement und im Reichskommissariat Ukraine.	88
Madlen Benthin: Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. Deutsche und tschechische Erinnerungskulturen im Vergleich.	90
Erika Worbs, Andrzej Markowski, Andreas Meger (Hg.): Polnisch-deutsches Wörterbuch der Neologismen.....	93
Deutsches Polen-Institut (Hg.): Jahrbuch Polen 2008. Jugend.....	95
Holger Münch: Leitbilder und Grundverständnisse der polnischen Europapolitik. Studien zur Europäischen Union.....	97
Marlies Bilz: Tatarstan in der Transformation. Nationaler Diskurs und Politische Praxis 1988-1994.	99
Christian Rittershofer: Lexikon Politik, Staat, Gesellschaft. 3600 aktuelle Begriffe von Abberufung bis Zwölfmeilenzone.	102

Beiträge

Theo Mechtenberg

Erste Bilanz der polnischen Regierung unter Donald Tusk

Normalerweise verfolgen deutsche Bürger Wahlen in ihren Nachbarländern ohne sonderliches Interesse. Am 21. Oktober 2007 war dies allerdings anders. An diesem Tag wurde in Polen ein neues Parlament gewählt. Die Regierung unter *Jarosław Kaczyński* hatte ihre beiden Koalitionspartner, die populistische „Selbstverteidigung“ unter ihrem mehrfach krimineller Handlungen beschuldigten Vorsitzenden *Andrzej Lepper* sowie die national-katholische, in der Vorkriegstradition der Nationaldemokratie stehende „Liga der Polnischen Familien“ eingebüßt und dadurch ihre Mehrheit im Sejm verloren. So waren nach gerade einmal zwei Jahren in der Mitte der Legislaturperiode vorgezogene Neuwahlen erforderlich geworden – übrigens in den knapp zwei Jahrzehnten der III. Republik eher die Regel als die Ausnahme.

Belastungen der deutsch-polnischen Beziehungen

Dass man in der Bundesrepublik dem Ausgang der Wahlen mit Spannung entgegen sah, hatte seine Gründe. Bereits unter der von den Postkommunisten geführten Vorgängerregierung war in den deutsch-polnischen Beziehungen eine Klimaverschlechterung eingetreten. Verantwortlich dafür war wohl mehr die deutsche als die polnische Seite: Das vom „Bund der Vertriebenen“ angestrebte „Zentrum gegen Vertreibungen“ stieß in der polnischen Gesellschaft auf deutliche Ablehnung. Man sah darin den Versuch einer Neuinterpretation des Zweiten Weltkriegs, durch die sich in Deutschland der Akzent von einem Täter- zu einem Opferbewusstsein verschieben würde. Auf die Gründung der „Preußischen Treuhand“ mit ihren Besitzansprüchen auf das durch die Vertreibung im heutigen Polen zurückgelassene Hab und Gut reagierte man in Polen mit der Forderung nach Reparationsleistungen für die im Krieg erlittenen Verluste. Dem verlieh eine „Polnische Treuhand“ Nachdruck, die sich zudem für eine Neuverhandlung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages von 1991 aussprach. Und die zwischen Bundeskanzler *Schröder* und Präsident *Putin* vereinbarte Ostsee-Pipeline weckte in unserem Nachbarland in Analogie zu Rapallo das Gespenst einer deutsch-russischen Verständigung auf Kosten Polens.

Das aus den Wahlen im Herbst 2005 hervorgegangene politische Polen unter Präsident *Lech Kaczyński* und der von seinem Zwillingsbruder *Jarosław* straff geführten Partei „Recht und Gerechtigkeit“ übernahm somit bereits die Belastungen des deutsch-polnischen Verhältnisses. Doch statt gemeinsam mit der deutschen Seite nach Kompromissen zu suchen und auf eine Lösung der Probleme hinzuarbeiten, tat die neue Regierung alles, um den Konflikt zu verschärfen. Für sie war die Deutschlandpolitik all ihrer Vorgängerregierungen seit dem europäischen Umbruch des Jahres 1989 ein Ausdruck der Schwäche und eine Preisgabe nationaler Interessen. Man charakterisierte sie – und dies in einem negativen Sinn – als „Versöhnungspolitik“ und rührte damit an das Fundament unserer bilateralen Beziehungen. Nun sei es an der Zeit, eine Position

der Unnachgiebigkeit zu beziehen, die freilich mehr in verbalen Attacken als im Erreichen konkreter Ziele bestand.

Während auf der diplomatischen Ebene die deutsch-polnischen Beziehungen stagnierten, trugen die Medien beiderseits der Oder das Ihre zu einer deutsch-polnischen Eiszeit bei. Der „Spiegel“ präsentierte die beiden *Kaczyńskis* rittlings auf dem Rücken der am Boden kriechenden *Angela Merkel*, um wohl auf solche Weise deren Wunschvorstellung einer ihnen gefügigen deutschen Bundeskanzlerin und europäischen Ratspräsidentin zu karikieren. „Wprost“ konterte daraufhin mit einer Darstellung der deutschen Kanzlerin als „Stiefmutter Europas“ mit den an ihren Brüsten saugenden *Kaczyńskis*. Und schließlich porträtierte die „taz“ den polnischen Präsidenten in Anspielung auf seine Körperform als „Polens neue Kartoffel“, was das polnische Präsidialamt zu einer offiziellen Beschwerde bei der deutschen Regierung veranlasste.

Angesichts dieser verfahrenen Situation hoffte man in der Bundesrepublik auf einen Wahlsieg von *Donald Tusk*, dem fünfzigjährigen Chef der „Bürgerplattform“. Wie so manche polnischen Politiker, die sich heute befehden, gehörte auch *Tusk* zur „Solidarność“ und fungierte in den 80er Jahren als Herausgeber illegaler Zeitschriften. Politisch war er seit 1990 in verschiedenen aus der „Solidarność“ hervorgegangenen politischen Gruppierungen tätig und verfügt seit langem – ganz im Gegensatz zu den *Kaczyńskis* - über gute Kontakte zu deutschen Politikern und Publizisten. 2005 war er im Kampf um das Präsidentenamt von der Partei der *Kaczyńskis* wegen seiner Deutschfreundlichkeit scharf attackiert worden.

Die Parlamentswahlen – Fakten und Analyse

Der Wahlkampf wurde mit harten Bandagen geführt. Die *Kaczyński*-Partei schreckte nicht davor zurück, staatliche Institutionen für ihre Zwecke einzuspannen. So stellte man einer Abgeordneten der „Bürgerplattform“ eine Falle. Sie wurde durch einen getarnten Vertreter der Korruptionskommission zur Annahme von Bestechungsgeldern überredet. Drei Tage vor den Wahlen machte dann die Korruptionskommission den Vorgang im Fernsehen öffentlich. Doch dieses Manöver war zu durchsichtig und dürfte *Jarosław Kaczyński* mehr geschadet als genutzt haben.

Zwei Wochen vor dem Wahltermin sahen die Umfragen „Recht und Gerechtigkeit“ noch mit 3% vor der „Bürgerplattform“ in aussichtsreicher Position. In der Bundesrepublik fürchtete man, die „Bürgerplattform“ von *Donald Tusk* könne durch die Strategie der gegnerischen Partei, welche die Reizthemen Korruption und Abrechnung mit den Postkommunisten besetzt hatte, marginalisiert werden. Während die „Bürgerplattform“ bis zu dem Fernsehduell zwischen *Donald Tusk* und *Jarosław Kaczyński* seltsam blank blieb, stilisierte sich „Recht und Gerechtigkeit“ als Polens Rettung und beschwor in Anspielung auf die Verhängung des Kriegsrechts sogar einen neuen „13. Dezember 1981“ für den Fall, dass die „Bürgerplattform“ die Wahl gewinnen und mit der Linken eine Koalition eingehen würde.

Der Urnengang am 21. Oktober 2007 kam somit einem Plebiszit für oder gegen *Jarosław Kaczyński* und seine Partei gleich. Entsprechend war der Andrang in den Wahllokalen. In einigen Warschauer Wahlbezirken kam es zu Wahlunterbrechungen, weil die Wahlscheine ausgegangen waren und erst neue besorgt werden mussten. Daher

verlängerte sich die Wahl um drei Stunden, und die Stimmenauszählung verzögerte sich. Als dann spät in der Nacht das vorläufige Wahlergebnis bekannt gegeben wurde, stand der deutliche Wahlsieg von *Donald Tusk* fest. Mit 41,51% der abgegebenen Stimmen lag seine Partei um gute neun Punkte vor „Recht und Gerechtigkeit“, die lediglich 32,11% für sich verbuchen konnte. Das Linksbündnis mit ihrem Spitzenkandidaten *Aleksander Kwaśniewski*, dem ehemaligen postkommunistischen Präsidenten, kam auf 13% und die Bauernpartei von *Waldemar Pawlak* auf 8,91%.

Höchst aufschlussreich ist die Analyse dieses Wahlergebnisses. Vergleicht man die Wahl vom 21. Oktober 2007 mit der vor zwei Jahren, dann zeigt sich bei beiden Spitzenparteien ein deutlicher Stimmenzuwachs, bei der „Bürgerplattform“ um mehr als 14%, bei „Recht und Gerechtigkeit“ um 8%. Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens die mit 53,88% um 13% höhere Wahlbeteiligung als 2005, überhaupt die höchste aller bisherigen Parlamentswahlen nach 1989; zweitens die vernichtende Wahlniederlage der einstigen Koalitionspartner „Selbstverteidigung“ und „Liga der Polnischen Familien“, die beide den Einzug in den Sejm verpassten. Mit einem Stimmenanteil unter 3% haben sie zudem keinen Anspruch auf Erstattung von Wahlkampfkosten und dürften vorerst keine Rolle mehr spielen. Zudem zeigt dieses Wahlergebnis, dass die Polen weit weniger für populistische und extremistische Parolen anfällig sind, als dies gemeinhin in Deutschland vermutet wird.

Was die Wählerstruktur betrifft, so fand die „Bürgerplattform“ besonders starke Zustimmung bei der jungen Generation sowie bei den im Ausland arbeitenden Polen, die sich diesmal im Unterschied zu 2005 äußerst zahlreich an der Wahl beteiligt hatten. Erst bei den über Sechzigjährigen konnte die national-konservative *Kaczyński*-Partei die liberal-konservative „Bürgerplattform“ überflügeln. Auch der Bildungsgrad spielte eine Rolle: Je höher er war, um so deutlicher fiel die Wahlentscheidung zu Gunsten von *Donald Tusk* aus. Bleibt noch die Untersuchung des Wahlverhaltens nach Wohnort und Region. Während die Anhängerschaft von „Recht und Gerechtigkeit“ vornehmlich aus Kleinstädten und Dörfern stammte, punktete die „Bürgerplattform“ in den Städten und urbanen Regionen. Der Befund läßt die vorsichtige Prognose zu, dass eine breite Mehrheit die Modernisierungsprozesse unterstützt und die sich für sie besonders aussprechende „Bürgerplattform“ damit um vieles zukunftssträchtiger eingeschätzt wird als die Partei „Recht und Gerechtigkeit“, die eher mit der Vergangenheit als mit der Zukunft des Landes assoziiert wird.

Für unsere beiderseitigen Beziehungen besonders erfreulich ist der Wahlsieg der „Bürgerplattform“ in den ehemals deutschen West- und Nordgebieten. Er zeigt, dass die deutschfeindliche Rhetorik von *Jarosław Kaczyński* und seiner Partei gerade in den westlichen Grenzregionen auf Ablehnung gestoßen ist und sich die deutsch-polnische Versöhnung in den letzten zwei Jahren als durchaus belastbar erwiesen hat.

Veränderung der politischen Landschaft

Wahlergebnis und Wahlanalyse zeigen somit einen starken Wandel der politischen Landschaft. Solche durch Parlamentswahlen hervorgerufene Veränderungen sind indes für Polen nichts Ungewöhnliches. Es gab sie fast immer in den Legislaturperioden der vergangenen knapp 20 Jahre. Sie belegen eine geringe Bindungs- und Lebenskraft der

Parteien. Immer wieder verschwanden wie in den jüngsten Wahlen, so auch in der Vergangenheit Parteien von der politischen Bühne, und es traten neue an ihre Stelle. Es stellt sich die Frage, ob diese Regel in Zukunft ihre Fortsetzung findet oder ob mit der jetzigen politischen Landschaft das Spektrum der vier im Sejm vertretenen Parteien stabil bleibt.

Wenngleich diese Frage spekulativ ist, so bietet doch die Wahlanalyse einige Anhaltspunkte zu ihrer Beantwortung. Dabei gilt das besondere Augenmerk dem weiteren Schicksal von *Jarosław Kaczyński* und seiner Partei sowie dem mit dem Etikett „postkommunistisch“ versehenen Linksbündnis.

Jarosław Kaczyński hatte, durch die Prognosen in seiner Meinung bestärkt, fest mit einem Wahlsieg gerechnet. Umso schwerer traf ihn und seine Partei die Niederlage. In der Bundesrepublik wäre in einer vergleichbaren Situation der oder die Parteivorsitzende zurückgetreten. Nicht so *Jarosław Kaczyński*. Er räumte seinen Stuhl nicht, und in der von ihm äußerst straff geführten Partei fand sich niemand, der es gewagt hätte, gegen ihn anzutreten. Doch es rumorte in ihren Reihen. Drei stellvertretende Vorsitzende, die gegen seinen autoritären Führungsstil aufbegehrt und die Wahlkampfstrategie kritisiert hatten, wurden vom Parteichef gemaßregelt und verließen die Partei. Weniger prominente Funktionsinhaber taten es ihnen gleich. Diese internen Konflikte mögen „Recht und Gerechtigkeit“ schwächen, doch in ihnen bereits Auflösungserscheinungen zu sehen, wäre doch eine Fehleinschätzung. Es bleibt zu vermuten, dass sich in der politischen Ausrichtung der Partei wenig ändern wird. Auch in Zukunft wird ihre Anhängerschaft vornehmlich unter unzufriedenen, durch die Modernisierungsprozesse sich benachteiligt fühlenden und in ihrer nationalen wie religiösen Identität verunsicherten Wählerschichten zu finden sein. Mit ihrer antimodernen Ausrichtung dürfte allerdings „Recht und Gerechtigkeit“ die Chance einer Rückkehr zur Macht verspielen, es sei denn, die neue Regierung versagt und verliert die Gunst ihrer Wähler.

Jarosław Kaczyński hat seinem Rivalen eine „totale Opposition“ angekündigt, für die er sich nicht ohne Grund die Unterstützung des Präsidenten, seines Zwillingsbruders *Lech*, erhofft. Es ist jedoch fraglich, ob sich eine vornehmlich destruktive Politik auszahlt. Erste Umfragen zeigen jedenfalls, dass diese Rechnung kaum aufgehen wird. Die Störfeuer aus dem Präsidentsamt dürften die Position von *Donald Tusk* eher stärken und die Aussichten von *Lech Kaczyński*, 2010 als Präsident wieder gewählt zu werden, zunichte machen. Es scheint, dass der im Wahlkampf unternommene Versuch, die „Bürgerplattform“ zu marginalisieren, nun wie ein Bumerang auf die *Kaczyńskis* zurückschlägt.

Auch noch in anderer Hinsicht hat sich die Wahlkampfstrategie von „Recht und Gerechtigkeit“ nicht ausgezahlt. Diese war, wie bereits gesagt, stark auf eine endgültige Abrechnung mit den „Postkommunisten“ ausgerichtet. Die Beschwörung der Gefahr eines postkommunistischen Polens hat jedoch den Einzug des Linksbündnisses als drittstärkste Partei ins Parlament nicht verhindern können. Andererseits zeigt der Stimmenanteil von 13,15% zugleich die Schwäche der postkommunistischen Formation. Ein entschiedener Einfluß auf die politische Gestaltung Polens dürfte von ihr in Zukunft nicht ausgehen.

Doch die Frage nach dem Stellenwert des „Postkommunismus“ im heutigen Polen ist von grundsätzlicher Bedeutung. *Jarosław Kaczyński* war 2005 unter der Parole angetreten, die „postkommunistisch“ belastete III. Republik durch eine von „Postkommunisten“ freie IV. Republik abzulösen. Dabei verfolgte er ein doppeltes Ziel: Erstens wollte er durch eine breit angelegte „Lustration“ den Staatsapparat von „Postkommunisten“ säubern und die Machenschaften korrupter „postkommunistischer“ Seilschaften aufklären und bekämpfen; zweitens sah er den „Geburtsfehler“ der III. Republik in den 1989 am „Runden Tisch“ getroffenen Vereinbarungen mit den Kommunisten, die ihnen auch weiterhin eine politische Einflussnahme garantierten. Dabei verkannte er allerdings die politischen Umstände, unter denen sich 1989 der politische Wandel in Polen vollzog. Immerhin bestand damals noch die Sowjetunion, und Polen gehörte noch dem Warschauer Pakt an. Die Alternative zu den Vereinbarungen am „Runden Tisch“ wäre statt einer evolutionären Entwicklung ein revolutionärer Bruch mit den Kommunisten gewesen – mit all den Risiken, die nach den Erfahrungen des im Dezember 1981 verhängten Kriegsrechts damit verbunden gewesen wären.

Eine andere Frage ist, wie lange man noch der polnischen Linken das diffamierende Etikett „postkommunistisch“ umhängen kann. Nachdem sich im Wahlkampf postkommunistische Verdächtigungen offensichtlich nicht ausgezahlt haben, werden sie bei den nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wohl erst recht keine Rolle mehr spielen. Zumal die nach 1989 geborenen Jungwähler mit dem Argument einer „Abrechnung mit den Postkommunisten“ kaum an die Wahlurnen zu locken sein werden. Zudem ist zu bedenken, dass sich die polnische Linke selbst nicht als „postkommunistisch“ versteht, das Attribut also eine Fremdzuweisung darstellt. Man muß ihr auch zugute halten, dass sie sich inzwischen weitgehend von den kommunistischen Altkadern gelöst hat; sie dürfte als eine sozialdemokratische Formation ihren Platz im polnischen Parteienspektrum behaupten.

Eine erste Bilanz

Mitte Februar 2008 waren 100 Tage Regierung *Tusk* vergangen; Zeit für eine ersten Bilanz. Unmittelbar nach seinem Wahlsieg nahm *Donald Tusk* Gespräche mit *Waldemar Pawlak*, dem Vorsitzenden der Bauernpartei, auf. Sie konnten zügig und problemlos mit einer Koalitionsvereinbarung beendet werden. Unter Berücksichtigung des einen Sitzes der deutschen Minderheit verfügt die Regierung aus „Bürgerplattform“ und Bauernpartei mit 241 Abgeordneten gegenüber 219 der zudem gespaltenen Opposition über eine stabile Mehrheit im Sejm. Interne Koalitionskonflikte werden kaum zu erwarten sein. Zu unterschiedlich ist das jeweilige Wählerpotential beider Parteien. Überschneidungen sind hier so gut wie ausgeschlossen. Dennoch gibt es einige Politikfelder, auf denen Kompromisse geschlossen werden müssen, so in Fragen der Besteuerung, der Privatisierung und – dies vor allem – der Subventionierung der Landwirtschaft. Doch beide Koalitionspartner wissen, dass sie nur gemeinsam eine erfolgreiche Politik betreiben können. Jedenfalls kann diese Koalitionsregierung als um vieles stabiler eingeschätzt werden, als es die letztlich gescheiterte Koalition der Vorgängerregierung war.

Einen Monat nach den Wahlen gab *Donald Tusk* am 23. November 2007 in einer dreistündigen Rede seine Regierungserklärung. Er kündigte eine mit einer solidarischen Sozialpolitik verbundene liberale Wirtschaftspolitik an, eine Art Sozialer Marktwirtschaft. Inwieweit ihm dieses Junktum im Zeitalter globalisierter Märkte gelingt, wird sich zeigen. Erste Streiks der Bergleute, der Lehrer, der Zollbeamten und des Krankenhauspersonals signalisieren die Schwierigkeit, bei dem engen Finanzrahmen des Staatshaushaltes notwendige Reformen, speziell im Gesundheitswesen, durchzuführen sowie den Gehalts- und Lohnforderungen der im Staatssektor Beschäftigten nachzukommen. Mit einer Steuersenkung erhofft sich die Regierung weitere wirtschaftliche Wachstumsraten. Wie die Vorgängerregierung sagt auch die gegenwärtige Koalition den Kampf an. Mit der Trennung der Funktionen des Justizministers von der des Generalstaatsanwaltes will *Tusk* die von den *Kaczyńskis* angetastete Gewaltenteilung wieder herstellen.

Donald Tusk nahm den Ablauf der ersten 100 Tage seiner Regierung zum Anlass, um für 2010 einige weitreichende Reformpläne anzukündigen. Damit setzt er stillschweigend voraus, dass durch die in jenem Jahr fälligen Präsidentschaftswahlen *Lech Kaczyński* von einem Kandidaten der „Bürgerplattform“ abgelöst wird und seine Reformpolitik nicht weiter blockiert werden kann. Im Einzelnen plant *Tusk* die Einführung eines einheitlichen Steuersatzes von 18% unter Wegfall bestehender Steuervergünstigungen, was das Steuersystem radikal vereinfachen und wahrscheinlich die wirtschaftliche Entwicklung beflügeln würde. Allerdings müsste wohl eine solche Entscheidung sozial abgefedert werden, um die ohnehin bestehende Kluft zwischen arm und reich nicht noch weiter zu vertiefen. Dann möchte er das Verhältniswahlrecht zugunsten der Direktwahl ändern, den Senat abschaffen, die Immunität der Abgeordneten beschneiden, den Parteien keine Gelder mehr aus dem Staatshaushalt zur Verfügung stellen und anstelle der allgemeinen Wehrpflicht eine Berufsarmee einführen.

Bereits in seiner Regierungserklärung hatte *Donald Tusk* seiner Hoffnung auf eine gedeihliche Zusammenarbeit mit dem Präsidenten Ausdruck verliehen. Doch erste Anzeichen deuten eher darauf hin, dass *Lech Kaczyński* der neuen Regierung das Leben schwer machen möchte. Möglichkeiten dazu hat er. Anders als in der Bundesrepublik verfügt der polnische Präsident aufgrund der Verfassung über ein beträchtliches Maß an Macht. Er hat über die Souveränität und Sicherheit des Landes zu wachen (Art. 126), repräsentiert den Staat in den Außenbeziehungen (Art. 133) und ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Art. 134). In besonderen Fällen kann er durch Vermittlung des Kabinetts einen eigenen Rat berufen, dem er selbst vorsitzt (Art. 141). In der Außen- und Verteidigungspolitik schreibt die Verfassung eine Zusammenarbeit von Präsident und Regierung vor. Das mag gut gemeint sein, doch sind damit Konflikte vorprogrammiert. Seit die Verfassung vor über zehn Jahren in Kraft trat, hat es nur eine kurze Phase harmonischer Kooperation zwischen Präsident und Regierung gegeben – in den zwei Jahren, in denen die von „Recht und Gerechtigkeit“ geführte Koalitionsregierung an der Macht war und sich *Jarostaw Kaczyński* der vorbehaltlosen Unterstützung seines Zwillingsbruders *Lech* erfreuen konnte. Nun hat es den Anschein, dass der Präsident, der aus seiner Abneigung gegenüber der neuen Regierung kein Hehl

macht, zu ihr auf Konfrontationskurs geht. So nahm er die Krise im Gesundheitswesen zum Anlass, um sich über die Vorhaben der Regierung zu ihrer Lösung informieren zu lassen. Nach kurzer Zeit brach er jedoch die Anhörung ab und ließ über die Presse mitteilen, die Regierung sei unvorbereitet gewesen. Doch die wehrte sich gegen die Unterstellung, und sie sorgte dafür, dass das vollständige Protokoll der Sitzung veröffentlicht wurde, das die Regierung vom Vorwurf der Untätigkeit und Unfähigkeit entlastete und den Präsidenten als den für das Scheitern der Besprechung Verantwortlichen erscheinen ließ. Auch bei der von *Tusk* getroffenen Wahl der Minister hatte der Präsident, wenn auch vergeblich, versucht, seinen Einfluss geltend zu machen und speziell die Ernennung von Außenminister *Radostaw Sikorski* zu verhindern. Der Grund für diese Intervention war offenbar der, dass *Sikorski* zeitweise in der *Kaczyński*-Regierung Verteidigungsminister gewesen war und er nun – gleichsam als „Überläufer“ – in besonderer Weise die Ungnade des Präsidenten zu spüren bekommen sollte. Bei nächster Gelegenheit hat er ihn dann ohne vorherige Absprache zum Rapport bestellt und damit *Sikorski* genötigt, seinen Besuch bei der Europäischen Union in Brüssel vorzeitig abubrechen. Nach diesem Eklat kam es zwischen dem Premier und dem Präsidialamt zum Streit darüber, wer über den Terminkalender für Ministerbesuche beim Präsidenten zu bestimmen habe. Zudem hat der Präsident bereits angekündigt, das geplante Gesetz zur Trennung der Ämter des Justizministers und des Generalstaatsanwaltes durch sein Veto zu verhindern. Da zur Aufhebung des Vetos die Stimmen von 3/5 der Parlamentarier erforderlich sind, bestehen nach der gegenwärtigen politischen Konstellation durchaus Möglichkeiten einer Blockadepolitik. Seit Jahren diskutiert man in Polen, ob die durch die Verfassung vorgesehene Doppelspitze von Premier und Präsident dem Land mehr Schaden als Nutzen bringt. Die Stimmen mehren sich, entweder nach amerikanischem Muster den Präsidenten mit der Regierungsvollmacht auszustatten oder diese nach dem Vorbild des deutschen Grundgesetzes dem Premier zu übertragen und die Rolle des Präsidenten auf mehr repräsentative Funktionen zu beschränken. Ob allerdings für die eine oder die andere Variante die erforderliche 2/3-Mehrheit der Sejmabgeordneten gefunden wird, ist höchst zweifelhaft.

Klimawechsel in den deutsch-polnischen Beziehungen

Eine erste, in der Bundesrepublik sehr positiv aufgenommene Geste war die Ernennung von *Wladyslaw Bartoszewski* zum Staatssekretär. Er soll den Premier außenpolitisch beraten und ist speziell für das Verhältnis zu Deutschland zuständig. *Tusk* weiß sich der von *Helmut Kohl* und *Tadeusz Mazowiecki* vorgezeichneten Linie einer Politik auf der Basis der Versöhnung verpflichtet, die indes bestehende Probleme nicht ausspart, sondern dazu verhilft, diese in einem vertrauensvollen Klima anzusprechen und – wenn möglich – zu lösen. Eines dieser Probleme ist der jahrelange Streit um das vom „Bund der Vertriebenen“ angestrebte „Zentrum gegen Vertreibungen“. In Anspielung auf das „Zentrum“ erklärte *Tusk* wörtlich: „Man kann den Stil und die Effizienz der Außenpolitik ändern, aber die Probleme in den gegenseitigen Beziehungen verschwinden nicht deswegen, weil sich die Regierungsmannschaft in Warschau und

Berlin ändert. Deshalb werden wir auch Entscheidungen nicht akzeptieren, die eine fundierte historische Bilanz in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg in Zweifel ziehen.“¹

Ein erster Erfolg zur Lösung dieses leidigen Problems ist die am 5. Februar 2008 in Warschau zwischen Kulturstaatsminister *Bernd Neumann* und Staatssekretär *Władysław Bartoszewski* getroffene Übereinkunft. Nach Erläuterung der Konzeption des von der Bundesregierung anstelle des „Zentrums“ geplanten „Sichtbaren Zeichens“ im Gedenken an die Vertreibung der Deutschen, doch nicht nur der Deutschen, ist nun die polnische Seite bereit, diesem Projekt gegenüber eine Haltung „freundlicher Neutralität“ einzunehmen. Offenbar erfüllt das Projekt die polnische Forderung, den Zusammenhang von Flucht und Vertreibung mit dem Terrorsystem des Nationalsozialismus deutlich zu machen und nicht zu verschleiern. Zudem erklärte sich die deutsche Seite zur Unterstützung einiger polnischer Projekte bereit. Im Einzelnen betrifft dies die Einrichtung eines dem Zweiten Weltkrieg gewidmeten Museums in Danzig, den Bau eines Museums der polnischen Geschichte in Berlin, das insbesondere die Bedeutung der *Solidarność* für den Fall der Berliner Mauer und den europäischen Umbruch insgesamt betonen wird, sowie eine Ergänzung der Berliner Ausstellung „Topographie des Terrors“ um die Leiden der polnischen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg. Im Hinblick auf das Jahr 2009 mit dem Gedenken an den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren verdient das von deutscher Seite gleichfalls unterstützte Projekt einer Gedenkstätte auf der Westerplatte besondere Erwähnung.

Die Warschauer Übereinkunft stellt angesichts des geschichtspolitischen Konflikts der jüngsten Vergangenheit einen wichtigen Schritt zur Verbesserung unserer binationalen Beziehungen dar. Auch wenn sich daraus kein gemeinsames Geschichtsbewusstsein ergibt und auch nicht ergeben kann, so dienen doch diese Initiativen einem besseren wechselseitigen Verstehen und dürften unsere Völker einander näher bringen.

Die getroffene Vereinbarung macht zudem Hoffnung auf die Lösung weiterer Probleme. So auf die wechselseitige Rückgabe von Kulturgütern. Entsprechende Verhandlungen befinden sich seit längerem in einer Sackgasse. Von deutscher Seite fordert man seit Jahren vergeblich die Aushändigung der sich im Archiv der Krakauer Universitätsbibliothek befindenden Bestände der Berliner Staatsbibliothek, die während des Krieges im niederschlesischen Kloster Grüssau ausgelagert waren. Ihr bedeutendster Teil sind die handschriftlichen Partituren herausragender deutschsprachiger Komponisten. Lange Zeit glaubte man, sie seien den Kriegswirren zum Opfer gefallen. Erst als 1970 der polnische Parteichef *Edward Gierek* bei einem Staatsbesuch in der DDR *Erich Honecker* die Originalpartitur von Mozarts „Zauberflöte“ zum Geschenk machte, wurde man in der Bundesrepublik hellhörig. Doch Polens damalige kommunistische Regierung leugnete trotz dieses Indizes, im Besitz des Berliner Bestandes zu sein. Erst nach dem europäischen Umbruch wurde offiziell bestätigt, dass diese deutschen Kulturgüter wohl erhalten in Krakau lagern.

Um diese Bestände gibt es zwischen der Bundesrepublik und Polen einen fast 20 Jahre währenden Rechtsstreit. Von deutscher Seite beruft man sich auf die Haager

¹ Donald Tusk: Was für eine Union braucht Polen, was für eine Gemeinschaft braucht Europa? In: Dialog 80/81, (2007/2008), S. 13.

Konvention, die Kulturgüter ausdrücklich von Reparationsleistungen ausschließt. Polen seinerseits sieht sich aufgrund der Potsdamer Beschlüsse im Recht, Kulturgüter, die in dem Polen zugesprochenen ehemaligen deutschen Reichsgebiet aufgefunden wurden, als Staatseigentum zu betrachten. Hinzu kommt, dass bis heute nur wenige von Deutschen im besetzten Polen geraubte polnische Kulturgüter identifiziert wurden, was Voraussetzung einer Rückgabe wäre. Um in der Sache weiter zu kommen, müsste zunächst eine möglichst vollständige Liste von Deutschen geraubter Kulturgüter erstellt werden, eine Aufgabe, die eine enge Zusammenarbeit polnischer und deutscher Experten erfordert. Der Klimawechsel in den deutsch-polnischen Beziehungen bietet dazu eine gute Ausgangsbasis, um auch die Verhandlungen um Rückgabe der Berliner Bestände – vielleicht durch einen Kompromiss – zu einem guten Abschluss zu bringen. Ein weiteres, durch die „Preußische Treuhand“ verursachtes Problem sei nur kurz erwähnt. Sie versucht, auf dem Rechtsweg die Rückgabe des Grundbesitzes von Vertriebenen einzuklagen oder entsprechende Entschädigungen von Polen zu erwirken. Die Bundesregierung hat sich wiederholt und unmissverständlich von den Aktivitäten der „Preußischen Treuhand“ distanziert und sollte dies auch weiterhin tun. Rechtsexperten sind im Übrigen der Überzeugung, dass selbst Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof keine Chance haben. Hier wird es wohl darauf ankommen, die polnische Öffentlichkeit sachgerecht zu informieren und von der Vorgängerregierung geschürte Ängste abzubauen.

Polens Platz in Europa

Im außenpolitischen Teil seiner Regierungserklärung sprach *Tusk* auch das Verhältnis Polens zur Europäischen Union an. Anders als *Jarosław Kaczyński* und seine Partei sieht er Polens Stärke im Rahmen der Europäischen Union und nicht in einer Profilierung gegen sie. Das ist bemerkenswert, gab es doch in der Vergangenheit auch seitens der „Bürgerplattform“ eine europakritische Einstellung. So stammt der viel zitierte Slogan „Nizza oder den Tod“ von *Jan Rokita*, einem damals führenden Vertreter der „Bürgerplattform“.²

Ohne die *Kaczyńskis* beim Namen zu nennen, kritisierte *Donald Tusk* in einem Beitrag deren Europapolitik. Im Gegensatz zur stark national geprägten Vorstellung einer „Vormauer“, welche die Vorstellung einer belagerten Festung impliziere, vertritt er die „Idee von einem Polen als `Brücke`.“ Die Mentalität der „Vormauer“ vermöge zwar „eine große Widerstandskraft“ zu entwickeln, forme „aber zugleich misstrauische Haltungen voller Traumata und Komplexe“, wodurch man sich „unaufhörlich auf der Suche nach äußeren und inneren Feinden“ befinde. Die „Idee der `Brücke`“ sei demgegenüber nicht mit einem völkisch verstandenen Verständnis von Nation verbunden, sondern „mit der multiethnischen und multikonfessionellen Tradition der Polnisch-Litauischen Adelsrepublik, mit ihrer republikanischen Demokratie und

² Diese Äußerung steht in Zusammenhang mit der in der später gescheiterten europäischen Verfassung vorgesehenen „doppelten Mehrheit“ bei Beschlüssen des Europäischen Rates bzw. des Ministerrates. Damit sollte die im Dezember 2000 in Nizza getroffene Vereinbarung abgelöst werden. Diese hatte für Polen 27 Stimmen vorgesehen, zwei weniger als die vier großen EU-Staaten. Polnische Politiker sahen in der Korrektur des in Nizza getroffenen Beschlusses eine Schwächung der polnischen Position innerhalb der EU.

praktizierten Toleranz“ - also mit fundamentalen Prinzipien der Europäischen Union. Damit bringt *Tusk* die Kompatibilität Polens mit der Europäischen Union zum Ausdruck und spricht sich für ein „europäisches“ Polen aus. Seine Aufgabe sieht der Premier vor allem darin, für diese Identität stiftenden europäischen Grundprinzipien innerhalb der EU einzutreten. In besonderer Weise betont *Tusk* – und auch dies im Unterschied zur *Kaczyński*-Regierung – die enge Zusammenarbeit zwischen Berlin und Warschau zur weiteren Vertiefung der europäischen Gemeinschaft. So erinnert der Premier an die 1990 vom damaligen polnischen Außenminister *Krzysztof Skubiszewski* formulierte „deutsch-polnische Interessengemeinschaft“, die für seine Politik richtungsweisend sei. In der durch Absprache zwischen dem ehemaligen Bundeskanzler *Schröder* und Präsident *Putin* geplanten Ostsee-Pipeline sieht *Tusk* ein die deutsch-polnischen Beziehungen belastendes und zugleich die Europäische Union insgesamt tangierendes Problem. Der Vertrag war ohne Rücksprache mit den Ostseeanrainern zustande gekommen, so dass sich diese, zumal Polen, hintergangen fühlten. Das einseitige deutsche Vorgehen muss daher als Verstoß gegen die sonst eingeforderte Europäisierung bilateraler und multilateraler Beziehungen innerhalb der EU gewertet werden. Zudem werde – so *Tusk* – die Gefahr einer einseitigen Abhängigkeit von russischen Energielieferungen erhöht. Positiv zu vermerken ist, dass man in Brüssel aufgrund der polnischen Kritik inzwischen das deutsch-russische Energiebündnis sehr skeptisch betrachtet und nach Möglichkeiten Ausschau hält, durch ein gesamteuropäisches Konzept Russland einzubinden.

Eine erste Bewährungsprobe ihrer Europapolitik hatte die neue Regierung in Zusammenhang mit der Ratifizierung des in Lissabon beschlossenen EU-Reformvertrages zu bestehen. Da der von ihr eingebrachte Gesetzesentwurf zur Verabschiedung einer Zweidrittelmehrheit der Sejmabgeordneten bedurfte, war die Regierung auf Stimmen aus dem Lager der *Kaczyński*-Partei angewiesen. Diese machte ihre Zustimmung von Änderungen im Gesetzesentwurf abhängig. So sollte in einer dem Gesetz vorangestellten Präambel betont werden, dass die Souveränität des polnischen Staates in keiner Weise durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union beeinträchtigt werde und der Grundrechte-Charta für Polen nur eine eingeschränkte Gültigkeit zukomme. Dies lehnte die Regierung ab. Als Kompromiss schlug sie vor, die von „Recht und Gerechtigkeit“ eingebrachten Änderungsvorschläge nicht als Präambel, sondern lediglich als eine gesonderte EntschlieÙung zu verabschieden. In die Auseinandersetzung schaltete sich auch *P. Rydzik* ein und machte die weitere Unterstützung von „Recht und Gerechtigkeit“ durch „Radio Maryja“ von der Ablehnung des Lissaboner Vertrages abhängig. Als *Jarostaw Kaczyński* vor dem Parlament erklärte, seine Fraktion würde geschlossen gegen den Vertrag stimmen, falls die Forderungen seiner Partei nicht berücksichtigt würden, konterte die Regierungskoalition mit der Ankündigung, Neuwahlen auszuschreiben und die Zustimmung zum EU-Reformvertrag über ein Referendum einzuholen. Angesichts der Umfragen, welche der „Bürgerplattform“ die absolute Mehrheit in Aussicht stellen, lenkte die oppositionelle *Kaczyński*-Partei ein und machte den Weg frei für eine Verabschiedung des Lissaboner Vertrages durch den Sejm.

Die USA – wichtigster Garant für Polens Unabhängigkeit und Sicherheit?

Dass ein gutes Verhältnis zu den USA für jede polnische Regierung Priorität besitzt, versteht sich von selbst. Dennoch fragt es sich, ob es immer im polnischen Interesse liegt, amerikanischen Wünschen bereitwillig nachzukommen. Wie schwierig es im konkreten Fall sein kann, bilaterale Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu „europäisieren“, hat nicht zuletzt der Irakkrieg gezeigt. In der Frage einer Beteiligung an diesem nun schon Jahre währenden Krieg ohne Frieden war Europa bekanntlich gespalten. Damals galt Polen, das bis heute im Irak mit einem Militärkontingent engagiert ist, geradezu als Trojanisches Pferd der Amerikaner in Europa.

Nun sieht sich Polen wiederum einer vergleichbaren Situation gegenüber. Diesmal hat es die Vorgängerregierung versäumt, sich in einer wichtigen Frage mit den Mitgliedstaaten der EU abzustimmen. In bilateralen Verhandlungen mit den USA erklärte sie sich mit der Installierung eines Raketenabwehrschildes auf polnischem Territorium grundsätzlich einverstanden. Damit hat sie der jetzigen Regierung ein Problem hinterlassen, das der Lösung des gordischen Knotens gleich kommt. Die Hektik polnischer Reisediplomatie in den ersten Monaten dieses Jahres zeigt die Schwierigkeit, vor die sich die *Tusk*-Regierung gestellt sieht. Verteidigungsminister *Bogdan Klich* verhandelte im Januar in Washington und bekam zu hören, dass Polen mit bereits 750 Millionen Dollar Militärhilfe der größte Empfänger in Europa sei und man daher eine schnelle Einigung in der Frage des Raketenabwehrsystems erwarte. Polen spielt derweil in der Hoffnung auf den im November fälligen Regierungswechsel in den USA auf Zeit. Doch die Amerikaner erhöhten den Druck, so dass zwei Wochen später Außenminister *Radosław Sikorski* und Außenministerin *Condoleezza Rice* auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Washington bekannt gaben, man habe sich über die Installierung des Raketenschutzschildes in Polen geeinigt. Der USA-Besuch von *Donald Tusk* Anfang März bestätigte diese Vereinbarung, und Präsident *Bush* stellte eine weitere Militärhilfe zur Modernisierung der polnischen Streitkräfte in Aussicht. Aus dem Kreml ist nun zu hören, Polen habe den Dialog mit Moskau einseitig abgebrochen und dürfe sich nicht wundern, wenn der Raketenschutzschild auf seinem Boden zum Zielobjekt russischer Raketen werde.

Nun rächt es sich, dass die *Kaczyński*-Regierung auf die amerikanischen Forderungen einging, ohne dass es Washington gelungen war, Moskau davon zu überzeugen, dass das gegen mögliche Angriffe aus dem Iran gerichtete Abwehrsystem auch in seinem Interesse liegt. Der Kreml sieht darin vielmehr - und wohl durchaus nachvollziehbar - im Gegenteil einen strategischen Vorteil der USA gegenüber dem eigenen Land. An diesem Standpunkt vermochten auch Moskaureisen des polnischen Außenministers und des Premiers nichts zu ändern.

Angesichts dieser verworrenen Lage war es sicher keine kluge Entscheidung, sich auf ein so risikoreiches Vorhaben eingelassen zu haben, ohne Konsultationen auf europäischer Ebene, ohne Abstimmung mit der Nato und ohne Einverständnis Moskaus. Man kann daher Zweifel hegen, ob die Installierung eines amerikanischen Raketenabwehrschildes im Südosten Polens die Sicherheit des Landes erhöht. Es sieht wohl eher danach aus, dass sie – selbst bei einer Sicherheitsgarantie der USA – gemindert wird und daher kaum im polnischen Interesse liegen dürfte.

Ein weiterer Punkt, der die polnisch-amerikanischen Beziehungen berührt, ist der von *Tusk* im Wahlkampf angekündigte Rückzug des polnischen Militärkontingents aus dem Irak. Wenngleich diese Ankündigung nicht wahlentscheidend war, so entsprach sie doch einer in der Bevölkerung vorherrschenden Grundstimmung. Rein formell ist gegen den Abzug nichts einzuwenden, ist doch die Bereitstellung eines polnischen Truppenkontingents auf den Herbst diesen Jahres begrenzt. Aber die Stationierung im Irak könnte verlängert werden, was nicht nur von der oppositionellen *Kaczyński*-Partei gefordert wird, sondern wohl auch den Interessen der USA entsprechen dürfte. So gesehen demonstriert *Tusk* gegenüber Washington eine größere Selbständigkeit als dies bislang der Fall war. Zudem macht der Premier damit deutlich, dass seine Regierung Militäreinsätze im Ausland künftig nur noch im Rahmen von EU und Nato befürworten wird.

Klimaverbesserung auch in den polnisch-russischen Beziehungen?

Der Streit um die Errichtung eines amerikanischen Systems zur Abwehr von transkontinentalen Raketen auf polnischem Territorium bedeutet für die Russlandpolitik der neuen Regierung alles andere als eine gute Ausgangsbasis. Dennoch möchte *Donald Tusk* auch zu Russland ein, wenn nicht gerade freundschaftliches, so doch ein sachliches, die eigenen Interessen wahrendes Verhältnis anzustreben. Es ist nicht in seinem Sinn, lediglich zwischen der Europäischen Union und der Ukraine eine „Brücke“ zu bilden, gegenüber Russland aber die traditionelle Mentalität einer „Vormauer“ zu pflegen. So hat denn auch der polnische Premier auf dem Neujahrsempfang am 30. Januar 2008 die Absicht einer wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Partnerschaft mit Russland ausdrücklich bekräftigt.

Auch aus Moskau gab es ein Signal der Entspannung. Noch vor Jahresende 2007 hob der Kreml das Importverbot für polnische Fleischwaren auf. Es war als Reaktion auf das polnische Engagement für die orangene Revolution in der Ukraine verhängt worden und dies aufgrund gefälschter Importpapiere, die offenbar aus Indien stammendes Fleisch als polnische Lieferung ausweisen sollten. Nachdem sich die polnische Regierung vergeblich bemüht hatte, die EU-Kommission zur Lösung des Konflikts einzuschalten, blockierte sie durch ein Veto die für den Herbst 2007 geplante Aufnahme von Verhandlungen zwischen der EU und Russland zur Erneuerung des Ende 2007 auslaufenden Partnerschaftsabkommens. Die russische Seite verbindet selbstverständlich mit dem einseitigen Schritt der Aufhebung des Embargos die Erwartung, dass Polens neue Regierung ihrerseits den Weg für ein neues Partnerschaftsabkommen frei macht. Erste Gespräche in dieser Frage führten sowohl Außenminister *Sikorski* als auch Premier *Tusk* am 21. Januar bzw. am 8. Februar in Moskau. Nach der erforderlichen Abstimmung innerhalb der EU kann damit gerechnet werden, dass die blockierten Verhandlungen noch in der ersten Jahreshälfte aufgenommen und zu einem Abschluss gebracht werden.

Inzwischen ist auch die 2002 ins Leben gerufene, aber bald wieder suspendierte polnisch-russische Arbeitsgruppe „schwierige Fragen“ neu belebt worden. Ihr polnischer Vorsitzender, der kurzzeitige polnische Außenminister *Adam Daniel Rotfeld*, äußerte sich in einem Interview mit dem „Tygodnik Powszechny“ über ihre Zielsetzung.

Danach liegt ihre Aufgabe vornehmlich in der moralischen Aufarbeitung der wechselseitig belasteten Vergangenheit und weniger in der Klärung aktueller politischer Probleme. Angesichts der Tatsache, dass nach einer Umfrage vom Dezember 2006 nur 2% der polnischen Bevölkerung die polnisch-russischen Beziehungen als gut einschätzt, 63% dagegen als schlecht, scheint dies der richtige Ansatz zu sein, zumal man bei dem ausgeprägten historischen Bewusstsein der Polen, wohl weniger der Russen, davon ausgehen kann, dass diese Aversion ihre tiefen geschichtlichen Wurzeln hat. *Rotfeld* erwähnt allerdings nur zwei mit dem Zweiten Weltkrieg verbundene Belastungen – den Mord an den polnischen Offizieren in Katyń sowie die massenhafte Deportation der Zivilbevölkerung nach Sibirien. Hier erhofft man sich von der russischen Seite eine klare Verurteilung dieser stalinistischen Verbrechen sowie eine zumindest moralische Wiedergutmachung. Dass *Andrzej Wajdas* Film „Katyń“ derzeit in *Putins* Russland zu sehen ist, kann gleichfalls als eine Geste guten Willens verstanden werden.

Rotfeld ist sich sehr wohl bewusst, dass Russlands innenpolitische Situation auf die Konsultationen der gemeinsamen Arbeitsgruppe ihre Schatten werfen kann. Nüchtern schätzt er ein, dass die russischen Demokratiebestrebungen der 1990er Jahre vorerst gescheitert sind. Wörtlich sagte er: „In den Augen der Russen ist Demokratie gleichbedeutend mit Destabilisierung, Verbrechenszunahme und Oligarchie. Leider, die Jahre 1991 bis 1999 brachten Millionen Russen außer Meinungsfreiheit, Freiheitsrechte und Öffnung zur Welt Verarmung und eine ungewisse Zukunft. *Putin* traf eine Entscheidung: Er zentralisierte den Staat, beschränkte die Demokratie, aber auf seine Art stabilisierte er Russland... Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland sind zwar Desiderate, doch sie müssen das Resultat einer inneren Entwicklung sein.“³

Diese nüchterne Lagebeurteilung dürfte *Rotfeld* die Verhandlungen mit der russischen Seite erleichtern. Ob sie erfolgreich sein werden, wird sich zeigen. Doch der Versuch ist es wert.

100 Tage sind eine zu kurze Zeit, um über Erfolg oder Mißerfolg einer Regierung urteilen zu können. Dennoch ist im Falle der polnischen Koalitionsregierung ein vorsichtiger Optimismus berechtigt. Sie scheint stabil zu sein, ihre Mehrheit im Sejm ist ausreichend, die Umfrageergebnisse für *Donald Tusk* sind weiterhin gut. Erste von der Regierung unternommene Schritte weisen in die richtige Richtung. Die neue Regierung wird gewiß im In- und Ausland für weniger Schlagzeilen sorgen als ihre Vorgängerin. Das kann für Polen nur gut sein, wenngleich dies zu einem nachlassenden Interesse an Polen führen könnte. Dem entgegenzuwirken dienen nicht zuletzt meine Ausführungen.

³ Jesteśmy sobie potrzebni (Wir brauchen einander), Tygodnik Powszechny 51/52 v. 23./30. 12. 2007.

Katarzyna Boba¹

Delokalisierung der Produktion von Deutschland nach Polen

1. Einleitung

Im Zeitalter der Globalisierung beobachtet man gegenwärtig auf EU-Ebene ein neues Phänomen, das mit der Anlage von Direktinvestitionen ausländischen Kapitals durch die alten in den neuen Länder der EU verbunden ist. Diesen Prozess nennt man Delokalisierung und er ergibt sich aus den Veränderungen hinsichtlich der Defragmentierung der Produktion und den daraus resultierenden Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur.

Ziel des vorliegenden Artikels ist die Analyse derjenigen Integrationsprozesse in der EU, die einen Einfluss auf das Phänomen der Delokalisierung haben, sowie die Beantwortung der Frage, welche Determinanten für die Größe und Struktur des Kapitalzuflusses von Bedeutung sind. Aber es geht auch um die Bedingungen, unter denen die deutschen Investoren aktiv werden und um deren Motive bei der Lokalisierung von Investitionen in Polen. Die Antwort auf die so gestellte Frage wird uns mit Hilfe einer Analyse näher gebracht, die Punkt für Punkt den Begriff und die Merkmale der Delokalisierung ausländischer Direktinvestitionen nach Polen sowie das Problem der Delokalisierung in Deutschland beschreibt. Der Artikel stützt sich sowohl auf polnische als auch auf ausländische Sachliteratur sowie auf Quellen des GUS (Polnisches Hauptamt für Statistik), der PAiIZ (Polish Information and Foreign Investment Agency) und UNCTAD (United Nation Conference on Trade and Development). In die Arbeit wurden ebenfalls eigene Beobachtungen und Schlussfolgerungen im Hinblick auf die sich in der EU vollziehenden Delokalisierungsprozesse einbezogen.

2. Delokalisierung in der erweiterten EU

2.1 Der Begriff der Delokalisierung

Der von *Learner* in den 1990er Jahren verwendete Begriff der Delokalisierung wird von der EU wie folgt umschrieben: „ein Prozess der Übertragung der Wirtschaftstätigkeit ins Ausland, der die Veränderungen des Funktionierens von Unternehmen widerspiegelt, die sich aus der Anpassung an die immer stärker werdende Wettbewerbsorientierung sowie aus den sich immer schneller vollziehenden technologischen Veränderungen ergeben“². Der Terminus der Delokalisierung ist allerdings kein Begriff, der ein neues Phänomen in der Wirtschaft beschreibt, sondern ist eher eine weitere Charakteristik der Fragmentierung der Produktion, die die Aufteilung des Produktionsprozesses in Bestandteile beinhaltet, die an verschiedenen Orten (Lokalisierung), darunter auch im Ausland, stattfindet.

¹ Die Autorin promoviert an der Uniwersytet Wrocławski. Ośrodek Badań i Dokumentacji Unii Europejskiej email:k.boba@prawo.uni.wroc.pl

² Delokalizacja w rozszerzonej Unii Europejskiej - perspektywa wybranych państw UE : wnioski dla Polski / Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową ; Uniwersytet Warszawski. Wydział Nauk Ekonomicznych. - Warszawa : Urząd Komitetu Integracji Europejskiej Departament Analiz i Strategii, 2006.

Bei der Delokalisierung der Produktion lassen sich zwei Arten unterscheiden:

Eine kleine Firma transferiert diejenigen Produktionsphasen ins Ausland, bei denen die Arbeitskosten die größte Belastung darstellen, wonach die Waren wieder reimportiert werden. Oder ein Unternehmen plant mit der gesamten Produktion umzuziehen, um den lokalen oder die benachbarten Märkte zu erobern. In einem solchen Fall bieten einige Staaten größere Garantien und Privilegien an.³

2.2 Warum kommt es zum Phänomen der Delokalisierung?

Investoren werden von neuen Mitgliedsstaaten durch die Reduktion der Steuersätze angezogen, günstigere Regelungen für Arbeitgeber im Bereich der Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern werden angeboten, niedrigere Gebühren beim Ankauf von Immobilien werden gewährt.

3. Bedingungen für den ausländischen Kapitalzufluss nach Polen

Seit Mitte der 1990er Jahre hat Polen unter den ostmitteleuropäischen Staaten hinsichtlich des Zustroms von Auslandsinvestitionen eine Führungsrolle inne. Der entscheidende Faktor, der zu einer Gewinnung ausländischer Investoren führte, war die Systemtransformation in Richtung Marktwirtschaft, durch die für Investoren günstige rechtliche, ökonomische sowie infrastrukturelle Bedingungen geschaffen wurden. Solche Ereignisse wie die Mitgliedschaft im IWF (1986), im Europäischen Rat (1991), in der OECD (1996), der Beitritt zur NATO (1999) sowie die Mitgliedschaft in der EU (2004) bewirkten eine Stabilisierung Polens sowie die erhöhte Attraktivität für ausländische Investoren.

Die von PAIIZ wiederholt veröffentlichten Ergebnisse weisen Polen als relativ attraktiven Standort für Direktinvestitionen aus. Diese Tatsache ruft bei vielen westlichen Politikern, die einen Exodus von Unternehmen aus dem der sog. „alten“ EU in die neuen Mitgliedstaaten befürchten, möglicherweise Besorgnis hervor. Die relativ niedrigen Arbeitskosten in Ostmitteleuropa sind mit Sicherheit ein wesentlicher Faktor, der Unternehmen dazu verleiten kann, ihre Aktivitäten in diesen Teil des Kontinents zu verlegen. Ist der sich in der EU vollziehende Prozess der Delokalisierung tatsächlich die dominierende Strategie der Unternehmen, um eine Verbesserung ihrer Wirtschaftsergebnisse zu erzielen? Die Analyse der von PAIIZ gesammelten Daten führt uns auf die so gestellte Frage zu folgender Antwort. Der Wert ausländischer, in Form von Direktinvestitionen in Polen angelegter Mittel belief sich im Jahre 2006 auf eine Quote von 15.061 Mio. Euro. Sie war um 6.781 Mio. Euro, also um 81,9 Prozent höher als im Vorjahr, in dem sie 8.280 Mio. Euro betragen hatte. Einige Daten über die Struktur der Zuflüsse von Auslandskapital in Form von Direktinvestitionen in den Jahren 2005 bis 2006 bilden wir nachstehend ab:

³ <http://www.msz.gov.pl>

Tabelle 1. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach Polen 2005 bis 2006 in Mio. Euro⁴

Bestandteile des Kapitalstroms				
Jahr	Eigen Kapital	Reinvestierte Gewinne	Kredite der Investoren	Insgesamt
2005	3.555	2.709	2.016	8.280
2006	5.631	4.359	5.071	15.061

Die Summe von 15.061 Mio. Euro ausländischer Direktinvestitionen im Jahre 2006 setzt sich aus einem Anstieg des Eigenkapitals in Höhe von 5.631 Mio. Euro, investierten Gewinnen in Höhe von 4.359 Mio. Euro und einem Kreditumsatzsaldo von 5.071 Mio. Euro zusammen. Von den 15.061 Mio. Euro ausländischen Kapitalzuflusses stammten 13.242 Mio. Euro, also 87,9 Prozent, aus 25 Ländern der EU, und der Rest, das heißt 1.819 Mio. Euro, also 12,1%, aus anderen Staaten. Im Jahre 2006 stammten die meisten Mittel aus Luxemburg (3.573 Mio. Euro), Deutschland (2.707 Mio. Euro), Italien (1.353 Mio. Euro, aus den Niederlanden (1.303 Mio. Euro), Großbritannien (1.170 Mio. Euro) sowie aus Spanien (1.125 Mio. Euro).

Auf der im April 2006 veröffentlichten Liste der größten ausländischen Investoren in Polen fanden sich 1.081 Unternehmen aus 31 Ländern. Sie erfüllten die Kriterien eines direkten Investors (in den in Polen agierenden Aktiengesellschaften besaß der ausländische Investor mindestens 10 Prozent der Anteile) und ihre Investitionen hatten einen Mindestwert von 1 Mio. USD.⁵ Die größte Gruppe auf der Liste stellten Investoren aus Deutschland (252), Holland (124) und den USA (113), des weiteren aus Frankreich (98), Italien (61), der Schweiz (59), Großbritannien (57) und Dänemark (54).

3.1 Die Strategie angesichts des Zustroms von Direktinvestitionen nach Polen

Eine Strategie, die den Zustrom ausländischer Direktinvestitionen nach Polen gestaltet, sollte auf regional- und sozialpolitischen Prämissen beruhen. Die lokale und regionale Entwicklung wird durch den Zustrom ausländischer Direktinvestitionen, die ein Katalysator wirtschaftlicher Belebung sind, bestimmt. Polen benötigt Investoren, die die Arbeitslosigkeit reduzieren, ihre Mitarbeitenden fortbilden und zum Umweltschutz beitragen. In technologischer Hinsicht werden Investitionen des High-Tech-Typus erwartet, die mit modernem Know-how verbunden sind, Zukunftsbranchen repräsentieren und in unserem Lande wissenschaftliche Forschungsaufgaben durchführen. Die so definierten Ziele sollten zur Basis einer polnischen Strategie hinsichtlich ausländischer Direktinvestitionen werden⁶

⁴ www.paiz.gov.pl

⁵ J. Chojna: Inwestycje zagraniczne w Polsce, Instytut Koniunktur i cen handlu zagranicznego, Warszawa 2006.

⁶ A. Szymaniak: Kapitał zagraniczny w Polsce-uwarunkowania napływu i działalności, Uniwersytet im. A. Mickiewicza w Poznaniu, Poznań 2001.

Vom renommierten „Institute for Management and Development“ (IMD) in Lausanne wird die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder definiert, wobei die Bedingungen, unter denen die Wirtschaftstätigkeit geführt wird, systematisch erforscht werden. Danach standen im Jahre 2006 die USA an erster Stelle, wobei sie Hongkong, Singapur, Island, Dänemark und Australien übertrafen. Polen stand von 61 klassifizierten Ländern und Regionen erst an Position 58.⁷

Es ist unübersehbar, dass Polen zu Beginn des aktuellen Jahrzehnts seine Position unter den sich am schnellsten entwickelnden Ländern in unserer Region verloren hat. Im Jahre 2005 erfolgte eine Verlangsamung des polnischen Wirtschaftswachstums. Die erneute Belebung auf über 5 Prozent im Jahre 2006 kann man allerdings nicht mehr mit dem einmaligen Impuls begründen, den im Jahre 2004 der EU-Beitritt darstellte. Die Belebung im Jahre 2004 und besonders im Jahre 2006 hat ihren positiven Einfluss auf die Veränderung des Bildes von Polen als einem sich von den übrigen Ländern Ostmittel- und Osteuropas hervorhebenden Landes.

3.2 Sonderwirtschaftszonen (SWZ)

Das Wirtschaftsministerium hat einen Gesetzesänderungsentwurf für SWZ vorbereitet. Sein Ziel ist es, den Zustrom neuer Investitionen nach Polen zu dynamisieren, unter anderem durch die Verkürzung der bürokratischen Prozeduren, durch Befreiung von einem Teil der Abgaben sowie durch die Vereinfachung des Aufnahmeprozesses von Investoren in die SWZ.

Die wichtigsten Grundsätze der geplanten Veränderungen sind:

- Die Vergrößerung der zulässigen Fläche der SWZ
- Die Möglichkeit, vom SWZ-Fonds Gebrauch zu machen
- Die Verbesserung der Zugangsbedingungen für den Investor in die SWZ und damit verbunden, die Verkürzung der für Formalitäten benötigten Zeit
- Die Erstattungen von Energieversorgern im Hinblick auf fällige Netzanschlussgebühren
- Die vereinfachte Änderung der Bebauungspläne von bewaldeten und landwirtschaftlichen Flächen
- Die Befreiung von der Verpflichtung, einen Bericht über die Umwelteinflussung der Investitionen zu erstellen.⁸

Das Projekt sieht die Erweiterung der zulässigen Gesamtfläche der SWZ auf 12.000 ha vor, ohne dass Bedingungen an die Investitionshöhe und die Beschäftigung geknüpft werden. Das bisherige, bereits ausgeschöpfte Limit von 8.000 ha bestand aus zwei Fonds: 6.325 ha für Investitionen, ohne dass Bedingungen hinsichtlich Mindestanforderungen oder Arbeitsplätzen formuliert wurden; 1675 ha ausschließlich für Großinvestitionen. Dieses Konzept erlaubte es nicht, neue Flächen für SWZ in

⁷ J. Chojna, Inwestycje zagraniczne w Polsce, Instytut koniunktur i cen handlu zagranicznego, Warszawa 2006.

⁸ www.paiz.gov.pl

wirtschaftlich schwächeren Regionen auszuweisen, in denen die Schaffung kleinerer und mittlerer, nicht aber großer Investitionen möglich gewesen wäre.

4. Das Problem der Delokalisierung in Deutschland

Die Vertreter deutscher Wirtschaftsinstitute (Osteuropainstitut in München, das IWH in Halle, das ISI in Karlsruhe) räumen ein, dass die Frage der Delokalisierung in Deutschland eines der wichtigsten Probleme der öffentlichen Debatte darstellt und unverändert mit der EU-Erweiterung in Verbindung gebracht wird.⁹ Die Hauptbefürchtungen sind vor allem mit dem Transfer von Arbeitsplätzen aus Deutschland in die neuen EU-Staaten sowie mit der Lohnkostensenkung in Deutschland verbunden. Wie das ISI in Karlsruhe hervorhebt, unterliegen der Delokalisierung vor allem Firmen, die¹⁰

- große Produktionsserien unterhalten
- ein niedriges Verhältnis von Kapitalkosten zu Arbeitskosten aufweisen
- einen relativ niedrigen Anteil an Forschung und Entwicklung an ihren Umsätzen haben.

4.1 Faktoren, die zu einer Produktionsverlagerung von Deutschland nach Polen beitragen

In den von PAIZ durchgeführten Forschungen werden die niedrigen Lohnkosten als eine der Hauptursachen für die in Polen getätigten Investitionen bezeichnet.

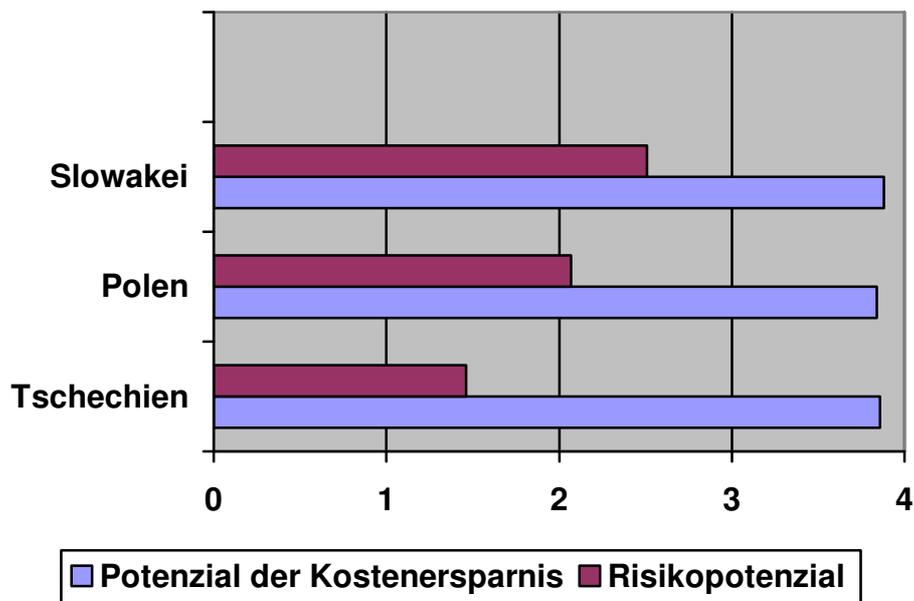
Niedrige Lohnkosten können in der Tat Quelle zahlreicher Vorteile sein, besonders bei arbeitsintensiven Industrien. Allerdings können Arbeitskosten nicht abgelöst von der Arbeitsproduktivität und -qualität betrachtet werden, was von den Managern der untersuchten Konzerne bestätigt wird. Nach der Realisierung von Investitionsplänen in Polen gelangten sie zur Überzeugung, dass unsere Unternehmen in der Lage seien, eine Warenqualität zu erzielen, die sich nicht von den Firmen und dem Niveau in westeuropäischen Ländern unterscheidet. Auch die starke Zunahme der Arbeitsproduktivität trug dazu bei, polnischen Betrieben im Rahmen von Konzernen erweiterte Produktionsaufgaben zuzuordnen.. Ein zusätzlicher, eminent großer Nutzen für ausländische Investoren, die ihr Kapital in Polen oder in anderen Nachbarländern investieren, besteht in der Möglichkeit, auf dem Arbeitsmarkt die am besten qualifizierten Arbeitskräfte auszuwählen. Polen sticht unter den EU-Staaten durch niedrige Dienstleistungs- und Energiepreise hervor, und seit 1995 auch durch Steuererleichterungen für Investoren in SWZ. Ein weiterer Vorteil, der sich aus der Lokalisierung der Wirtschaftstätigkeit in Polen ergibt, ist die geographische Nähe zum

⁹ Delokalizacja w rozszerzonej UE – perspektywa wybranych państw UE: wnioski dla Polski / Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową; Uniwersytet Warszawski. Wydział Nauk Ekonomicznych. – Warszawa: Urząd Komitetu Integracji Europejskiej Departament Analiz i Strategii, 2006.

¹⁰ S. Winkel, G. Lay, Produktionsverlagerungen unter der Lupe, Entwicklungstrends bei Auslandsverlagerungen und Rückverlagerungen deutscher Firmen, Fraunhofer ISI, Oktober 2004.

deutschen Markt. Dies bedingt eine Verkürzung der Lieferfristen, eine Verringerung der Transportkosten sowie die Vereinfachung der Kontakte zu diversen Produktionsstandorten.

Graphik 1. Bewertung der Delokalisationsbedürfnisse von Produktionsstandorten



Quelle: KPMG

Wie Graphik 1 zeigt, sind für Deutschland solche Nachbarstaaten wie Tschechien, Polen oder die Slowakei für die Umsetzung seiner Delokalisierungsvorhaben besonders interessant.

Graphik 2 veranschaulicht den Zusammenhang zwischen dem Potenzial an Kostenersparnis und der Risikoeinschätzung. In Russland und in China fallen ebenfalls niedrige Lohnkosten an, allerdings weisen diese Länder ein recht hohes Risikopotenzial auf, womit wir es in Polen nicht zu tun haben, weil hier die Konvergenzkriterien in rechtlicher, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht vor dem EU-Beitritt erfüllt werden mussten. Für nach Polen gelenkte Kapitalströme sprechen auch die geographische Nähe, die hochqualifizierten, deutsch sprechenden Arbeitskräfte sowie die abgeschlossenen Abkommen über die Doppelbesteuerung (zum Beispiel das Abkommen über die Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen Polen und Deutschland vom 10. Januar 2005).

Graphik 2. Potenzial der Kostenersparnis/Risikopotenzial

Potenzial der Kostenersparnis	hoch	Russland China, Indien	Rumänien Slowakei	Tschechien Polen
	mittel		Ungarn, Slowakei Singapur, Irland	
	niedrig			USA Österreich Schweiz
		hoch	mittel	niedrig
		Risikopotenzial		

Quelle: KPMG

4.2 Deutsche Investitionen in Polen

Nach dem neuesten Ranking der Weltbank ist Polen Deutschland gegenüber im Hinblick auf den Rahmen der Wirtschaftstätigkeit bei den folgenden Kategorien überlegen: kürzere Fristen, um eine Firma zu gründen; entschieden günstigere Regulierungen für Arbeitgeber im Bereich der Beschäftigung und Entlassung von Arbeitnehmern; niedrigere Abgaben beim Kauf von Immobilien; niedrigere Kosten bei der Rückzahlung von Verbindlichkeiten sowie eine höhere Ertragsquote bei der Beendigung der Wirtschaftstätigkeit.

Die Ergebnisse einer im Jahre 2004 vom Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) durchgeführten Untersuchung zeigen, dass sich deutsche Firmen bei der Investitionsentscheidung grundsätzlich von drei Motiven leiten lassen:

- Eroberung neuer Absatzmärkte
- Reduktion der Produktionskosten
- Erhaltung des bisherigen Lieferantennetzes.

Am 31. Dezember 2004 betrug der Gesamtbetrag des von deutschen Unternehmen investierten Kapitals 10,2 Mrd. Euro, wodurch die deutschen Firmen bei der Klassifikation ausländischer Investoren nach Frankreich, den Niederlanden und den USA den vierten Platz einnahmen. Im Jahre 2006 notierte man einen Investitionszuwachs bis zu 12,3 Mrd. Euro, was 16 Prozent der ausländischen Gesamtinvestitionen ausmachte und es Deutschland erlaubte, bereits den zweiten Platz nach den Niederlanden einzunehmen. Unter den auf der Liste von PAIIZ 1.101 größten Investoren, deren Investitionen im Jahre 2006 eine Mio. USD überschritten, finden sich 251 deutsche Firmen. Die meisten Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung sind in den Regionen um Warschau, Kattowitz, Danzig, Breslau, Posen, Stettin, Słupsk, Bydgoszcz und Koszalin angesiedelt.

Die größten deutschen Investoren in Polen sind nach den offiziellen Angaben vom 31. Dezember 2004:¹¹

¹¹ www.eksportuj.pl

- Metro AG (1.508 Mio. USD) – Supermärkte, Dienstleistungen
- Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG (1.336 Mio.USD) – Finanzvermittlung
- Volkswagen AG (873,1 Mio. USD) – Automobilproduktion in Posen, Gorzów Wlkp., Polkowice, Legnica
- Commerzbank AG (646,4 Mio. USD) – Beteiligung an BRE SA Warszawa,
- RWE Plus AG (400 Mio. USD) - Energie, Gas,
- Deutsche Bank AG (319,9 Mio. USD) – Deutsche Bank Polska S.A. in Warschau,
- Siemens AG (323,6 Mio. USD) – Handel, Reparaturen, Finanzvermittlung, Immobilien, Produktion von Elektroanlagen,
- Deutsche Bank AG (319,9 Mio. USD) – Finanzvermittlung,
- British American Tobacco GmbH (300 Mio. USD) – Produktion von Lebensmitteln, Getränken, Tabak,
- Pfeleiderer AG (204,6 Mio. USD) – Holzproduktion und Holzartikel,
- Allianz (175,0 Mio. USD) – Versicherungen (TU Allianz Polska i TU Allianz Leben, Beteiligung bei der Pekao SA),
- Ergo International Aktiengesellschaft (167,8 Mio. USD) – Versicherungen,
- ESSO Deutschland GmbH (164,5 Mio. USD) - Tankstellen.

Betrachtet man produzierende Unternehmen, so sollte darauf hingewiesen werden, dass in letzter Zeit immer mehr deutsche Investitionen nach dem Prinzip des Greenfield Investment (95,3 Prozent) entstehen, was bedeutet, dass Fabriken neu errichtet werden (u.a. Tchibo, Continental Can in Radomsk, BTS Baukeramik in der Wojewodschaft Oppeln, Stollwerk AG, die eine Schokoladenfabrik in Jankowice bei Posen gebaut hat, Hochland, das Schmelzkäse in Kaźmierz bei Posen herstellt, Franke Holding 2 Fabriken für Küchenbedarf in Gdingen und Sękocin bei Warschau, Brass, ein Baustoffunternehmen in Oppeln, Gerolsteiner –Getränkeabfüllung in Kozięgłowy), obschon – wie die Beispiele von Reemtsma, Bahlsen (80 Prozent der Aktien des Herstellers für Lebensmittelkonzentrate Skawina SA), Quarzwerke GmbH (75 Prozent der Anteile des Bergwerks und der Verarbeitung der Glassände "Osiecznica") oder Benckiser (Aufkauf der Anteile der „Pollena“ in Nowy Dwór Mazowiecki) das Beteiligungsinteresse deutscher Investoren an der Privatisierung polnischer Investoren nicht abnimmt.¹²

Bei der Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland stellt man fest, dass die Mehrheit der Firmen nicht beabsichtigt, Deutschland ganz zu verlassen. Man kann also von einer Teilmigration der Firmen sprechen. Die Verlagerung der Produktion kann also als neue Strategie verstanden werden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, und für Unternehmen, die bereits eine starke Marktposition in Deutschland haben, eine Entwicklungschance darstellt. Für diejenigen Unternehmen, die sich in einer schwierigen Finanzsituation befinden, bleibt sie weiterhin ein riskantes Unterfangen. Die Hauptmotive für ein Engagement im Ausland sind Kostenreduzierung sowie die Gewinnung neuer Märkte. Nach Aussagen deutscher Unternehmer verbleiben in den nächsten Jahren das Gesamtmanagement, B+R, das Controlling, das Design, Absatz und

¹² <http://www.centraleuropeanreview.pl>

Marketing, die Produktion von Komponenten und Ersatzteilen sowie die Endmontage, also die wichtigsten Elemente, in Deutschland.¹³

4.3 Die Gegner der Delokalisierung

Abgeordnete schlagen vor, gegen diejenigen Betriebe vorzugehen, die, nachdem sie Finanzhilfen von der EU erhalten haben, eine Delokalisierung ihrer Aktivitäten in einem Zeitraum von sieben Jahren nach Gewährung der Finanzhilfe vornehmen. Das EU-Parlament vertritt den Standpunkt, dass Geschäftspraktiken, die nicht zur Erreichung der ökonomischen Kohäsion und Vollbeschäftigung beitragen, sondern umgekehrt zu Arbeitskräfteverlagerung führen, keine Finanzunterstützung aus EU-Fonds erhalten sollten. Die Abgeordneten postulieren, dass die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen mit Sitz in Dublin Analysen und Berechnungen durchführen sollte, um die sozialen und wirtschaftliche Folgen zu erheben, einen Überblick über die Zahl der neu geschaffenen sowie abgebauten Arbeitsplätze zu geben und damit eine Kontrolle des Delokalisierungsphänomens zu gewährleisten. Auch sollte der Einfluss bestimmt werden, den sie auf die Kohäsionspolitik, die Bewirtschaftung des Raumes und die regionale Entwicklung ausübt. Die Abgeordneten fordern, dass die Stiftung in Form von Gutachten dem EU-Parlament Schlussfolgerungen und konkrete Vorschläge vorstellt. Die Parlamentarier fordern auch, dass die Ziele der ökonomischen, sozialen und territorialen Kohäsion sowie das Postulat, Vollbeschäftigung zu erreichen, respektiert werden sollten. Sie meinen, dass wirtschaftlich unbegründete Delokalisierungen oder solche, die zur Aufgabe einer großen Zahl von Arbeitsplätzen führen können, von der EU keine finanzielle Unterstützung erhalten sollten. Die Abgeordneten möchten überdies, dass die EU-Fonds unter anderem für berufliche Bildung und die Umschulung derjenigen Arbeitnehmer genutzt werden sollten, die von Restrukturierung oder Delokalisierung betroffen sind, insbesondere diejenigen, die ihre Beschäftigung wegen der Delokalisierung ihres bisherigen Arbeitsplatzes verloren haben.¹⁴

5. Fazit

In den oben entwickelten Abschnitten wird das Phänomen der Delokalisierung beschrieben. Gleichzeitig muss betont werden, dass der Prozess der Delokalisierung von Industrien, Dienstleistungen und Kapital in der Weltwirtschaft schon seit vielen Jahren stattfindet. Zweifellos ist die Verlagerung der Wirtschaftstätigkeit ins Ausland ein Prozess, der sich aus der Notwendigkeit ergibt, dem wachsenden Wettbewerbsdruck standzuhalten und damit die Produktionskosten zu reduzieren.

Wenn man den möglichen Einfluss der Höhe der Arbeitskosten auf die Entscheidung zur Allokation deutscher Investitionen in Polen analysiert, muss man berücksichtigen, dass die Bewertung des Nutzens solcher Investitionen ebenfalls auf Grundlage des Produktivitätsniveaus der Arbeitskraft erfolgt.

¹³ <http://www.ilw.org.pl/nagadowska.html>

¹⁴ http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page

Die Befürchtungen, die mit dem Verlust von Arbeitsplätzen in Deutschland verbunden sind, sollten allerdings nicht die Tatsache verhüllen, dass die Auslagerung von Arbeitsplätzen nach Polen auch zum Entstehen neuer Arbeitsplätze in Deutschland beiträgt. Nach Angaben der Abgeordneten *Kuźmicka* "schaffen 40 Prozent dieser Unternehmen, indem sie einen Arbeitsplatz ins Ausland auslagern, gleichzeitig drei neue Arbeitsplätze in der Heimat. Ähnlich ist es übrigens im Falle von britischen und französischen Unternehmen, die im Ausland investieren. Wollten wir finanzielle Sanktionen gegen jene Unternehmen einführen, die Delokalisierungen vornehmen, oder auch gegen lokale Behörden, die Investoren mit Hilfe öffentlicher Mittel motivieren, so wären dies Aktionen, die objektiven ökonomischen Prozessen widersprechen".¹⁵ Letztlich bringt die Delokalisierung nämlich denjenigen Staaten Vorteile, die Kapital exportieren, sowohl im Hinblick auf die Gewinne, die die Investoren erzielen, als auch hinsichtlich der Güternachfrage, die der Einkommensquote in denjenigen Staaten entspricht, wohin die Produktionsverlagerung erfolgt.

¹⁵ http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page

Gerhard Schüsselbauer

Länderinfos Mittel-, Südost- und Osteuropa

In dieser neu geschaffenen Rubrik veröffentlichen wir Kurzberichte zu mittel-, südost- und osteuropäischen Ländern, die einen knappen und konzisen Überblick liefern sollen und ständig aktualisiert werden. Der Schwerpunkt liegt auf länderspezifischen Informationen zu politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen.

POLEN (Polska)

Fläche	312.685 km ² (5/6 der Fläche Deutschlands)
Einwohner	38,12 Mio. (zum Vergleich D: 82,4 Mio.)
Einwohner / km²	122
Hauptstadt	Warszawa (1,7 Mio. Einwohner)
weitere Städte	Kraków (760.000). Łódź (757.000), Wrocław (635.000)
Unabhängigkeit	11. November 1918 (Staatsfeiertag)
Staatsform	Parlamentarische Republik Zwei-Kammern-System mit gesetzgebendem Sejm (460 Sitze) und Senat (100 Sitze) Staatspräsident Lech Kaczyński (seit Herbst 2005) Ministerpräsident Donald Tusk (seit Herbst 2007) Die Exekutive wird vom Ministerpräsidenten (polnisch kurz <i>Premier</i>) und einem Ministerrat ausgeführt, die vom Staatspräsidenten ernannt werden und mit diesem bestimmte Kompetenzen (Landesverteidigung, Außenpolitik) teilen, jedoch dem Parlament verantwortlich sind.
Religion	95,8 % der Gesamtbevölkerung römisch-katholisch 570 000 Orthodoxe, 270 000 Protestanten zudem kleine jüdische Minderheit
BIP/Einwohner	14.700 € (nach Kaufkraftstandard, Prognose für 2008) zum Vergleich: BIP/Kopf in Deutschland ca. 29.300 € Niveau des BIP/Kopf: 57 % des Durchschnitts der EU (27)
Wirtschaftssektoren	Anteil der Beschäftigten in Landwirtschaft 18 %, Industrie 32 %, Dienstleistungen 50 %
BIP-Wachstum	6,4% (2007), 6,1% (2006)
Inflationsrate	2,3 % (Mitte 2007)
Arbeitslosenquote	11,5 % (Februar 2008)

Aus historischen und politischen Erwägungen genießt die seit dem 1. Mai 2004 bestehende **EU-Vollmitgliedschaft** Polens nach wie vor einen hohen Stellenwert in der polnischen Außenpolitik, auch wenn unter der Herrschaft der Kaczyński-Zwillinge die EU-Partner vor harte Belastungsproben gestellt wurden. Der Weg in die Gemeinschaft freier und demokratischer Völker Europas begann für Polen nicht erst 1989 mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, sondern bereits zehn Jahre zuvor mit den Streiks der

Gewerkschaftsbewegung **Solidarność** in Danzig. Der Kampf der gewerkschaftlichen Opposition unter Lech Wałęsa in den 1980er Jahren für politischen und wirtschaftlichen Wandel bereitete den Weg in die Demokratie und legte den Grundstein für das heutige demokratische Polen.

Polen als Flächenstaat des östlichen Mitteleuropa hat **Grenzen** mit sieben Staaten und kann daher als ein natürlicher Mittler zwischen Ost und West und Förderer der regionalen Zusammenarbeit gelten. Die Grenze zu Deutschland (Oder-Neiße) ist ca. 470 km lang.

Von der seit 2004 bestehenden Vollmitgliedschaft in der EU erhoffen sich die polnischen Bürgerinnen und Bürger

- die „**Rückkehr**“ in die westliche Welt nach der Zeit der Zwangszugehörigkeit zum „Ostblock“ unter sowjetischer Führung. Auch die kulturelle und historische Dimension spielen hier eine bedeutsame Rolle. Polen verabschiedete am 3. Mai 1791 die erste geschriebene Verfassung in Europa. Die Einbindung in das kulturelle, wissenschaftliche und geistige Leben in Europa war immer stark ausgeprägt. Schon das Jahr 1000 und die damit verbundene endgültige Entscheidung für die lateinisch-christliche Kirche stellen für Polen ein wichtiges Ereignis dar. Nicht zuletzt muss der 1978 gewählte und 2005 verstorbene Papst Johannes Paul II. (Karol Wojtyła) mit seiner überragenden weltweiten Wirkung hervorgehoben werden. Seine Besuche in der Volksrepublik Polen waren von bahnbrechender Bedeutung für den Wandel.
- **Stabilität** und **Sicherheit** für ihr Land. Dazu zählt auch die seit März 1999 bestehende NATO-Mitgliedschaft. Die keineswegs unumstrittene, wenn auch wenig in der Öffentlichkeit kritisierte Beteiligung am Irak-Krieg und die bedingungslose Treue zur Bush-Administration haben nicht zuletzt in den Beziehungen zu anderen EU-Ländern zu einer Reihe von Spannungen geführt.
- den Aufbau möglichst **guter Beziehungen zu den Nachbarstaaten**.
- die Förderung der **regionalen Zusammenarbeit** sowie
- eine nachholende **Modernisierung** ihrer Volkswirtschaft. Anschluss an den dynamischen europäischen Binnenmarkt und **Stabilisierung** der noch jungen Demokratie und des gesellschaftlich-ökonomischen Wandlungsprozesses. Zugleich ist den Polen bewusst, dass in der Europäischen Union das geringe Pro-Kopf-Einkommen und die agrarische Prägung des Landes als problematisch bewertet werden. Auch ist bekannt, dass es in den „alten“ EU-Ländern wenig engagierte Befürworter für eine Öffnung der bislang bestehenden Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer gibt. Vor allem Deutschland und Österreich wollen ihre Arbeitsmärkte für polnische und auch andere mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer nicht vor 2009 öffnen. Spätestens im Jahr 2011 muss diese Grundfreiheit des EU-Binnenmarktes allerdings allen im Jahr 2004 beigetretenen EU-Ländern eingeräumt werden.
- Die Bevölkerung erwartet von der EU-Mitgliedschaft vor allem auch eine rasche **Verbesserung des Lebensstandards** und bessere soziale Lebensbedingungen nach langen und harten Jahren der wirtschaftlichen Anpassung an ein marktwirtschaftliches System und der unternehmerischen Umstrukturierungen.

Geschichte des Reformprozesses seit 1989 und Politik heute

Polen gehörte zu den ersten ostmitteleuropäischen Reformstaaten während der „**sanften Revolution**“ 1989. Es hat sich im Gefolge der Umwandlungsprozesse eine politische **Demokratie** entwickelt. Der Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem vollzog sich friedlich. Der friedliche Wechsel des Präsidentenamtes spiegelt die Stabilität der polnischen Demokratie wider. Dennoch müssen in einzelnen Bereichen des politischen Systems Reformen durchgeführt werden (wie beispielsweise bei der Reform der Sozialversicherung), damit die notwendigen Anpassungsschritte für eine bessere **EU-Integration** vollzogen werden können. Der Regierungs- und Verwaltungsapparat muss noch modernisiert werden. Von einer konsolidierten Parteiendemokratie kann allerdings noch nicht gesprochen werden.

Innerhalb des polnischen Staates muss sich die **Kirche** erst wieder ihre einst sehr starke Stellung erarbeiten. Gerade die katholische Kirche stellte ein enorm wichtiges Sammelbecken anti-kommunistischer Kräfte dar. Ähnliches gilt ebenso für die Gewerkschaften. Das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die Bedeutung gesellschaftlicher Organisationen und Interessengruppen für die Funktionsfähigkeit einer Demokratie ist noch nicht richtig vorhanden. Die Medienlandschaft entwickelt sich immer stärker, dies ist jedoch verbunden mit dem Problem der Konzentration wirtschaftlicher Macht. Der Aufbau der so genannten „Civil Society“ verläuft schleppend, da die Beteiligung der Menschen an gesellschaftlichen Aktivitäten nicht sonderlich ausgeprägt ist. Dies könnte mit der historisch begründeten, „anti-etatistischen“ Grundhaltung der Polen zu tun haben.

Polen verabschiedete 1997 eine neue **Verfassung**, die auf republikanisch-demokratischen Elementen basiert und sowohl ein parlamentarisches Regierungssystem als auch den demokratischen Rechtsstaat verankert. Als Ziel wurde die Etablierung einer „Sozialen Marktwirtschaft“ definiert. Ebenso wurde ein Verfassungsgericht ins Leben gerufen. Polen achtet Menschen- und Minderheitenrechte. Die deutsche Minderheit (ca. 250.000 Menschen) ist mittlerweile mit nur noch einem Abgeordneten im polnischen Parlament, dem Sejm, vertreten.

Grund zu Besorgnis gibt die **Korruption** in Polen, obwohl Gesetze zu ihrer Eindämmung verabschiedet wurden. Doch nach wie vor stellt dieses Problem eines der gesellschaftlichen und politischen Hauptübel in der Wahrnehmung der Bevölkerung dar. Darüber hinaus zeigt sich eine ausgeprägte Politikverdrossenheit, da vor allem junge Menschen von den politischen Eliten – egal aus welchem politischen Lager – bitter enttäuscht wurden. Die Wahlbeteiligung bei den jüngsten Parlamentswahlen lag bei lediglich knapp über 50 Prozent!

Die **Präsidentenwahlen** im Herbst 2005 gewann bei eben erschreckend niedrigen Wahlbeteiligungen sowohl bei der Wahl zum Präsidenten als auch der **Wahl zum Sejm** (Parlament) sowie zum Senat der nationalkonservative Lech Kaczyński, während vom Sommer 2006 bis Herbst 2007 sein Zwillingsbruder Jarosław Kaczyński (Partei PiS) als Ministerpräsident Polen regierte. Beide gehören derselben Partei „PiS – „Recht und Gerechtigkeit“ an. Ein deutlicher Rechtsruck prägte zweifelsohne die innenpolitischen Geschehnisse sowie die außenpolitische Haltung Polens. Auch in der Gesellschaftspolitik

deutet vieles auf eine starke Veränderung in der politischen Landschaft und Kultur in Polen hin, auch wenn der ehemalige Ministerpräsident Jarosław Kaczyński bei einem Besuch bei der Europäischen Kommission klarzustellen versuchte, dass in Polen eine stabile Demokratie herrsche, in der alle Menschen- und Bürgerrechte geachtet werden. Darüber hinaus stellt die veränderte politische Lage das deutsch-polnische Verhältnis weiterhin auf eine ernsthafte Probe. Beinahe an der Tagesordnung waren Verstimmungen seitens der polnischen Regierung über bspw. eine in einer deutschen Tageszeitung erschienene Satire oder vor allem den Bau der Ergaspipeline von Russland durch die Ostsee vorbei an polnischem Staatsterritorium.

Im Sommer 2007 eskalierte die politische Lage in Polen wegen des Zerwürfnisses zwischen den Parteien der Regierungskoalition derart, dass am **21. Oktober 2007 Neuwahlen** zum **Parlament (Sejm)** anstanden. Grund dafür waren Entlassungen von Ministern, unsägliche Schmutzkampagnen und Vorwürfe, Korruptionsaffären und ein politischer Stil der „Rechten“, der jeglicher demokratischen Tradition spottete. Viele Menschen in Polen erhoffen sich nun vom Ausgang der **Neuwahlen** einen einschneidenden Richtungswechsel und eine komplette Neuausrichtung der Politik. Die favorisierte **bürgerlich-konservativ-liberale Bürgerplattform (Platforma Obywatelska PO)** mit ihrem Spitzenkandidaten Donald Tusk (er und seine Familie stammen aus Gdańsk/Danzig) konnte die Wahlen überzeugend gewinnen und ging eine Koalition mit der gemäßigten Bauernpartei, angeführt von Ex-Premier Waldemar Pawlak, ein. Schon am Wahlabend kündigte der designierte Ministerpräsident Tusk eine völlige Neuausrichtung der Politik Polens auch innerhalb der EU, mit dem Nachbarn Deutschland und auch gegenüber Russland an.

Nach lang andauernden Auseinandersetzungen zwischen Staatspräsident Lech Kaczyński (PiS) und Premier Donald Tusk (PO) konnte am 1. April 2008 der **Lissaboner Reformvertrag** zur Abstimmung im Sejm gestellt werden. Die Annahme des Vertragswerkes zeigte, dass die Isolation Polens innerhalb der EU endgültig aufgehoben werden und eine mehrheitsfähige Konsenspolitik möglich gemacht werden konnte.

Wirtschaftliche Entwicklung

Polen hat inzwischen nach langen und harten Jahren des Übergangs vom Sozialismus zur Marktwirtschaft und der umfassenden Privatisierung eine gut ausgebaute und **funktionierende Marktwirtschaft**. Die Privatwirtschaft ist bestimmend für die wirtschaftliche Leistung. Dennoch bedarf es weiterer Reformen, besonders nach den Jahren des Booms in den neunziger Jahren geriet die Wirtschaft ins Straucheln. In den Jahren 2000 und 2001 kam es zu einem konjunkturellen Abschwung. Das reale Wirtschaftswachstum sank auf 2 bis 3 % pro Jahr. Seit 2002 befindet sich Polen wieder auf dem Pfad der Erholung. Lange Zeit war die **Arbeitslosenquote** mit über 18 % das Hauptübel der wirtschaftlichen Strukturprobleme! Zwischenzeitlich schnellte die Arbeitslosenquote in manchen Regionen Ost- und Nordpolens sogar auf über 20 % hoch. Durch das hohe Wirtschaftswachstum der letzten Jahre, den gestiegenen Handel, auch mit Deutschland, sowie die (temporäre) Auswanderung von weit mehr als zwei

Millionen Polen (insbesondere in Richtung GB oder IRL) konnte die Arbeitslosigkeit nunmehr im Jahr 2008 auf ca. 11 Prozent gesenkt werden.

Für Polen brachte das Jahr 2007 wieder ein beachtliches reales **Wirtschaftswachstum** mehr als 6%. Es liegt damit weit über den Werten, die für Deutschland vorhergesagt wurden. Jedoch sind die strukturellen Probleme in vielen Industriebranchen und in der Landwirtschaft nach wie vor enorm. Es herrscht zudem ein riesiges Stadt-Land-Gefälle. Vor allem der Osten des Landes ist von extrem hoher Arbeitslosigkeit gebeutelt. Auch unter Jugendlichen von 18 bis 25 Jahren herrscht eine enorm hohe Arbeitslosigkeit, sodass viele junge Menschen versuchen, das Land zu verlassen, um im europäischen Ausland zu arbeiten.

Der polnische **Außenhandel** ist gekennzeichnet durch rasante Zuwachsraten der wertmäßigen Ein- und Ausfuhren und stark auf die anderen EU-Staaten ausgerichtet. Rohstoffe, Erdöl und Erdgas werden insbesondere aus Russland bezogen. Etwa zwei Drittel des polnischen Handels werden mit anderen EU-Ländern abgewickelt. Im Jahre 2006 belief sich der Wert der polnischen Importe auf 99,9 Mrd. €, verbunden mit einem Zuwachs um ca. 23 % gegenüber dem Vorjahr. Polens Exporte machten 87,5 Mrd. € aus. Sodass sich ein nach wie vor erhebliches Handelsbilanzdefizit ergibt, das sich jedoch aufgrund der aufholenden wirtschaftlichen Entwicklung und der hohen Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern erklären lässt. Der seit 1997 zu beobachtende Trend, dass die Einfuhren aus der EU schneller wachsen als die Ausfuhren in die EU, setzt sich fort. Besonders der boomende Handel mit Deutschland erlebt seit Jahren zweistellige Zuwachsraten. Polen importiert insbesondere Waren aus den Bereichen Fahrzeug- und Maschinenbau sowie Elektroindustrie und Chemie. Die Struktur der Ausfuhren Polens ähnelt der Importstruktur, da vor allem ein reger intraindustrieller (Handel mit gleichen oder ähnlichen Gütern) sowie interindustrieller (Handel mit nicht ersetzbaren, substituierbaren Gütern) stattfindet.

Polens Wirtschaft ist in vielen Bereichen **konkurrenzfähig**. In der Industrie haben neben der Fahrzeugindustrie, der Lebensmittelerzeugung und Energieversorgung nach wie vor Bergbau und Hüttenindustrie eine starke Stellung, gefolgt von Maschinen und elektrischen Geräten sowie Textilien und Bekleidung. Der Anteil des Dienstleistungssektors am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gewinnt gegenüber Industrie und Landwirtschaft zunehmend an Bedeutung. Polen kann nicht als Niedriglohnland betrachtet werden, sondern versucht zusehends, kapital- und technologieintensive Produktionszweige zu intensivieren.

Die derzeitige Lage der **polnischen Landwirtschaft** ist - insbesondere in Zentral-, Süd- und Ostpolen - geprägt durch sehr kleinbetriebliche Strukturen, besonders im Vergleich mit der Landwirtschaft in anderen Ländern der Europäischen Union. Die nach wie vor schlechte Infrastruktur im ländlichen Raum und der Mangel an Beschäftigungsalternativen sind ein bedeutendes soziales Problem im ländlichen Raum, auch wenn seit dem EU-Beitritt 2004 viele Finanzmittel in den ländlichen Raum geflossen sind. Die anfangs sehr skeptische Landbevölkerung zählt sogar zu den Gewinnern des EU-Integrationsprozesses. 27 % der arbeitenden Bevölkerung sind in Polen in irgendeiner Form in der Landwirtschaft beschäftigt, oftmals auf Kleinsthöfen (weniger als 5 ha). Auf dem Land leben 38 % der Bevölkerung, sodass Polens

Urbanisierung geringer ausfällt als die westeuropäischer Länder. Die Lage auf dem Land ist vielfach gekennzeichnet durch Überbeschäftigung, zu kleine Höfe und geringe alternative Beschäftigungsmöglichkeiten. Das Einkommen der Landbevölkerung liegt bei nur 38 % des Einkommens der Stadtbevölkerung. Besonders auf dem Land ist die Arbeitslosigkeit hoch, und nur 0,4 % der Höfe fällt mit mehr als 50 h Fläche unter die Kategorie der Großbetriebe. Polen wünscht sich seit seinem EU-Beitritt noch stärkere Direktbeihilfen für Landwirte nach dem bisherigen EU-Standard. Allerdings hat sich die Lage der Landbevölkerung durch Finanztransfers aus Brüssel verbessert; dies führte zu einer besseren Akzeptanz der EU unter den Landwirten.

Von der Einführung des **Euro**, für die Einhaltung der strengen Maastricht-Kriterien (niedrige Inflationsrate, geringes Haushaltsdefizit sowie geringe Gesamtverschuldung des Staates und niedriges Zinsniveau) ist Polen wegen der Probleme im Staatshaushalt und der wieder gestiegenen Inflationsrate noch weit entfernt. Die Pläne für die Einführung des Euro müssen permanent in die Zukunft verschoben werden (nicht vor 2011 oder sogar nach 2012). Der politische Wille der neuen Regierung deutet jedoch auf eine konsequent zu befolgende Qualifizierung für den Euro hin.

Um die **Konkurrenzfähigkeit** der polnischen Wirtschaft zu erhöhen, sind umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen (beispielsweise in der Telekommunikation und im Verkehrswesen) notwendig. Polen kann diese Mittel allein nicht aufbringen (schätzungsweise 60 Milliarden Euro) und ist daher auf Mittel aus dem Strukturfonds der EU angewiesen.

Weitere Bereiche

Ein wichtiges Feld sind die vereinbarten langen Übergangsfristen für das Erreichen der EU-Norm in den Bereichen **Umweltschutz**, die Normenangleichung und die **Rechtsharmonisierung**, die eine enorme Herausforderung darstellen. Am 21. Dezember 2007 trat Polen endgültig dem **Schengener Raum** bei und damit konnte die Reisefreizügigkeit umgesetzt werden. Allerdings sind damit enorme Anstrengungen im Bereich der Grenzsicherung und der stärkeren Zusammenarbeit im Bereich des **Inneren** und der **Justiz** gefordert. Vor allem die administrativen Voraussetzungen für die Umsetzung des „gewaltigen“ EU-Rechtsapparates sind nach wie vor ein Problembereich.

Zum **nicht unproblematischen Verhältnis Polens zum Nachbarn Deutschland**: Immer wieder auftauchende Verstimmungen sind vor allem politisch motiviert, betreffen aber weniger das Alltagsleben der Menschen, das sehr viel pragmatischer geprägt ist. Auch wenn der Streit um die Ostseegaspipeline, das von manchen Vertriebenenkreisen in Berlin geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ oder die Rückgabeforderungen der „Preußischen Treuhand“ zu massiven Problemen geführt haben, so gibt es inzwischen eine sehr intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit durch verschiedene neue Euroregionen, z.B. „Pomerania“. Mit dem Regierungswechsel hat sich auch die Rhetorik zwischen den Regierungen positiv verändert und vor allem die Zusammenarbeit der Außenministerien fundamental verbessert. Deutschland muss ein starkes Interesse daran haben, die Stabilitätszone im mittel- und osteuropäischen

Raum auszuweiten. Vor dem Hintergrund der deutsch-polnischen Vergangenheit erwarten die Menschen in Polen eine starke deutsche Unterstützung für die weitere Integration.

Polen in Politik und Wirtschaft – kurz gefasst

- Komplexe, wenig konsolidierte Parteienlandschaft; Rückkehr der bürgerlichen Mitte (PO – Bürgerplattform) nach den Parlamentswahlen vom Oktober 2007; Abwahl der politischen „Rechten“ – PiS (Recht und Gerechtigkeit), Samoobrona, Liga polnischer Familien LPR (die letzteren beiden Parteien sind nicht mehr im Sejm vertreten)
- Radikale Reformen des Sozialversicherungssystems und Gebietsreform verbunden mit Finanzierungsproblemen
- Unzureichende Finanzausstattung nach weitreichenden Reformen im Schul- und Bildungswesen
- „Soziale Marktwirtschaft“ als Ziel in der 1997 verabschiedeten Verfassung
- Seit 2003 wieder starke Wachstumsimpulse mit hohen realen Wachstumsraten des BIP nach der Krise von 2000 bis 2002, die sehr hohe Arbeitslosenquoten verursachte
- Stabilitätsorientierte Geldpolitik, aber Problem der fiskalischen Konsolidierung
- Nach wie vor hohe, wenn auch rückläufige strukturelle und regionale Arbeitslosigkeit
- Enorme regionale Disparitäten zwischen Großräumen und Peripherie
- Temporäre bzw. dauerhafte Auswanderungswelle (Großbritannien, Irland)

Wirtschaftsgeographie Polens

- **Region A+:** Großraum Warszawa – quasi Vollbeschäftigung, hohe Investitionsquote, Facharbeitermangel, Immobilien- und Einzelhandelsboom, Agglomerations- und Sogwirkungen ausgeprägt
- **Regionen A:** Kraków, Wrocław, Poznań – niedrige Arbeitslosenquote, hohe Arbeitsproduktivität, hoher Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen
- **Regionen B:** Ostseeregion (Szczecin, Gdańsk), West- und Südwestpolen, Teile Oberschlesiens (Katowice) – bereits signifikante Arbeitslosigkeit, strukturelle Probleme sichtbar, aber verbesserte Infrastruktur und industrielle Umwandlung
- **Regionen C:** Schlesien, Zentralpolen, Südostpolen – höhere Arbeitslosenquote, ländliche Entwicklung durch EU-Transfers fraglich, verbreitet notleidende Industrien
- **Regionen D:** Nordostpolen, Nordwestpolen, Ostpolen – extreme Defizite in ländlichen Strukturen, erzwungene Auswanderung, unzureichendes Unternehmertum

TSCHECHISCHE REPUBLIK (Česká republika)

Fläche	78.886 km ² (vergleichbar mit Bayern)
Einwohner	10,31 Mio. (vergleichbar mit Baden-Württemberg)
Hauptstadt	Praha (1,2 Mio. Einwohner, vergleichbar mit München)
Sprache	Tschechisch
Staatsform	Parlamentarische Republik Zwei-Kammern-System mit Abgeordnetenhaus (200 Sitze) und Senat (81 Sitze) Staatspräsident Václav Klaus (seit 2003 im Amt, wiedergewählt im Februar 2008); ernennt den Ministerpräsidenten, oberste Richter und verfügt über ein suspensives Veto bei Gesetzesvorhaben Ministerpräsident Mirek Topolánek leitet eine Koalitionsregierung, Vorsitzender der bürgerlich-konservativen ODS (seit September 2006 im Amt)
Religion	27 % katholisch; 2,3 protestantisch; andere christliche Kirchen ca. 3,5 % die Mehrheit, knapp 60 Prozent, ist konfessionslos
BIP/Einwohner	21.600 € (nach Kaufkraftstandard, Prognose für 2008) zum Vergleich: BIP/Kopf in Deutschland ca. 29.300 € Niveau des BIP/Kopf: 84 % des Durchschnitts der EU (27)
BIP-Wachstumsrate	6,6 % (2007), 6,4 % (2006) Prognose für 2008: 6,0 %
Wirtschaftssektoren	davon Anteil der Beschäftigten in Landwirtschaft 4,6 % Dienstleistung 54,6 % Industrie 40,8 %
Inflationsrate	4,0 % (Ende 2007)
Arbeitslosenquote	5,9 % (Februar 2008)

Aus historischen („**Rückkehr nach Europa**“ und speziell „**Rückkehr in die Mitte Europas**“) und politischen Erwägen genießt der 2004 erfolgte Beitritt der Tschechischen Republik zur EU einen hohen Stellenwert in der tschechischen Außenpolitik. Auch wenn die Tschechische Republik (gegründet 1993 nach der Auflösung der Tschechoslowakei) im völkerrechtlichen Sinne ein sehr junges europäisches Land darstellt, fühlt sie sich dem europäischen Vermächtnis ihrer früheren Staatsgebilde verpflichtet und weist immer wieder auf die Jahrhunderte alte Tradition der multikulturell ausgerichteten tschechischen Gesellschaft in der Mitte Europas hin. Für die Tschechische Republik hat auch die Verbesserung der mitunter nicht immer konfliktfreien Beziehungen zu den Nachbarstaaten, vor allem zu Deutschland und Polen, eine besondere Bedeutung. In den Beziehungen zu Deutschland stellen die Diskussionen um die Wirksamkeit der **Beneš-Dekrete**, die die Enteignung und Vertreibung der sudetendeutschen Bevölkerung am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg regelten, eine Belastungsprobe dar. Deutsche Interessengruppen (Vertriebenenverbände) möchten diese Dekrete gänzlich abgeschafft wissen, das tschechische Parlament und der

tschechische Staatspräsident halten jedoch an den Dekreten, die im Grunde genommen seit mehr als 60 Jahren keine rechtliche Wirkung mehr entfalten, fest.

Das politische System seit 1989

Die Tschechische Republik (Tschechien; vormals Tschechoslowakei, *nicht* „Tschechei“, dieser Begriff ist historisch aus der Zeit des Dritten Reiches belastet) ist schon immer einen eigenen Weg gegangen (z. B. „Prager Frühling“ 1968 – Aufstand gegen die kommunistische Herrschaft). Im November 1989 fand die „Samtene Revolution“ statt, die den Schriftsteller und Regime-Kritiker Václav Havel zum Präsidenten machte. Seit Ende 1989 hat sich eine politische Demokratie, basierend auf pluralistischen Prinzipien entwickelt. Tschechien hat einen friedlichen Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem Mehrparteiensystem geschafft. Die Grundlagen des Staates – **Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus** – sind fest verankert. Auch die Verfassungsorgane arbeiten effizient. Dennoch müssen noch Reformen im Sozialbereich, in der staatlichen und besonders in der Justizverwaltung sowie bei der Regionalisierung/Dezentralisierung durchgeführt werden.

Die Tschechische Republik ähnelt durch das Vorhandensein einer konservativ-bürgerlichen und einer halblinken, sozialdemokratischen Richtung (35,4 % Stimmenanteil für die bürgerlich-demokratische Partei ODS sowie 32,3 % für die sozialdemokratische Partei ČSSD bei den letzten Wahlen im Juni 2006) sowie einiger kleineren Parteien dem westeuropäischen Parteienspektrum. Allerdings gibt es eine echte kommunistische Partei KSČM, die bei den letzten Wahlen immerhin 26 der 200 Parlamentssitze erringen konnte. Erstmals zogen die Grünen mit 6 Sitzen ins Prager Abgeordnetenhaus ein. Somit entstand rein rechnerisch eine Pattsituation bestehend aus dem **bürgerlich-christdemokratisch-grünen** Lager (100 Sitze) und dem **sozialdemokratisch-kommunistischen** Lager (ebenfalls 100 Sitze). Nach mehreren Versuchen der Regierungsbildung gelang es dem bürgerlich-christdemokratisch-grünen Lager im Januar 2007, eine Regierung mit **Ministerpräsident Mirek Topolánek** an der Spitze zu bilden. Deren Trägfähigkeit ist immer wieder von wechselnden Konstellationen und der Suche nach Abstimmungsmehrheiten abhängig. Besonders ausgeprägt ist die EU-skeptische Haltung des Staatspräsidenten Václav Klaus, der sich selbst als „Europarealisten“ bezeichnet, hinsichtlich einer weiteren Vertiefung der EU und der Ausdehnung der EU-Kompetenzen im Rahmen des Lissaboner Reformvertrags. Der tschechische Medienmarkt entspricht immer mehr den westlichen Angeboten. So beherrschen private Fernseh- und Rundfunkstationen mit vielfach anspruchslosen Angeboten mehr als drei Viertel des Marktes. Ein großes Problem besteht nach wie vor in dem bestehenden Zentralismus. Dieser hat allerdings in Tschechien eine durchaus lange Tradition.

Formalrechtlich entsprechen die tschechischen Gesetze den **Anforderungen der EU**. Jedoch gibt es wegen der geringen und unzureichenden Fortbildung der Richter oder wegen langwieriger Gerichtsverfahren erhebliche Defizite bei der Umsetzung. Die Vorgaben der Anpassung an die vier Freizügigkeiten des Binnenmarktes (Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital) sind bisher zügig umgesetzt worden. Besonders

bei der Wahrung der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes zeigen sich Lücken. So werden **Roma** im Wirtschaftsleben benachteiligt (z.B. niedrigere Löhne, Beschäftigung ohne Arbeitsvertrag) oder ihnen wurde die Einbürgerung verweigert, obwohl sie in der Tschechischen Republik leben. Bedenklich ist in diesem Zusammenhang, dass laut Umfragen die Toleranz gegenüber Minderheiten auf einem niedrigen Niveau verharrt. Das Gesetz über die Rechte nationaler Minderheiten, das im August 2001 in Kraft getreten ist, stärkt den Rechtsrahmen für den Schutz von Minderheiten. Schon im August 2000 wurde ein Regierungsprogramm für die Roma (das „Konzept für die Integration der Roma“) angenommen, das in der praktischen Umsetzung wegen der sozialen Ausgrenzung jedoch vielfach auf konkrete Hürden stößt. Auf bilateraler Ebene versucht die Tschechische Republik, ihre Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten zu intensivieren. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird vor allem durch die Euroregionen praktiziert, z. B. in der Euroregion Šumava (Böhmerwald – Bayerischer Wald/Oberpfälzer Wald). Als großer Fortschritt auf dem Weg zur Integration in den Westen wurde in Tschechien die Aufnahme des Landes im März 1999 in die **NATO** angesehen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** Tschechiens ist eines der höchsten der neuen EU-Staaten aus dem östlichen Mitteleuropa, der ehemaligen so genannten Transformationsländer. Die Volkswirtschaft zeichnet sich durch ein kontinuierliches Wachstum bei bislang gemäßigter, jedoch jetzt deutlich ansteigender Inflation aus. Tschechien hat beim BIP pro Einwohner bereits 84 % des Durchschnitts der EU (27) erreicht und will bis 2012 bzw. 2013 zum EU-Durchschnitt aufschließen. Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt ist nur wenig geringer als beispielsweise das Niveau Griechenlands oder Portugals. Auch bei sozioökonomischen Indikatoren, wie der Säuglingssterblichkeit, dem Bildungsniveau oder dem Alphabetisierungsgrad, schneidet Tschechien im internationalen Vergleich entwickelter Länder gut ab.

Das **Defizit des Staatshaushaltes** lag 2007 wegen gesteigerter Steuereinnahmen aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs bei 2,0 % des BIP. Die Regierung Topolanek strebt in ihrem Ende 2007 aktualisierten Konvergenzprogramm auf der Grundlage tief greifender Reformen (Rentensystem, Gesundheitssystem und Arbeitsmarktreform) ein Defizits von 3 % des BIP im Jahr 2008, danach ein Defizit von 2,6 % in 2009 und 2,3 % in 2010 an. Ein konkretes Datum für die Euro-Einführung taucht in der Regierungserklärung nicht mehr auf. Diese wäre frühestens 2012 möglich, wird jedoch von der Regierung eher hinausgeschoben. Die tatsächliche staatliche Gesamtverschuldung betrug im Jahr 2007 30,1 % des BIP. Damit liegt Tschechien noch weit unter dem Maastrichter Konvergenzkriterium von 60 %. Problematisch ist hierbei, dass der Staat immer noch in ineffizienter Weise sehr viel für die öffentliche Verwaltung ausgibt und für die Konsolidierung einiger Banken Finanzmittel bereithalten muss. Befürchtet wird zudem aufgrund außenwirtschaftlicher Einflüsse, aber auch des enormen Wachstums der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ein deutlicher Anstieg der **Inflationsrate**, die Anfang 2008 sogar auf 7 % im Vergleich zum Vorjahr

hochschnellte. Dies macht restriktive, korrigierende Maßnahmen seitens der tschechischen Nationalbank notwendig, um die Inflationsentwicklung einzudämmen.

Der **Privatsektor** hat sich nach der harten Phase der ökonomischen Systemtransformation fest etabliert und erbringt den größten Teil der tschechischen Wirtschaftsleistung. Privateigentum ist inzwischen die am weitesten verbreitete Form von Eigentum. Die Mechanismen des Markteintritts bzw. -austritts funktionieren, müssen jedoch verbessert werden, um die ökonomischen Anpassungsprozesse effizienter zu machen. Die tschechischen Unternehmen sind im Vergleich zu früheren Jahren wettbewerbsfähiger geworden, was auch auf die Hilfe durch den enormen Zustrom von Kapital durch ausländische Direktinvestitionen zurückzuführen ist. Ein Beispiel ist der Erwerb des tschechischen Automobilherstellers Škoda durch den Volkswagen-Konzern. Die Registrierung von neu gegründeten Unternehmen und betrieblichen Veränderungen ist weiterhin aufgrund bürokratischer Hürden unnötig langwierig. Auch die Bankenprivatisierung wurde bereits im Jahre 2001 weitgehend abgeschlossen. Die Rechtsangleichung an die EU ist im Justizbereich nahezu abgeschlossen.

In außenwirtschaftlicher Hinsicht kann festgestellt werden, dass **Tschechiens Außenhandel** seit dem EU-Beitrittsjahr 2004 kräftig anstieg. Die tschechischen Ausfuhren nahmen 2007 um 15,0 % zu, während die Einfuhren um 13,1 % anstiegen. Tschechien erwirtschaftete damit nach 2005 zum dritten Mal in Folge einen leichten Handelsbilanzüberschuss. Unter den **Handelspartnern** der **Tschechischen Republik** steht **Deutschland** weiterhin mit einem Anteil von ca. 31,0 % der tschechischen Exporte und 28,0 % der tschechischen Importe mit deutlichem Abstand an erster Stelle. Der bilaterale Handel hat sich 2007 mit deutschen Einfuhren von 27,5 Mrd. Euro und deutschen Ausfuhren von 24,0 Mrd. Euro auf sehr hohem Niveau stabilisiert, bei einem Handelsbilanzüberschuss von 3,5 Mrd. Euro zugunsten Tschechiens. Die Tschechische Republik, die 2007 knapp 78 % ihres Außenhandels mit der EU abwickelte, liegt unter den mittel- und osteuropäischen Handelspartnern Deutschlands hinter Russland und Polen auf Platz drei und weltweit betrachtet an zwölfter Stelle. Tschechien strebt eine stärkere geographische Diversifizierung seiner Exporte durch Zuwächse auch auf Märkten außerhalb der EU (China, Indien, Russland etc.) an. Das Defizit der tschechischen Leistungsbilanz hat sich insbesondere wegen großer Devisenzuflüsse 2007 leicht verringert und betrug 3,0 % des BIP. Als Standort mit langer Industrietradition bleibt die Tschechische Republik für ausländische Investoren attraktiv. Der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen betrug 2007 knapp 6,7 Mrd. Euro. Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen sorgen heute für über 50 % der tschechischen Industrieproduktion, über ein Drittel der Industriebeschäftigung und ca. 70 % der tschechischen Exporte.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich durchaus günstig. Im Februar 2008 lag die durchschnittliche **Arbeitslosenquote** bei unter 6 % und damit deutlich unter den Werten großer europäischer Volkswirtschaften. Mehr und mehr ist die Tschechische Republik von ausländischen Arbeitskräften abhängig, besonders aus Polen, der Slowakei und der Ukraine (hier vor allem im Bausektor). Problematisch ist für die Investitionstätigkeit, dass Ausländer weder Immobilien noch Grundstücke kaufen können. Gleichwohl

herrscht in Tschechien eine **starke regionale Differenzierung** hinsichtlich der Arbeitslosigkeit. Während in den „Boom-Regionen“ um Prag und Brünn Knappheitslöhne gezahlt werden und eine sehr niedrige Arbeitslosenquote herrscht, sind bspw. Nordböhmen oder Ostmähren von enormen strukturellen Verwerfungen mit hoher Arbeitslosigkeit von deutlich über 10 % gebeutelt.

Erhebliche **Infrastrukturmaßnahmen** mit entsprechenden finanziellen Kosten waren insbesondere nach den beiden Hochwasserkatastrophen 2002 zur Modernisierung des Eisenbahnwesens, der Energieversorgung und dem Ausbau des Straßennetzes notwendig. So besteht beispielsweise ein großer Teil des Eisenbahnnetzes aus einspurigen Verbindungen; nur auf einem kleinen Teil der Gesamtstrecke kann mit einer Geschwindigkeit von über 120 km/h gefahren werden.

Der **Umweltzustand** in Tschechien ist in vielen Bereichen noch immer erschreckend schlecht, d. h. es werden große Folgekosten auf die tschechische Volkswirtschaft zukommen (Waldsterben, Luftverschmutzung). Hier besteht trotz beträchtlicher Investitionen vor allem in die Verbesserung der Luft- und Wasserqualität noch immer erheblicher Nachholbedarf. Denn obwohl die Gesetzgebung im Umweltschutz mittlerweile längst die EU-Standards erreicht hat, führen beispielsweise die hohen Umrüstkosten (z. B. der Kohlekraftwerke) dazu, dass die praktische Umsetzung noch mangelhaft ist. Hier wurden in den Verhandlungen mit der EU lange Übergangsfristen zur Umsetzung der harten Umweltstandards vereinbart.

Tschechien ist abhängig von einer weiteren **realwirtschaftlichen Integration** in den europäischen Kernraum. Das Land will nicht die sozialen Absicherungen vieler „alter“ EU-Länder übernehmen, da es seinen komparativen Vorteil (Kostenvorteil im Vergleich zu anderen EU-Ländern) in den relativ kostengünstigen, gut ausgebildeten Arbeitskräften sieht. Durch die hohen Lohnnebenkosten (Kranken- und Rentenversicherung) würden die Lohnstückkosten allerdings steigen und die Produktion in Tschechien daher weniger attraktiv werden. Deutlich wird, dass Tschechien langfristig kein Billiglohnland ist, sondern eher technologie- und humankapitalintensive Zukunftsindustrien forcieren muss. Gerade durch den ungebrochenen Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen, insbesondere aus Deutschland, findet eine Produktivitätssteigerung statt. Vor allem im intraindustriellen Handel und der industriellen Produktion von Halbfertig- und Fertigerzeugnissen (Fahrzeugtechnik, Maschinenbau etc.) zeigt sich das enorme Potenzial Tschechiens, das immerhin schon in den 1930er Jahren zu den am besten entwickelten Volkswirtschaften weltweit gehörte.

Kultur

Film (Miloš Forman – „Amadeus“, „Hair“, „Einer flog über das Kuckucksnest“; Jiří Menzel), **Musik** (Bedřich Smetana, Antonín Dvořák) und **Literatur** (Milan Kundera, Pavel Kohout, Ivan Klíma, Bohumil Hrabal) spielen für die TschechInnen mit ihrer typisch ironisch-humorvollen, für Deutsche manchmal etwas eigenwillig und spröde wirkenden Art, eine immens wichtige Rolle. Unlängst konnte in Deutschland die „Tschechische Bibliothek“ mit der Herausgabe des 33. Bandes abgeschlossen werden. Damit wurde zweifelsohne ein wichtiger Beitrag zur Steigerung des Bekanntheitsgrades

unseres mitteleuropäischen Nachbarlandes geleistet. Sprachwitz, literarische Vielfältigkeit, tschechischer Humor und Experimentelles, aber auch eine düstertragische Komponente kennzeichnen die Literatur unseres östlichen Nachbarn. Von Jaroslav Hašeks *Urschwejk* über Josef Jedlička, Jan Čep, Bohumil Hrabal, Milada Součková und Božena Němcová reicht die Liste dieser bislang einzigartigen Bibliothek bis Karel Čapek, einem der wichtigsten tschechischen Schriftsteller und Philosophen des 20. Jahrhunderts, sowie Jan Neruda. Und natürlich darf der berühmte Pädagoge und Dichter Johann Amos Comenius in dieser Aufzählung nicht fehlen. Im August 2007 wurde zum Abschluss der „Tschechischen Bibliothek“ im Berliner Schloss Bellevue ein großer Festakt mit den beiden Staatsoberhäuptern als Schirmherren veranstaltet.

Politik und Wirtschaft – kurz gefasst

- Politische Polarisierung und Lagerbildung bei fortgeschrittener Konsolidierung der Parteienlandschaft stark ausgeprägt
- Pattsituation im Abgeordnetenhaus zwischen dem bürgerlich-christdemokratisch-grünen Regierungslager und der sozialdemokratisch-kommunistischen Opposition
- Ausgeprägte realwirtschaftliche Integration in den europäischen Kernraum, hohe reale Wachstumsraten des BIP und des Handelsvolumens, hohe Produktivität der Industrie
- Externe Währungsstabilität gewährleistet, interne Stabilität gefährdet durch Anstieg der Inflationsrate auf 7 %
- Fiskalische Konvergenz als Vorbereitung auf Beitritt zum Euro-Raum noch nicht ausreichend
- Hohes Spezialisierungs- und Produktivitätspotenzial in der verarbeitenden Industrie und im intraindustriellen Handel
- Starke regionale Differenzierung, verstärkt durch Agglomerations- und Sogwirkung der Hauptstadt Prag
- Weiterhin bestehende soziale Ausgrenzung der ethnischen Gruppe der Roma
- Tschechiens Rückkehr ins kulturelle „Herz Europas“
- Tourismussektor: rasante, bisweilen jedoch sehr ambivalente Entwicklung („Sex- und Safttourismus“)

UNGARN (Magyarország)

Fläche	93 032 km ² (größer als bspw. Bayern)
Einwohner	10,0 Mio. (vgl. Baden-Württemberg – 10,7 Mio. Einwohner)
Einwohner/km²	109 Einwohner / km ²
Hauptstadt	Budapest (1,70 Mio. Einwohner, vgl. Hamburg oder Wien)
Staatsform	Parlamentarische Republik Ungarn verfügt über ein Ein-Kammern-System mit einem Staatspräsidenten (László Sólyom, seit 2005) als Staatsoberhaupt, der die Regierung ernennt und repräsentative Aufgaben wahrnimmt. Ministerpräsident ist Ferenc Gyurcsány (post-sozialistische Partei MSZP, seit September 2004 im Amt, wiedergewählt im April 2006).
Religion	6,6 Mio. Katholiken, 2 Mio. Calvinisten, 430 000 Lutheraner, ferner Orthodoxe, Juden und Muslime
BIP/Einwohner	16.900 € (nach Kaufkraftstandard, Prognose für 2008) zum Vergleich: BIP/Kopf in Deutschland ca. 29.300 € Niveau des BIP/Kopf: 66 % des Durchschnitts der EU (27)
BIP-Wachstumsrate	2,5 % (2007)
Wirtschaftssektoren	Anteil der Beschäftigten in Landwirtschaft: 5,3 % Industrie: 32,8 % Dienstleistung: 61,9 %
Inflationsrate	7,4 % (Ende 2007)
Arbeitslosenquote	7,5 % (Ende 2007)

Aus historischen und politischen Erwägungen („**Rückkehr nach Europa**“ nach Jahrzehnten der sowjetischen Zwangsherrschaft) genießt der am **1. Mai 2004** erfolgte **Beitritt** Ungarns zur **EU** einen nach wie vor hohen Stellenwert in der ungarischen Außenpolitik. Ungarn versteht sich als europäisches Land mit einer über 1000-jährigen Geschichte, auch wenn die Ungarn/Magyaren ethnisch betrachtet ursprünglich aus dem Inneren Asiens stammen und so ihre eigene finno-ugrische Sprache mitbrachten. Nach der Niederlage auf dem Lechfeld bei Augsburg im Jahr 955 gegen König Otto I, den späteren Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, hat Ungarn während seiner Geschichte immer wieder bewiesen, dass es als Modell zur Integration verschiedener Nationen und Kulturen dienen kann. Schon die Heirat des im Jahr 1000 gekrönten Heiligen Stephan I. mit Gisela, der Schwester des HRR Kaisers Heinrich II., trug zur Einbindung Ungarns in die feudale Herrschaftsarchitektur in Europa bei, die insbesondere in die Hochphase, aber auch den Niedergang der Habsburger k. u. k. Donaumonarchie mündete.

Da Ungarn bereits früher bi- oder trilaterale Verträge geschlossen hat bzw. in supranationale Organisationen eingebunden war, wird die Mitgliedschaft in der EU weniger als Souveränitätseinbuße verstanden, sondern als Möglichkeit bewertet, durch supranationale Gremien den Einfluss kleinerer Nationen zu stärken. Seit März 1999 ist Ungarn auch Mitglied in der **NATO**. Darüber hinaus legt Ungarn Wert auf ein gutes Verhältnis zu seinem Nachbarstaaten (Rumänien, Slowakische Republik, Ukraine,

Serbien, Kroatien, Slowenien und Österreich) und die Unterstützung der dort lebenden, zahlenmäßig sehr bedeutsamen ungarischen Minderheiten. Allein in Rumänien leben ca. 1,6 Mio. Menschen ungarischer ethnischer Abstammung. In der Slowakei sind das ca. 550.000, in Serbien ca. 300.000 Menschen. Insgesamt leben ca. 4,5 Mio. ethnische Ungarn außerhalb der Landesgrenzen.

Von der seit 2004 bestehenden EU-Vollmitgliedschaft erhofft sich Ungarn

- die endgültige „**Rückkehr**“ in die westliche Welt und Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit im kollektiven Zwangssystem
- **Stabilität** und **Sicherheit** für das Land, das an mehrere südosteuropäische Länder grenzt (Serbien, Kroatien, Rumänien)
- Aufbau möglichst **guter Beziehungen zu den Nachbarstaaten**
- Förderung der **regionalen Zusammenarbeit** sowie
- eine nachholende **Modernisierung der Volkswirtschaft**, Anschluss an den dynamischen europäischen Binnenmarkt (europäischer Kernraum) und **Stabilisierung der Demokratie** und des gesellschaftlich-ökonomischen Wandlungsprozesses. Zugleich ist den Ungarn bewusst, dass in der Europäischen Union das niedrige Pro-Kopf-Einkommen und soziale Diskrepanzen im Lande als problematisch bewertet werden. Zudem ist klar, dass es in den „alten“ EU-Ländern wenig engagierte Befürworter für eine Öffnung der bislang bestehenden Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer gibt. Vor allem Deutschland und Österreich wollen ihre Arbeitsmärkte für ungarische und auch andere mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer nicht vor 2009 oder gar erst 2011 öffnen.
- vor allem eine zügige **Verbesserung des Lebensstandards**, wobei den EU-Sozialstandards große Bedeutung beigemessen wird.

Der Beitritt möglichst weiterer mittel- und osteuropäischer Staaten zur EU 2004 lag immer im Interesse Ungarn. Auch die EU-Vollmitgliedschaft Rumäniens, gerade wegen der dort lebenden **ungarischen Minderheit**, sowie Bulgariens wurde stets gut geheißen und der Beitritt Kroatiens unterstützt. Denn dadurch soll die Gefahr einer neuen Teilung Europas gebannt und die Spaltung in ein wohlhabendes, stabiles Westeuropa und ein instabiles Osteuropa vermieden werden. Auch dem gegenwärtig auf EU-Ebene zu verhandelnden Beitritt der Türkei steht die offizielle ungarische Politik positiv gegenüber, wenn seitens der Türkei die Kopenhagener Kriterien zur Gänze erfüllt werden können. Historische Feindseligkeiten aufgrund der mehr als 150 Jahre dauernden türkischen Fremdherrschaft im 16. und 17. Jahrhundert spielen in dieser Frage offenbar keine Rolle.

Das politische System seit 1989

Ungarn löste sich schon in den 1970er und 1980er Jahren langsam, gradualistisch von dem autoritären sozialistischen System (Stichwort: „Gulaschkommunismus“). Seit Ende der 1980er Jahre entwickelte sich eine parlamentarische Demokratie. Ungarns Wende war nicht durch eine gesellschaftliche Revolution oder einen Umsturz geprägt, sondern

maßgeblich durch innere Kräfte des Reformsozialismus innerhalb der ehemaligen kommunistischen Partei MSZMP bestimmt. Dies unterscheidet Ungarn deutlich von der Wende in der ehemaligen DDR oder dem Druck seitens der anti-kommunistischen Gewerkschaftsbewegung Solidarność in Polen. Gleichwohl bildete sich in Ungarn eine starke anti-kommunistische Protestbewegung heraus.

Ungarn gelang in den Jahren **1989/1990** der **friedliche Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem**. Der friedliche Wechsel von Regierungen zeugt von der Stabilität der ungarischen Demokratie. Auch wenn der politische Reformprozess nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann, verfügt Ungarn über eine relativ feste parlamentarische Parteienstruktur sowie momentan stabile Regierungs- und Koalitionsverhältnisse. Das Parteiensystem (sozialdemokratische/postsozialistische und linksliberale Richtung sowie das oppositionelle konservative Lager) zeigt die Polarisierung der politischen Landschaft. In Folge der Parlamentswahlen im Jahre 2002 wurde die Mitte-Rechts-Regierung von einer postsozialistisch-linksliberalen Koalition abgelöst. Der Beitritt zur EU war auch für die momentane Regierung das vorrangige Ziel. Insofern ist auch hier Kontinuität zu beobachten.

Mittlerweile ist das ungarische Verfassungsgericht – es entspricht etwa dem deutschen Bundesverfassungsgericht – zu einer populären staatlichen Institution geworden. Die Minderheiten in Ungarn haben das Recht, sich selbst zu verwalten und ihre Sprache und Kultur zu pflegen. Jedoch sind die individuellen und kollektiven Rechte der ethnischen Gruppe der Roma noch immer ungenügend. Ihr Ausbildungsstand und ihre Lebensbedingungen liegen deutlich unter denen der Mehrheit der ungarischen Bevölkerung. Das Land hat bereits bis 1997 den größten Teil der EU-Binnengesetzgebung umgesetzt und entspricht so den Anforderungen der EU.

Auch die zunehmende regionale Kooperation mit den Nachbarstaaten und die Klärung von Minderheitenfragen mit den Nachbarn im Rahmen von Grundlagenverträgen waren sehr gute Voraussetzungen für den EU-Beitritt. Die Öffnungen bisheriger Grenzübergänge (beispielsweise mit der Slowakischen Republik) schaffen günstige Voraussetzungen für eine zunehmende ökonomische und kulturelle Verflechtung. Der Handel Ungarns mit seinen direkten Nachbarn wuchs in den beiden letzten Jahrzehnten dynamischer als der Handel mit der EU.

Politik heute (2007 und 2008)

Der Wahlkampf, in dem Ungarn im Frühjahr 2006 den „Superstar suchte“, geriet zu einer personalisierten Zuspitzung des Duells zwischen **Ferenc Gyurcsány**, dem amtierenden Ministerpräsidenten und dem erneuten Herausforderer **Viktor Orbán**. Orbán, Ministerpräsident von 1998 bis 2002, sieht in Gyurcsány die perfekte Verkörperung eines „Luxuslinken“, der soziale Gerechtigkeit predigt und selbst auf zweifelhafte Weise zu materiellem Wohlstand gekommen ist und zu den reichsten Bürgern in Ungarn gehört. Gyurcsány wiederum reagierte beim TV-Duell vor den Wahlen im April 2006 entrüstet auf die Anschuldigung Orbáns, er werde nach den Wahlen ein hartes Sparprogramm durchsetzen müssen, um die völlig aus dem Ruder

gelaufenen Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen, verschweige dies aber vor den WählerInnen vorsätzlich.

Der Wahlausgang zeigte, dass die Ungarn mehrheitlich der seit 2002 regierenden linksliberalen Koalition erneut das Vertrauen schenken. Damit gewann erstmals seit dem Sturz des kommunistischen Regimes in Ungarn die Regierungskoalition wieder die Parlamentswahlen und kann somit weitere vier Jahre regieren. Die extrem polarisierende Angstkampagne des bürgerlich-konservativen Lagers unter Führung von Orbán brachte nicht den vom konservativen und halblichten Parteienspektrum intendierten Machtwechsel.

Im Spätsommer 2006 eskalierte die Situation in der ungarischen Hauptstadt Budapest mit einer ersten Schockwelle derart, dass befürchtet werden musste, Pariser Zustände mit wochenlangen Straßenschlachten und massiven Beschädigungen würden Einzug halten. Die zweite Protestwelle mit Krawallen und Straßenkämpfen setzte ausgerechnet am 23. Oktober 2006 ein. Die Feierlichkeiten des **50. Jahrestages des Aufstandes von 1956** gegen die kommunistische Sowjetherrschaft wurden wiederum von regierungsfeindlichen Protesten überschattet, denen sich auch gewaltbereite Rechtsradikale, Nationalisten und Skins anschlossen. Besonders schwer wiegt die Tatsache, dass die Feierlichkeiten dieses nationalen Gedenktages, der für die ungarische Identität von nicht zu überschätzender Bedeutung ist, von der postkommunistischen MSZP, die nach den Worten von Oppositionsführer Viktor Orbán eine „illegitime Regierung“ darstellt, ausgerichtet wurden. Den Beteuerungen von Ministerpräsident Gyurcsány zum Trotz, dass sich Ungarn jetzt als moderner, demokratischer Staat versteht, entzündete sich ein heftiger Streit, wem in den politischen Eliten und wem in der Gesellschaft, die so tief gespalten ist wie noch nie seit 1990, das geistige Erbe des Aufstandes von 1956 zustehe. Bei all der zynischen Schärfe der Auseinandersetzung konnte den wahren Helden und den Tausenden von Todesopfern des blutigen Aufstandes in keinerlei Weise gebührend gedacht werden.

Die Polarisierung der politischen Auseinandersetzung verläuft nur sehr vordergründig entlang der Linie Anti-Kommunismus (Oppositionspartei Fidesz) versus Post-Kommunismus (regierende Partei MSZP). Vielmehr geht es um völlig divergierende Positionen des **oppositionellen konservativ-bürgerlichen Lagers**, das nicht davor zurückschreckt in der Gesellschaftspolitik populistische Töne anzuschlagen, die gepaart sind mit linken interventionistisch orientierten wirtschafts- und sozialpolitischen Ansätzen. Diese Positionen prallen in einem permanenten Diskurs, der bisweilen außerparlamentarisch ausgetragen wird, auf **post-sozialistische, linksliberale Ansätze**, die in Wirklichkeit die Reformfähigkeit und den unbedingten Machterhaltungswillen der Regierungskoalition offenbaren.

Sozialpolitik

Die Einführung eines gemischten privat-öffentlichen **Rentensystems** auf drei Säulen im Jahre 1998 stellte einen großen Schritt hin zu langfristig tragfähigen Staatsfinanzen dar. Diese Maßnahme ist auch deshalb sehr wichtig, da Ungarn wie Deutschland oder andere europäische Länder auch, eine schrumpfende Bevölkerung aufweist. Ein immer

kleinerer Teil von jungen Erwerbstätigen müsste dann also in Zukunft einen immer größeren Teil von Rentner/innen versorgen. Dies kann nur geschehen, wenn auch private Rentenvorsorge getroffen wird.

Mit der Reform des immer noch ziemlich maroden **Gesundheitswesens** wurde erst begonnen. Diese Reform stellt eines der Kernstücke der im April 2006 wiedergewählten linksliberalen Regierung dar. Es wird sich dann die Reformfähigkeit zeigen müssen. Die massiven Spannungen, hervorgerufen bspw. durch Skandale und Schließungen von Krankenhäusern und weitere Einschnitte im sozialen System stellen die Gesellschaft, die in sich gespalten ist in ein eher regierungstreu Lager und Regierungskritiker, immer wieder vor Zerreißproben. Am 9. März 2008 fand ein von der Opposition initiiertes Referendum statt, in dem über Teile der Gesundheitsreform, die Einführung einer Praxis- sowie Studiengebühren abgestimmt wurde. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp über 50 Prozent. Eine deutliche Mehrheit von ca. 83 Prozent erteilte der Regierungskoalition eine Abfuhr und verstärkte somit den Druck auf die Regierung von Ministerpräsident Gyurcsány.

Wirtschaftliche Entwicklung

Seit der Verabschiedung und Umsetzung eines umfassenden wirtschaftspolitischen Konsolidierungsprogramms Mitte der 1990er Jahre weist Ungarn seit mehr als zehn Jahren einen dauerhaften, sich selbst tragenden **Aufschwung** mit bislang permanent hohen realen Wachstumsraten zwischen 4 und 6 Prozent **BIP-Wachstum** pro Jahr auf. Der Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen war bis 2004 ungebrochen, auch wenn die lukrativsten Privatisierungsobjekte bereits bis 2001 veräußert wurden. Wohl in keiner der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften ist der Strukturwandel derart sichtbar wie in Ungarn. Shopping-Malls und mittlerweile, so wie in den USA oder Deutschland, schon wieder von der Schließung bedrohte Multiplexkinos prägen das Bild der Hauptstadt Budapest, während die östlichen Landesteile mit enormen strukturellen und regionalen Defiziten sowie einer **Arbeitslosenquote** über mancherorts über 20 Prozent kämpfen. Wohnungsknappheit in den Ballungsräumen und extreme Preisunterschiede auf dem Immobilienmarkt sind ein wichtiger Aspekt der mangelnden Mobilität des Faktors Arbeit. Auch wenn die Ungarn auf den Erfolg der traditionellen ungarischen Erzeugnisse wie Pick-Salami und Tokajer Wein nach wie vor stolz sind, sind Audi-TT-Coupé, DVD-Player von Philips, Nokia-Mobiltelefone und IBM-Computerteile die typischen ungarischen Produkte von heute.

Ungarn ist wegen der hohen Lohnnebenkosten und deutlich gestiegenen Reallöhne längst **kein Billiglohnland** mehr, muss aber den Sprung zum technologie- und wissensbasierten Wirtschaftswachstum erst noch verstetigen. Zum wirtschaftlichen Aufschwung tragen auch die hohen Zuwächse bei den Deviseneinnahmen aus der Tourismusbranche bei. Ungarn mit ca. 10 Mio. Einwohnern findet sich bei den weltweit beliebtesten Tourismuszielen immerhin unter den zwölf bestplatzierten Ländern.

Doch abseits der weit fortgeschrittenen **institutionellen Konvergenz** und **realwirtschaftlichen Integration** in den europäischen Kernraum, die auch durch ein enorm gestiegenes Handelsvolumen erklärt werden kann, weist die ungarische

Wirtschaftspolitik gravierende Mängel in der monetären und insbesondere fiskalischen Konvergenz auf. Sorge bereitete in den vergangenen Jahren die unvermindert hohe Inflationsrate von 7,4 Prozent (2007), die sich aufgrund des hohen Wachstumstempos und der gestiegenen Reallöhne trotz der geldpolitischen Interventionen seitens der Ungarischen Nationalbank nicht in die Nähe des Maastrichter Konvergenzkriteriums senken ließ.

Mit der Einhaltung eines strikten wirtschaftspolitischen Kurses in der Finanz- und Geldpolitik wollte Ungarn schon wenige Jahre nach dem erfolgten Beitritt zur EU dafür gesorgt haben, dass die strengen Maastricht-Kriterien zur **Übernahme des Euro** erfüllt werden können. Es wurden jedoch keinerlei Schritte unternommen, um das Zwillingsdefizit, bestehend aus einer übermäßigen Nettoneuverschuldung des Staates und einem daraus resultierenden Anstieg der Gesamtverschuldung (mehr als 50 Prozent des BIP) sowie einer permanenten Verschlechterung der Leistungsbilanzposition (das Defizit betrug Ende 2006 7,3 Prozent des BIP) in den Griff zu bekommen. Ungarn dürfte ein deutlich verringertes Wachstum des realen BIP von ca. 2 Prozent in diesem Jahr (Prognose für 2008) aufweisen, da wirtschaftspolitische Fehler und die mangelhafte Konsolidierung das Potenzialwachstum hemmen. Bestehende regionale Unterschiede mit hoher Arbeitslosigkeit im Osten und Arbeitskräfteknappheiten im Westen des Landes verstärken den Anpassungsdruck, zumal für Regionalpolitik kaum Finanzmittel zur Verfügung stehen. Anders als in anderen neuen EU-Ländern, wie bspw. Polen, warteten ungarische Landwirte lange vergebens auf Ausgleichszahlungen aus Brüssel, da die administrativen Voraussetzungen nicht geschaffen worden waren. Mittlerweile mahnen Experten zu einer strengen Ausgabendisziplin bei den Staatsfinanzen und der Stärkung der Einnahmenseite im Rahmen der EU-Verpflichtungen.

Die **Arbeitslosenquote**, die zum Zeitpunkt des EU-Beitritts bei einem hervorragenden Wert von unter sechs Prozent lag, stieg bis Ende des Jahres 2007 auf 7,5 Prozent. Die Gefahr einer gestiegenen strukturellen Arbeitslosigkeit, die auch bei positiven Wachstumsraten nicht abgebaut werden kann, ist durchaus gegeben. Damit würde Ungarn die wirtschaftspolitischen Fehler alter EU-Länder begehen, die man durch konsequente Reformbemühungen immer vermeiden wollte. Bei einem mittlerweile schwachen realen Wirtschaftswachstum wird der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bei den gleichzeitig bestehenden immensen sozialpolitischen Herausforderungen besonders problematisch. Wirtschaftspolitisch steht Ungarn damit an einem Scheideweg zwischen Ankurlung des Wirtschaftswachstums oder dauerhafter Rezession!

Die Zusammensetzung des Bruttosozialprodukts (primärer Sektor „Landwirtschaft“, sekundärer Sektor „Industrie“, tertiärer Sektor „Dienstleistungen“) ähnelt der in den meisten EU-Mitgliedsstaaten. Besonders bedeutsam für die ungarische Volkswirtschaft ist der Strukturwandel in der verarbeitenden Industrie (z.B. Maschinenbau und Elektroindustrie). Sie zeichnete sich durch eine **starke Exportorientierung** und eine der weltweit höchsten Produktivitätszunahmen aus. Durch umfassende institutionelle und strukturelle Reformen gelang es Ungarn, ein robustes Wirtschaftswachstum zu erzielen und die Arbeitslosenquote zu senken. Sie liegt zwar noch unter den Arbeitslosenquoten Deutschlands, Frankreichs oder Polens, steigt jedoch aufgrund der mangelhaften Ausnutzung des Potenzialwachstums. Nach Strukturreformen, die

mehrere Jahre dauerten und die Entwicklung eines dynamischen, von Unternehmen in ausländischem Besitz getragenen Ausfuhrsektors förderten, konzentriert sich die Wirtschaftspolitik seit dem Jahr 2000 in erster Linie auf die unmittelbare Verbesserung des Lebensstandards durch Lohn- und Rentenerhöhungen und den Ausbau der Infrastruktur durch öffentliche Investitionen, wofür ein höheres Haushaltsdefizit in Kauf genommen wird. Die sich daraus ergebende starke öffentliche und private Inlandsnachfrage federte den Rückgang des Wirtschaftswachstums seit dem ersten Halbjahr 2001 zum Teil ab. Das reale BIP ist von 1997 bis 2006, also innerhalb der letzten zehn Jahre, durchschnittlich 4,5 Prozent pro Jahr stark gewachsen. Damit hat sich auch die reale Einkommenssituation weiter, jedoch bei weitem nicht aller Bevölkerungsteile verbessert. Vor allem Rentner/innen und Geringverdiener/innen leiden unter dem hohen Preisniveau und der gestiegenen Inflationsrate, sodass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage Schwächen zeigt.

Ungarn konnte seine führende Rolle als Anlageland in Mittel- und Osteuropa weiter ausbauen. Der direkte Kapitalimport in Ungarn ist höher als in irgendein anderes Land der Region. Von den 50 größten multinationalen Konzernen sind bereits 35 in Ungarn vertreten. Deutsche Unternehmer haben sich mit Investitionen in Höhe von etwa 15 Mrd. € seit der Wende (1989/1990) stark in Ungarn engagiert, sie haben ungefähr ein Drittel aller Auslandsinvestitionen in Ungarn getätigt. Paradestück ist das Audi-Werk im westungarischen Győr, in das bislang ca. 1 Mrd. € investiert wurde. Neben weiteren deutschen Großinvestoren (u. a. Telekom, RWE, EON, Allianz) bilden aber mittelständische (Maschinenbau-)Unternehmen den Schwerpunkt der deutschen Investitionen. Auch im Banken- und Finanzdienstleistungssektor haben sich viele westeuropäische Großbanken und Versicherungsgesellschaften Marktanteile gesichert. Der **Agrarmarkt** ist exportfähig (z.B. Pick-Salami oder Tokaier Weine), wobei die meisten Exporte in andere mittel- und osteuropäische Staaten gehen. Der Agrarexport ist der einzige Bereich, in dem ein Handelsüberschuss erzielt wird.

Das Land konnte trotz erheblicher Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben einige bedeutende Verbesserungen der Infrastruktur erzielen. So ist beispielsweise Budapest als erste und bisher einzige mittel- und osteuropäische Hauptstadt an das westeuropäische Autobahnnetz angeschlossen. Ebenfalls nimmt Ungarn neben Tschechien die führende Stellung in Mittel- und Osteuropa bei der Verbreitung von Mobiltelefonen ein. Von 100 Ungarn/Ungarinnen besitzen 85 ein Handy. Sowohl das Eisenbahn- und das Straßennetz als auch die Energiewirtschaft werden bereits seit längerem modernisiert.

Bei der **Angleichung an EU-Normen** (Gesetze, Richtlinien und Normen) wurden zwar große Fortschritte gemacht. Auch die Ratifizierung des **Lissaboner Reformvertrags** brachte Ungarn als erstes der 27 EU-Länder auf den Weg. In der konkreten Umsetzung des **Acquis Communautaire** bestehen allerdings noch große Probleme, besonders im Bereich des Umweltschutzes (Filteranlagen, Kläranlagen etc.) und des Ausbaus einer effizient arbeitenden staatlichen Administration.

Ungarn in Politik und Wirtschaft – kurz gefasst

- „Zwei-Parteien-Landschaft“ → extreme politische Polarisierung und dramatische, personalisierte Zuspitzung der Auseinandersetzung auf Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány und Oppositionsführer Viktor Orbán
- Umfassende Reform des Gesundheitswesens als Hauptaufgabe der gegenwärtigen Regierung gefordert
- Langfristige Aufgabe → Überwindung der stark ausgeprägten regionalen Disparitäten „West-/ Ostungarn“
- Deutliche Abschwächung des lang anhaltenden soliden und exportorientierten Wachstums durch wirtschaftspolitische Fehlgriffe
- Währungsstabilität in Gefahr durch mangelhafte Inflationsbekämpfung
- Zudem mangelhafte makroökonomische Konsolidierung → „Zwillingsdefizit“ – hohes Staatshaushaltsdefizit bei gleichzeitigem Leistungsbilanzdefizit (Importe > Exporte)
- Privatisierung, Umstrukturierung und eigentliche ökonomische Systemtransformation weitgehend abgeschlossen
- Steigende Arbeitslosenquote bei schwachem Wachstum des realen BIP → Gefahr der Zementierung dauerhafter struktureller Arbeitslosigkeit

Wirtschaftsgeographie Ungarns

- **Regionen A:** Großraum Budapest, Westungarn (Győr, Sopron)– niedrige Arbeitslosenquote, hohe Arbeitsproduktivität, hoher Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen und Fachkräftemangel, entwickelter Immobilienmarkt
- **Regionen B:** Balaton/Plattensee, Südwestungarn, Debrecen (Ostungarn) – Entwicklung durch Tourismus und neue Industrieansiedlungen, allerdings ausgeprägte saisonale Schwankungen, bereits signifikante Arbeitslosigkeit (insbesondere im Winter)
- **Regionen C:** Südostungarn – höhere Arbeitslosenquote als im Landesdurchschnitt, strukturelle Probleme sichtbar, ländliche Entwicklung durch EU-Transfers?
- **Regionen D:** Nordostungarn – extreme Defizite in ländlichen Strukturen, notleidende Industrien, erzwungene Binnenmigration, unzureichendes Unternehmertum.

*Bettina Anker*¹

Ein Schulpraktikum in der Zentralukraine

Letzten Herbst hatte ich die Möglichkeit, für drei Monate in einer kleinen Stadt in der östlichen Zentralukraine zu leben und dort ein Schulpraktikum zu absolvieren.

Im Sommer hatte ich mein Lehramtsstudium abgeschlossen und wartete jetzt mit gemischten Gefühlen auf den Beginn meiner Reise: Freude über die Möglichkeit, drei Monate in einem mir noch unbekanntem Land verbringen zu dürfen, ein Gefühl der Unsicherheit angesichts der Tatsache, dass ich nicht genau wusste, wo ich wohnen würde und was genau mich an meiner Schule erwarten würde...

Ende August ging die Reise endlich los; ich flog mit dem Flugzeug über Warschau nach Odessa. Nachdem ich morgens das eher kühle Hamburg verlassen hatte, erwartete mich in Odessa ein heißer Sommertag. Die vielen kleinen Straßencafes waren vollbesetzt, die jungen Frauen flanierten in ihren kürzesten Röckchen über die Deribasovskaja – die in der Ukraine „weltberühmte“ Flaniermeile mit Einkaufsmöglichkeiten für die vielen gutbetuchten Odessiten – und am Strand des Schwarzen Meeres genossen die Einheimischen und die meist russischen Touristen die letzten Sommertage.

In ein paar Tagen, am 2. September, sollte der diesjährige Stadtgeburtstag gefeiert werden und überall wurden noch schnell die letzten Häuserfassaden der prächtigen Jugendstilhäuser gestrichen, Blumen gepflanzt, Girlanden aufgehängt und Schriftzüge angebracht, welche der Stadt zu ihrem Fest gratulierten. Abends hatte man den Eindruck, dass das Stadtfest schon begonnen hatte, denn die Straßen waren fast voller als am Tag, an vielen Ecken ertönte aus Lautsprechern Musik, Lichterketten schmückten den Primorski Boulevard und die Leute bestaunten die Fontänen im Stadtpark. Viele neue und teure Autos fuhren durchs Stadtzentrum. Die, die es sich leisten können – und das sind offenbar viele – zeigen gern, was sie haben.

Nach zwei Tagen verlasse ich schon das pulsierende Odessa, um mich mit dem Nachtzug in Richtung meines eigentlichen Ziels zu begeben: einer kleineren Stadt mit ca. 60.000 bis 80.000 Einwohnern (Genaueres konnte mir nie jemand sagen) im östlichen Teil der Zentralukraine.

Am Bahnhof von Odessa herrscht geschäftiges Treiben, mehrere Züge stehen zur Abfahrt bereit und die Reisenden tragen ihre oft erstaunlich großen Mengen an Gepäck in die Züge.

Im meinem Kupee mit vier Betten lächelt eine Ukrainerin erleichtert, als sie mich sieht. Mein Russisch ist zwar schlecht, dennoch verstehe ich, dass sie Angst vor möglichen betrunkenen männlichen Abteilgenossen hat. Gespannt beobachten wir in den nächsten Minuten die Menschen, die an unserem Abteil vorbeigehen, um ihren Platz zu suchen, aber wir bleiben vorerst alleine, und meine Nachbarin seufzt nochmals erleichtert. Sie bestellt beim Schaffner Mineralwasser und Tee für uns, aber bezahlen darf ich nichts. Sie erklärt mir sofort, dass ich Gast sei. Es erstaunt sie, dass ich als Deutsche in die

¹ Die Autorin hat für das Lehramt Deutsche und Englisch studiert und im Rahmen des Stipendienprogramms „Völkerverständigung macht Schule“ (Robert-Bosch-Stiftung) ein dreimonatiges Praktikum in der Ukraine absolviert.

ukrainische Provinz fahre, um dort an einer Schule zu unterrichten und sie möchte gerne mehr über mich erfahren. Leider reicht mein Russisch aber für differenziertere Unterhaltungen nicht aus und so zeige ich ihr stattdessen Fotos von deutschen Städten, in denen ich gelebt habe und von meiner Familie. Sie holt daraufhin ihr neues Handy heraus, um mir die in diesem gespeicherten Fotos ihrer Tochter zu zeigen. Dass mein Handy älteren Datums ist und wir damit kein Erinnerungsfoto für mich von unserer Reise machen können, ist wohl sehr befremdlich für sie – sie lächelt etwas irritiert.

Bald machen wir unsere Betten zurecht und legen uns schlafen. Irgendwann nachts bekommen wir dann doch noch einen männlichen Abteilgenossen, aber nach einem kurzen Blick auf ihn beschließt meine Nachbarin, dass wir wohl beruhigt weiterschlafen können.

Morgens um halb sechs weckt mich der Schaffner, denn bald werden wir an meinem Zielbahnhof ankommen. Da es schon recht hell ist, kann ich, während ich im Gang auf die Ankunft warte, die Landschaft draußen betrachten: Felder und Wiesen, ab und zu Bäume und Sträucher, eher flaches Gelände. Manchmal fahren wir an einem kleinen Dorf vorbei, da kann man dann schon die Babuschkas mit ihren Kopftüchern sehen, die mit ein oder zwei Ziegen oder Kühen auf der Straße stehen. Vereinzelt laufen auch Hühner herum. Etwas irritiert blicke ich auf die Uhr; wir sollen doch bald da sein, werde ich wirklich auf einem Dorf unterrichten? Aber dann sind doch mehr und mehr Häuser zu sehen, und plötzlich bleibt der Zug dann stehen und ich bin angekommen.

Auf dem Bahnsteig eines durch und durch modernen Bahnhofs erwartet mich in Anzug und Krawatte und mit edler Herrenhandtasche der Direktor meiner Schule. Ich fühle mich in meinen Reiseklamotten etwas unwohl, weiß ich doch, dass in der Ukraine im schulischen Kontext immer sehr auf das äußere Erscheinungsbild geachtet wird. Aber immerhin bin ich ja auch hier um ein aktuelles Deutschlandbild zu vermitteln – und da darf man als Lehrer dem Direktor auch in Jeans gegenüberreten. Der Direktor ist Deutschlehrer, es gibt also keine Verständigungsprobleme, während er mich mit dem Taxi zu meiner Unterkunft bringt.

Während der Fahrt kann ich einen ersten Blick auf die Stadt werfen. Nach meinem Aufenthalt in Odessa, wo große mehrstöckige Altbauten das Bild des Stadtzentrums prägten und auf den Straßen meist das pralle Leben herrschte, befinde ich mich jetzt in der Ruhe einer Kleinstadt. Rechts und links stehen einstöckige bunte Häuschen älteren Datums, mal mehr mal weniger zerfallen, mit meist bunten Sommergärtchen vor der Tür. Die Straße ist schon tausendmal ausgebessert worden (oder auch nicht). In Deutschland würde man hier wohl eher langsam fahren, um das Auto zu schonen, aber einen ukrainischen Taxifahrer stört das nicht. Auf vielen Gullis fehlen die Deckel, dann ragt stattdessen einfach ein dicker Ast heraus, damit man weiß, dass man jetzt einen schnellen Schlenker fahren muss. Das gleiche Ausbesserungsprinzip wird auch bei größeren Straßenschäden angewandt.

Es sind viele Bäume zu sehen. Die Hauptstraße gleicht einer Kastanienallee, obwohl „Allee“ nicht das passende Wort zu sein scheint, da die Straße keinen sehr weitläufigen Charakter aufweist. Doch plötzlich ändert sich das Stadtbild, vor uns tauchen die mir von Russlandbesuchen bekannten ewig gleichaussehenden Plattenbauten auf. Na also. Aber die Gegend wirkt durchaus freundlich und nicht etwa deprimierend grau, denn hier

stehen an jeder freien Ecke Bäume und Sträucher. Ich habe den Eindruck, dass viele Leute ihre Zeit damit verbringen, an vielen kleinen Stellen einfach ein paar Sommerblumen zu pflanzen.

Was aber auch auffällt sind die vielen Spielcasinos, an fast jeder Ecke kann ich eins entdecken. Später erfahre ich dann auch, dass es Schülern immer wieder gelingt, sich in diese Spielhöhlen hereinzuschleichen und sie dort ihr wenig Taschengeld verspielen.

Wir biegen innerhalb der Plattenbausiedlung zwei-dreimal um die Ecke und trotz der durch die vielen Blumen recht individuell wirkenden Siedlung, habe ich das Gefühl, dass ich mich in den ersten Tagen hier ein paar Mal verlaufen werde, weil doch alles so gleich aussieht für mich. Dem war dann auch so.

Nachdem wir aus dem Taxi ausgestiegen sind, erinnert mich wieder vieles an meine Russlandbesuche: Die maroden Treppenhäuser der Plattenbauten sind für westliche Besucher erst mal erschreckend und lassen das Schlimmste befürchten, aber nachdem man sich durch die typischen zwei Eingangstüren mit mehreren Schlössern gekämpft hat, erwarten einen z. T. erstaunlich moderne, ja manchmal auch luxuriöse Wohnungen. Ähnlich auch jetzt. Meine Gastfamilie, die der Schuldirektor für mich ausgewählt hat und bei der ich für 100 Dollar ein Zimmer miete, hat sich bei der Verschönerung der Wohnung offensichtlich für das Badezimmer entschieden. Im Wohnzimmer gibt es außer einem Schlafsofa keine Möbel (aber natürlich einen Fernseher), in der Küche steht noch der alte Gasherd (und natürlich noch ein Fernseher), aber im Badezimmer befinden sich eine neue Eckbadewanne und ein Bidet, außerdem ist der Raum mit teuer aussehenden Kacheln verschönert worden. So ein schickes Bad hatte ich noch nie, und ich freue mich.

Mein Zimmer ist dann aber mit Möbeln vollgestellt. Es gibt zwei große Schränke, ein Regal, ein Schlafsofa und einen Schreibtisch, auf dem ein Computer steht. Mit Internet, wie man mir sofort stolz erzählt.

Jetzt soll ich aber erst mal etwas frühstücken. Meine Gastmutter hatte schon einmal Besuch aus Deutschland, deshalb weiß sie, dass die Deutschen morgens keine warmen Sachen wie etwa Würstchen essen. Es gibt also traditionelles deutsches Frühstück mit Brot, Wurst und Käse. Sie freut sich aber, als ich auch etwas von dem Brei esse, den sie für ihre Tochter gekocht hat. Und als ich nach dem Essen auch schwarzen Tee statt Kaffee trinke, nickt sie mir lächelnd zu.

In den nächsten beiden Tagen beginnt für mich die erlebte Landeskunde im Bezug auf das Bildungssystem der Ukraine: Ich habe Gelegenheit, sowohl der Einschulungsfeier der neuen Erstklässler an meiner Gastschule beizuwohnen als auch der Feier zum Studienbeginn der Erstsemester an der Universität in einer der Nachbarstädte.

Der Einschulungstag der Erstklässler, traditionell der 1. September, der „Tag des Wissens“, ist ein strahlender Sonntag, die Temperaturen sind dabei um einiges angenehmer als im heißen Odessa. Die kleinen Mädchen und Jungs sind sehr hübsch zurechtgemacht: Alle tragen schwarz-weiß, die Mädchen haben kurze Röcke und Blusen, dazu meist eine sehr große Schleife im Haar, die Jungen tragen Anzug und Krawatte. Viele Kinder haben Blumen für ihre neue Lehrerin mitgebracht.

Pünktlich um 8 Uhr versammeln sich alle auf dem Schulhof und der Direktor hält eine Ansprache. Dann erklingt die ukrainische Nationalhymne und auf dem Schulhof wird

die Nationalflagge gehisst. Dies scheint dann auch schon der Höhepunkt der Feier gewesen zu sein, denn die neuen Erstklässler ziehen mit ihren Lehrerinnen ins Schulgebäude ein.

Wesentlich spektakulärer ist da doch schon die Feier zum Studienbeginn der neuen Erstsemester. Die Veranstaltung findet im Freien auf dem Vorplatz der Universität statt. Die Bäume sind mit Girlanden geschmückt und überall stehen große Lautsprecherboxen. Viele wichtige Personen halten viele lange Ansprachen, auch hier ertönt die Nationalhymne, aber wer sich richtig ins Zeug legt, sind die Studenten der oberen Studienjahre (in der Ukraine studiert man nicht in Semestern, sondern in Studienjahren). Egal ob traditionelle Folklore oder moderne westlich orientierte Showeinlagen – letztere überwiegen allerdings stark – immer neue Gruppen kommen auf die Bühne, um zu singen, zu tanzen, zu turnen, zu musizieren oder um Gedichte und Literatur vorzutragen. Dabei scheuen sie sich nicht, auch mal viel nackte Haut zu zeigen, aber es ist ja schließlich auch warm...

Nach der Feier marschieren die neuen Studenten streng nach Studiengang sortiert in die Universität. Dort gehen sie in einen für ihren Studiengang und ihre Studiengruppe – ähnlich einer Schulklasse in Deutschland – vorgesehenen Raum und erhalten unter Applaus der jeweils anderen Studenten ihren Studenausweis. Die Studenausweise verteilen nicht etwa die Mitarbeiter des Immatrikulationsamtes, sondern die Dozenten persönlich. Diese Gelegenheit nutzen viele der Studenten, um im Gegenzug direkt Blumen und Pralinen zu überreichen. Die stolzen Eltern müssen währenddessen vor verschlossenen Klassentüren warten. Sobald die Türen wieder aufgehen, wird aber sofort ein Foto samt neuem Studentenausweis gemacht.

Eine der Studienanfängerinnen für Germanistik, Mascha, möchte mir noch ihre neue Wohnung zeigen. Da sie im Studentenwohnheim kein Zimmer bekommen hat, hat sie ein Zimmer bei einer älteren Dame gemietet. Sie wohnt und schläft mit ihr in einem Wohn- und einem Schlafzimmer. Sobald wir angekommen sind, essen wir erst mal Borschtsch und hören uns Geschichten über den Hund der Dame an. Ein paar Wochen später erfahre ich dann, dass Mascha auf der Suche nach einem neuen Zimmer ist.

Am nächsten Tag ist dann Schulbeginn für alle, also auch für mich. Ich schaffe es, morgens allein zu Fuß zur Schule zu gehen, ohne mich zu verlaufen. Die erste Hürde ist also geschafft! Schon am Einschulungstag der Erstklässler hatte der Direktor mich dem Deutschlehrerkollegium vorgestellt, so dass ich jetzt von den beiden in der Hierarchie ganz oben stehenden Lehrerinnen erwartet werde. Eine der beiden spricht hervorragend Deutsch, später erfahre ich, dass sie regelmäßig den Preis für die beste Deutschlehrerin der Stadt erhält und außerdem nebenbei noch als Dolmetscherin für deutsche und österreichische Investoren arbeitet. Sie fragen mich kurz wie es mir geht, wirken aber leicht abgelenkt, denn eigentlich müssten wir längst bei einer Besprechung mit dem Direktor sein. Wir laufen also los, das Schulgebäude ist groß, 1400 Schüler müssen reinpassen, und kommen fast außer Atem im Vorzimmer des Direktors an. Die Eile wäre aber nicht nötig gewesen, denn aus dem Zimmer des Direktors ist Geschrei zu hören. Ein Elternpaar ist mit der Zuweisung ihrer Tochter zu einer bestimmten Lehrerin überhaupt nicht einverstanden und verlässt schließlich aufgebracht das Zimmer. Ich lächle tapfer, aber für mich besteht kein Grund zur Sorge, denn der Direktor ist schon

wieder das charmante Lächeln selbst. Jaja, die Eltern, manchmal wissen sie eben auch nicht, was gut für das eigene Kind sei, jaja, schwierig, es immer allen Recht zu machen. Ich erhalte meinen bereits fertig ausgearbeiteten Stundenplan, insgesamt unterrichte ich elf Wochenstunden in acht verschiedenen Lerngruppen. Wir besprechen kurz ein paar grundlegende Fragen und schon bin ich wieder mit den Deutschlehrerinnen alleine.

Erst jetzt erfahre ich die wirklich wichtigen Regeln. Erstens: kein Russisch in der Schule! Zweitens: keine Jeans in der Schule! Drittens: die Schüler in der Pause niemals auf das Schulgelände hinaus lassen!

In der östlichen Zentralukraine sprechen die Menschen im Alltag sowohl Russisch als auch Ukrainisch. Kinder wachsen in der Regel zweisprachig auf, wenn auch mit einer Dominanz des Ukrainischen bzw. mit einem ukrainischen Akzent. Aber sie können sich problemlos in beiden Sprachen im Alltag verständigen. Bei offiziellen Anlässen, wie auch in Dokumenten, kommt stets die ukrainische Sprache zum Einsatz, aber auf der Straße hört man fast mehr Russisch als Ukrainisch. Eine der beiden Deutschlehrerinnen erklärt mir jetzt, dass der Direktor im privaten Kreise oft Russisch spreche, in der Schule jedoch Ukrainisch als Pflichtsprache eingeführt habe. Wer davon abweiche, müsse mit einer ernsten Unterredung bei ihm rechnen. An anderen Schulen der Stadt sei diese Regelung nicht so streng oder gar nicht vorhanden, aber der Direktor wolle eben noch Karriere in der Politik machen. Er sei im Stadtparlament als Abgeordneter für „Nascha Ukraina“ tätig und wolle da auch gerne noch höhere Positionen einnehmen. Früher sei er mal Mitglied einer anderen Partei gewesen, aber nach der Orangen Revolution habe er dann zu „Nascha Ukraina“ gewechselt.

Die Lehrerinnen beurteilen die Sprachenpolitik des Direktors kritisch. Sie selber seien zwar auch nicht zu 100% sicher in Wort und Schrift des Russischen, aber sie können doch über komplexe Themen auf Russisch sprechen und auch einen Text mehr oder weniger fehlerfrei verfassen. Dadurch, dass der Direktor aber den Einsatz des Russischen in der Schule komplett verboten habe, würde das Russisch der Schüler auf einer rein mündlichen Ebene stehen bleiben und auch da natürlich auf einem alltagssprachlichen Niveau. Die Schule sei eine der besten Schulen der Stadt, wenn nicht sogar die beste, und der Direktor achte streng darauf, dass seine Schüler perfekt für die jährlich stattfindenden Olympiaden vorbereitet seien. Aber durch die regelrechte Verbannung des Russischen würde er den Schülern die Möglichkeit nehmen, zu kompetenten bilingualen Sprechern heranzuwachsen und ihnen damit einen Nachteil gegenüber Schülern anderer Schulen verschaffen, an denen Russisch nicht nur toleriert, sondern sogar gefördert wird. Tatsächlich erlebe ich einmal die Situation, dass eine Schülerin der 8. Klasse mich nach der Schreibweise eines russischen Wortes fragt. Sie spricht fließend Russisch, aber sie muss mich, die froh ist, wenn sie überhaupt etwas auf Russisch versteht, fragen, wie denn dieses Wort geschrieben wird. Zufällig kenne ich die richtige Schreibweise – eine seltsame Situation...

Es gibt allerdings zwei Lehrerinnen, von insgesamt etwa 140, die Russisch als Fremdsprache unterrichten, wobei anzumerken ist, dass Russisch nicht den Status einer Fremdsprache, sondern mindestens den einer Zweitsprache hat, für viele Schüler auch

den einer zweiten Muttersprache. Russischunterricht erhalten aber nicht alle Klassen und auch nicht über die gesamten elf Schuljahre hinweg.

Die zweite Besonderheit unserer Schule ist die strenge Kleiderordnung, die so rigoros angeblich an anderen Schulen der Stadt nicht besteht. Jeans sind sowohl für Schüler als auch für Lehrer absolut verboten. Aber, so erklärt man mir eifrig, es gäbe einen Trick zur Überlistung des Direktors: man müsse einfach schwarze Jeans tragen, denn diese könne der modisch nicht sehr bewanderte Direktor nicht mehr als Jeans erkennen... Für die meisten Schülerinnen und Lehrerinnen spielt das Jeansverbot allerdings keine große Rolle, denn sie tragen am liebsten Rock und Stiefel. Bauchfrei in der Schule zu erscheinen ist ebenfalls verboten, erwünscht ist eine dem schulischen Ernst angemessene Kleidung. Eine direkte Schuluniform gibt es nicht, aber die Mädchen tragen meist Rock und Bluse, wenn auch oft in bunten Farben, und die Jungen einen Anzug. Jede Pause marschiert der Direktor mit wachsamen Augen durch die Gänge der Schule, um Verstöße gegen die Kleiderordnung oder sonstige Regelbrüche zu ahnden. Meist findet er dann auch den einen oder anderen Sünder, den er dann mit einem Fingerschnipsen zu sich ordert.

Für einige Familien aber wird die strenge Kleiderordnung zum finanziellen Problem. Einmal, während ich auf ein Gespräch mit dem Direktor warte, sehe ich, wie er mit einem Schüler und dessen Mutter spricht. Der Schüler trägt sportliche, älter aussehende Kleidung, die aber in deutschen Schulen durchaus öfter zu sehen ist. Nachdem der Schüler und seine Mutter gegangen sind, erzählt mir der Direktor, dass der Vater des Schülers fast alles Geld vertrinke und die Mutter keine angemessene Schulkleidung, also einen Anzug und gute Schuhe, kaufen könne. Der Direktor erklärt mir, dass er Geld bzw. Kleidung für den Jungen besorgen werde. Ihn scheint diese Situation nicht unberührt zu lassen, er erzählt mir, dass solche Situationen öfter vorkommen und er Gelder für solche Situationen beantragen könne. Überhaupt habe ich manchmal den Eindruck, dass hinter aller Strenge des Direktors eine gute Seele steckt, die echtes Interesse am Wohlergehen der Schüler und Lehrer hat. So erläutert er mir einmal, dass man eine solch große Schule eben sehr streng führen müsse, da sonst alles im Chaos versinke. Er arbeite ein bisschen nach dem Motto: Man muss die Leute zu ihrem Glück zwingen! Worin das Glück besteht, kein Russisch zu lernen, ist mir aber nicht ganz klar...

Die dritte wichtige Regel besagt, genau andersherum als an vielen deutschen Schulen, dass die Schüler in den Pausen nicht das Schulgebäude verlassen dürfen. Erstens sei es zu gefährlich, auf dem Schulhof zu spielen, zweitens würde dann das Schulgebäude vom vielen Dreck (der Schulhof ist komplett asphaltiert...) schmutzig werden. Die Sauberkeit seiner Schule ist dem Direktor ein wichtiges Anliegen, ständig sieht man fleißige Putzfrauen auf den Gängen und eine der Strafen für Schüler ist es, die vielen Grünpflanzen auf den Gängen Blatt für Blatt zu entstauben.

Die strengen Regeln laden natürlich dazu ein, sie zu brechen bzw. den Direktor zu überlisten – und zwar sowohl auf Schüler- als auch auf Lehrerseite. Einer der Deutschlehrerinnen ist es ein besonderes Anliegen ihren Chef zu überlisten. Dank meiner Anwesenheit bekommt sie auch eine weitere Chance dazu. Nach einer Klassenreise gutbetuchter Schüler nach Deutschland gibt es einen Informationsabend

mit Fotopräsentation für die Eltern (sie sollen ja schließlich genau wissen, wofür sie bezahlt haben). Besagte Deutschlehrerin soll einen Überblick über den Verlauf der Reise geben. Da ich auch anwesend bin, aber kein Ukrainisch verstehe, erklärt sie dem Direktor und den anwesenden Eltern mit überlegenem Lächeln, dass es doch unhöflich sei in Anwesenheit „der Gästin“ Ukrainisch zu sprechen, da sie dies ja nicht verstehe. Sie werde deshalb ihren Vortrag auf Russisch halten. Der Direktor muss dies natürlich akzeptieren und Olga hält dann triumphierend ihren russischen Vortrag...

Auch die Schüler versuchen, sich gegen die Regeln zu stellen. Ungestraft gelingt das denjenigen mit den „richtigen“ Eltern. Einmal bemerke ich eine Schülerin in auffällig bunter Kleidung, noch dazu bauchfrei und mit bunt gefärbten Haaren. Auf meine Frage, wie denn dies möglich sei, antwortet mir eine der Lehrerinnen, dass ihre Familie sehr reich sei, der Vater politischen Einfluss habe und der Direktor es sich nicht mit ihm verderben wolle.

An den ukrainischen Schulalltag gewöhne ich mich schnell, nicht zuletzt, weil die Lehrerinnen mich stets gut unterstützen und mir mit Rat und Tat und oft mit aller Herzlichkeit beiseite stehen. Leider haben sie nicht viel Zeit, um am Nachmittag oder Abend mal etwas mit mir zu unternehmen, denn sie sind fast den ganzen Tag mit beruflichen Verpflichtungen beschäftigt. Das Lehrerdasein in der Ukraine ist ganz wesentlich durch die schlechte Bezahlung gekennzeichnet: bei einem vollen Stundenumfang von 25 bis 27 Wochenstunden erhalten die Lehrer umgerechnet ca. 200 Euro im Monat. Der Lohn kann etwas steigen, wenn man die Funktion eines Klassenlehrers oder sonstige Aufgaben übernimmt, dann steigt allerdings der Zeitaufwand auch noch mal erheblich. Ein Klassenlehrer muss beispielsweise etwa ab 7.15 Uhr in der Schule sein (Unterrichtsbeginn ist um 8.00 Uhr). Wenn er eine jüngere Klasse betreut, muss er diese nach dem Unterricht geschlossen zum nächsten Unterrichtsraum führen, so dass die 5-Minuten-Pause für diese Lehrer komplett nicht existiert. Auch die Essenspause geht für sie verloren, da sie ihre Schützlinge beim Essen in der Schülmensa beaufsichtigen müssen.

Aufgrund des geringen Gehalts geben die meisten Lehrer am Nachmittag noch mehrere private Nachhilfestunden, die sie in der Schule halten dürfen. Schüler, bzw. deren Eltern, können auf diesem Wege auch gute Noten kaufen, da die Lehrer Klausuren dieser Schüler „besser“ benoten. Viele Lehrer arbeiten nebenbei auch als Dolmetscher und Übersetzer, in unserer kleinen Stadt gab es dafür aber nicht viele Gelegenheiten.

Manchmal gönnten sich die Lehrerinnen dann doch den Luxus und gingen mit mir ins Café. Dann bewunderten sie ausgiebig die vorhandenen Torten, ließen sich genau die verschiedenen Zutaten der diversen Torten erklären und wählten mit großer Sorgfalt und entsprechend viel Zeitaufwand ein Stück aus. Ich wartete schon ungeduldig, hatte längst ausgewählt, aber ich denke, dass die Zeremonie des Auswählens für die Lehrerinnen schon einen großen Teil des luxuriösen Cafébesuchs ausmachte und sie dies auch voll auskosten wollten. Das Stück Torte wurde dann genüsslich und langsam verspeist, dazu wurde der neueste Klatsch und Tratsch ausgetauscht. Zweimal kam es vor, dass einer der Ehemänner der Lehrerinnen anrief, dann behaupteten sie, dass sie noch bei einer Konferenz seien oder schon im Bus säßen. Nach dem Anruf mussten sie dann schnell aufbrechen und nach Hause eilen, um für den wartenden Ehemann zu kochen...

Natürlich wollte ich während meines Aufenthaltes auch meine Sprachkenntnisse im Russischen verbessern, aber die Suche nach einer Lehrerin gestaltete sich nicht so einfach wie erst gedacht. Auf meine Frage nach Sprachunterricht erklärte sich eine der älteren Lehrerinnen bereit, mir ein- bis zweimal die Woche Unterricht zu erteilen. Sie wollte ausdrücklich keine finanzielle Gegenleistung, stattdessen sollte ich die von ihr auf Deutsch selbstverfassten Gedichte Korrektur lesen. Wir begannen also mit der Arbeit, ich lernte Russisch und sie legte mir stolz ihre Gedichte vor. Leider funktionierte dieses System nur eine Woche lang, dann kam ihr immer wieder etwas dazwischen, so dass der Unterricht ausfallen musste. Nachdem ich auf Nachfragen drei Wochen lang keine Stunden mehr erhalten hatte, fragte ich schließlich eine der jungen Lehrerinnen, welche sich auch wiederum sofort bereit erklärte. Allerdings war dies ein großer Fauxpas gegenüber meiner ersten Lehrerin, sie war sichtlich beleidigt und es fiel ihr ein paar Tage lang schwer mich morgens zu begrüßen. Zur poetischen Lesung ihrer Gedichte erhielt ich dann auch keine Einladung...

Mein jetziger Unterricht sollte gegen Bezahlung stattfinden, aber es war wiederum nicht einfach, Unterrichtstermine zu finden. Der Ehemann meiner Lehrerin sollte nämlich nichts vom zusätzlichen Verdienst seiner Gattin erfahren. Ich durfte also ihre Wohnung nur zu den Arbeitszeiten des Mannes betreten. Diese kollidierten aber oft mit meinen Anwesenheitszeiten in der Schule. Schließlich fanden wir doch wenigstens einen Termin pro Woche und ich saß dann oft mit meiner Lehrerin, ihrem Baby, ihrer Großmutter, manchmal einer Nachbarin und stets bei einer Tasse Tee und etwas zum Essen da und lernte Russisch. Leider funktionierte dieses Arrangement auch wiederum nur ca. sechs Wochen, dann kamen zu Kind und Großmutter noch die Eltern meiner Lehrerin dazu und es war einfach kein Platz mehr in der Wohnung. Eine neue Lehrerin für die restlichen Wochen habe ich dann nicht mehr gefunden....

Mein Aufenthalt fiel in die Zeit des Wahlkampfes und der vorgezogenen Parlamentswahl, eine spannende Zeit also. In den Wochen vor der Wahl waren immer wieder Werbestände verschiedener Parteien auf den Straßen und größeren Plätzen der Stadt zu sehen. Neben diese Stände setzten sich dann oft die Babuschkas, die ihre Sonnenblumenkerne auf der Straße verkauften. Sie hofften wohl auf ein besseres Geschäft, aber sie wurden enttäuscht, denn ich sah erstaunlich wenig Menschen an den Ständen. Tatsächlich, es wurde zwar unter meinen Kollegen über die Wahl gesprochen, aber besonders enthusiastisch oder optimistisch waren die ukrainischen Lehrer nicht. Sie sprachen zwar über Politik, aber sie brachten deutlich zum Ausdruck, dass sie kein Vertrauen in ihre Politiker haben und dass sie sich auch nicht zu irgendwelchen Informationsständen der einzelnen Parteien begeben würden, um sich näher über deren Programme zu informieren. Als *Janukowitsch* unsere kleine Stadt besuchte, um eine Rede zu halten, gingen meine engsten Kolleginnen demonstrativ ins Café anstatt ihm zuzuhören, obwohl sein Besuch das Event in der Stadt war! Die Erklärung der Lehrerinnen war, dass doch alle Politiker lügen, sobald sie nur den Mund aufmachten. Wer hinging, waren die Schüler – sie bekamen nämlich Geld, wenn sie eine große blaue Parteifahne schwenkten. Auch in den Tagen vor *Janukowitschs* Besuch konnten sie schon Geld verdienen, denn in und um die Stadt wurde jeder Busch und Baum mit blau-weißen Bändern behängt. Überhaupt wirkten die Schüler recht begeistert über den

Wahlkampf. Sie sammelten Herzchenanhänger von *Julia Timoschenko*, Schulhefte, auf denen sie im schicken Motorradlook abgebildet war, und sangen einen Popsong, der *Timoschenko* über den Musikkanal im Fernsehen promoten sollte. In den 11. Klassen, den Abschlussklassen, diskutierten sie aber auch im Unterricht aufgeregt über die anstehenden Wahlen. Dabei wirkten sie teilweise interessierter, informierter und engagierter als die Lehrerinnen und Lehrer.

Der eigentliche Wahltag verlief ruhig, aber am nächsten Tag saß ein übellauniger Direktor in der Schulmensa und schimpfte über das schlechte Abschneiden seiner Partei „Nascha Ukraina“. Viele Lehrerinnen waren nicht anwesend, da sie noch Stimmen ausählten. Meine Russischlehrerin kam aufgeregt zu mir und berichtete, dass sie nicht wählen durfte, da ihre Namensänderung durch die erst vor kurzem stattgefundene Hochzeit offensichtlich nicht bis zu den Wählerlisten im Wahllokal durchgedrungen war. Schon bei der letzten Wahl habe sie nicht wählen dürfen, da sie damals grade neu in die Stadt gezogen war und trotz Anmeldung auch nicht auf der Wählerliste stand. Sie wirkte ehrlich betrübt und empört über diesen Umstand, andere Kolleginnen zuckten nur resigniert mit den Schultern und meinten, es spiele doch eh keine Rolle, ob sie nun gewählt habe oder nicht, ändern würde sich nicht viel. Meine Russischlehrerin war sehr jung und ebenso wie die jungen Schüler wirkte sie politisch interessierter als die älteren Kolleginnen.

Insgesamt haben mir diese drei Monate einen intensiven Einblick in das ukrainische Alltags- und Schulleben ermöglicht. Ich habe die ukrainische Küche kennengelernt, war auf traditionellen Märkten, weiß, wie ich mich in die Hierarchie eines Lehrerkollegiums einfügen muss. Ich habe erlebt, wie es ist, bei 13 Grad Raumtemperatur zu unterrichten, weil alljährlich Anfang Herbst die Heizung nicht funktioniert und habe mitbekommen, wie man gute Noten oder Zeugnisse kauft. Ich durfte erleben, wie die Kollegen den „Tag des Lehrers“ Anfang Oktober feiern und mit ihrem Direktor zusammen einen fröhlichen Abend im Restaurant mit Festessen und Tanz verbringen. Und ich habe erlebt, wie engagiert viele Lehrer trotz schlechter Bezahlung sind und wie intensiv sie sich um ihre Schüler kümmern. Besonders beeindruckt hat mich die Herzlichkeit und Gastfreundschaft, welche mir entgegengebracht wurde und die ich auch heute noch in den Mails spüre, die ich ab und zu aus der Ukraine erhalte!

Hinweis

Das Schulpraktikum fand im Rahmen des Stipendienprogramms „Völkerverständigung macht Schule“ der Robert Bosch Stiftung statt. Studierende und Hochschulabsolventen werden an ausgewählte Schulen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie China entsandt um die deutsche Sprache, Kultur und ein aktuelles Deutschlandbild zu vermitteln. Die Stipendiaten wirken im Deutschunterricht mit und initiieren interkulturelle Projekte. Das Programm wird in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Austauschdienst der Kultusministerkonferenz und der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen durchgeführt.

Weitere Informationen: www.bosch-stiftung.de/vms

Dokumentation

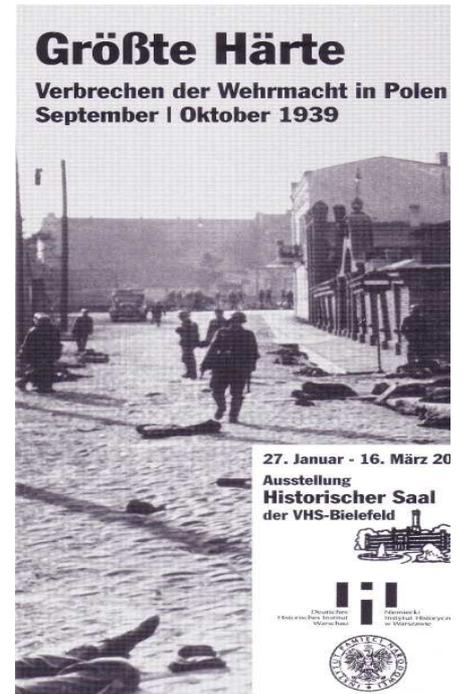
Helmut Skowronek

„Sonderaktion Krakau“

Vortrag vom 13.2.2008 im Rahmen der Ausstellung „Größte Härte“ in der VHS Bielefeld

So oder auch „Aktion gegen Universitätsprofessoren“ bezeichnen die Akten der deutschen Sicherheitspolizei die Liquidierung der Jagiellonen-Universität, die am 6. November 1939 mit der Verhaftung fast aller ihrer Professoren praktisch vollzogen wurde.

Warum wähle ich diesen Ereigniszusammenhang für eine Darstellung im Rahmenprogramm der Ausstellung „Größte Härte“? Weil sich für das kollektive Gedächtnis Polens darin in besonderer Weise eine geradezu symbolhafte Zuspitzung des nationalsozialistischen Herrschaftsanspruchs, der sich bis zur systematischen Vernichtung polnischer Kultur und ihrer Träger steigerte, einerseits und des polnischen Willens zur Selbstbehauptung andererseits dokumentiert.¹ „Sonderaktion Krakau“ ist gleichsam ein bevorzugter Knoten im Netz der Erinnerungen. Hebt man ihn auf, ist man mit einem Schlage mit dem Gemenge von Gefühlen, Bedeutungen und Assoziationen konfrontiert, das sich mit der deutschen Besatzung von 1939 bis 1945 verbindet. Die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen im vereinigten Europa verlangt, dass wir, wie früher mit unserem „Erbfeind“ Frankreich, solche lastenden „Knoten“ auf ihren historisch „wahren“ Gehalt prüfen. Natürlich eine Aufgabe, der sich prinzipiell beide Seiten, wenn auch in unterschiedlicher Last der Verantwortung widmen. Als deutsche Erinnerungsknoten mag man etwa die Bombardierung Dresdens, den Untergang der „Wilhelm Gustloff“ oder den sog. Bromberger „Blutsonntag“ (Nazi-Propaganda im August 1939) ansehen. Nicht ausgesprochen, also auch nicht der Debatte und Klärung ausgesetzt, beeinträchtigen derartige „Knoten“ als nationale „Empfindlichkeiten“ das Klima der Beziehungen, wie etwa „Im Krebsgang“ von Günter Grass, den Tod von Frauen und Kindern im Untergang der „Wilhelm Gustloff“ betreffend, da und dort in Polen als gezielter Versuch überschätzt wurde, die Deutschen der Kriegsgenerationen aus Täter- in Opferrollen zu manövrieren. Nicht selten müssen wir jedoch, lange vor jeglicher Einordnung und Deutung, überhaupt erst von einzelnen Ereignissen und Leiden unserer Kriegsgegner sehr konkret Kenntnis nehmen, so dass wir, mit einiger „nachholender“ Empathie, in Zukunft besser unsere jeweiligen Empfindlichkeiten verstehen und tolerieren können. Das gilt eben für die Vorgänge der „Sonderaktion Krakau“ wie beispielsweise auch für den Terrorangriff von Stukas auf



¹ Kleßmann, Christoph. Die Selbstbehauptung einer Nation. Düsseldorf 1971, wohl die erste (deutschsprachige) Untersuchung, insbes. der „Fliegenden Universität“ im polnischen Untergrund während der deutschen Besatzung.

Wieluń am frühen Morgen des 1. September 1939, der anders als die Beschießung der Westerplatte bei Danzig nicht als heroische Fanfare für den Kriegseintritt taugte.²

Vorgeschichte und Ablauf der Sonderaktion

An jenem 6. November 1939 also hatte der Rektor der Universität den Lehrkörper ins Collegium Novum geladen, um einen Vortrag des Sturmbannführers *Bruno Müller*, Leiter eines Krakauer SS-Einsatzkommandos, anzuhören, der darum ersucht hatte, die Professorenschaft über „Die Stellung des Dritten Reiches zu Wissenschaft und Universität“ unterrichten zu können. Auch die eher desinteressierten oder den Absichten der deutschen Zivilverwaltung misstrauenden Mitglieder des Lehrkörpers waren gekommen, weil der Rektor, Professor *Lehr-Splawiński*, sie ausdrücklich darum gebeten hatte, und sie ihn in dieser denkbar unklaren Situation nicht im Stich lassen wollten. Unklar war vor allem, ob die Universität den regulären Betrieb des neuen Studienjahrs würde aufnehmen können. Zu treffen war diese Entscheidung vor diesem Hintergrund: Anders als beispielsweise in Warschau waren die Universitätsgebäude nicht von Kriegsschäden betroffen. Denn Krakau, das über so gut wie keine Verteidigungsanlagen verfügte, hatte sich auf Beschluss des Stadtrates kampflos den am 6. September 1939 einrückenden deutschen Truppen ergeben. Überdies forderte am 11. September 1939, während andernorts in Polen noch heftig gekämpft wurde, der Oberkommandierende der Wehrmacht, *von Brauchitsch*, die polnische Bevölkerung der bereits eroberten Landesteile auf, ihre normalen Tätigkeiten wieder aufzunehmen. Die Ernsthaftigkeit seines Appells unterstrich er mit der Zusicherung, die Normen des Internationalen Rechts einzuhalten. In der Zeit der deutschen *Militärverwaltung*, die bis zum 25. Oktober 1939 andauerte, entwickelte sich in Krakau tatsächlich eine gewisse Normalität. Vor dem deutschen Angriff in Richtung Osten geflüchtete Bürger kehrten zurück, einige Schulen nahmen den Unterricht wieder auf, das Theater den Spielbetrieb, und der „*Goniec Krakowski*“ (Krakauer Bote) erschien. Was die Eröffnung der Universität anging, verhielten sich die deutschen Behörden einigermaßen indifferent: weder unterbanden sie Vorbereitungen - wie z.B. Information von Studienanfängern, Rückruf geflüchteter Professoren oder Druck des Vorlesungsverzeichnisses - noch ermutigten sie dazu. Einer der damals eng mit dem Rektor zusammenarbeitenden Professoren erinnerte sich 1940, nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager: „Das Verhalten der deutschen Behörden, mit denen der Rektor Kontakt hatte, war von einer Art, dass dies (...) zu der Schlussfolgerung berechtigte, dass die deutschen Behörden unser Vorhaben, die Universität zu eröffnen, anerkennend billigten.“³ Jedenfalls beschloss der Senat der Universität am 19. Oktober 1939, die Einschreibungen für das Wintersemester aufzunehmen, und setzte den Beginn der Veranstaltungen auf den 13. November fest. Allerdings hatte die nationalsozialistische Reichsführung inzwischen schwerwiegende

² Ca. 60 km östlich der damaligen deutschen Grenze von der Kreisstadt Groß-Wartenberg entfernt, Richtung Lodz, wurde die militärisch völlig bedeutungslose Kleinstadt Wieluń mit 20 Tonnen Bomben zu 70 Prozent zerstört, dabei das vollbelegte Krankenhaus dem Erdboden gleichgemacht; die Zahl der Toten betrug insgesamt etwa 1.200. Dass es sich um einen Terrorangriff handelte, weiß man erst aus neueren Dokumentenfunden. Ein deutscher Historiker, in osteuropäischer Geschichte ausgewiesen, bekannte kürzlich, dass er nicht früher als 1995, von diesem Vorgang Kenntnis erhalten habe. Ein polnisches *Guernica*?

³ zit. n. August, J. (Hg.) *Sonderaktion Krakau*. Hamburg 1997, Einleitung, S. 33

Entscheidungen über das weitere Schicksal Polens getroffen: die nach dem Ersten Weltkrieg im Versailler Vertrag der neu erstandenen Republik Polen zugesprochenen Gebiete Westpreußen (mit Danzig), das Wartheland (ehemals preußische Provinz Posen) und Ostoberschlesien wurden dem Deutschen Reich wieder „eingegliedert“, aus dem „Rest“ - im Osten hatte Polen, nach dem im Geheimvertrag zwischen *Hitler* und *Stalin* verabredeten gleichzeitigen Angriff russischer Truppen, 180.000 qkm. an die Sowjetunion verloren - wurde das „Generalgouvernement“ gebildet, mit Krakau als Hauptstadt, und öffentlich proklamiert am 26. Oktober 1939. Zum Generalgouverneur wurde der Starjurist der NSDAP *Hans Frank* ernannt, mit dem Auftrag, eine Zivilverwaltung einzurichten. Damit war die Exekutivgewalt aus den Händen des Militärs in die von SS und Sicherheitspolizei übergegangen. Der Wunsch, am 6. November die Krakauer Professorenschaft über die Vorstellungen des Dritten Reiches zu Wissenschaft und Universitäten zu informieren, war also schon von der neuen Autorität ausgegangen. Wer genau die Verantwortung für die folgende „Sonderaktion“ übernahm, scheint bis heute nicht zweifelsfrei geklärt. Generalgouverneur *Frank* jedenfalls bestritt vor dem Nürnberger Gericht verantwortlich zu sein. Er habe erst nachträglich davon erfahren.⁴ Nach meinem Urteil spricht einiges dafür, dass die Entscheidung, zu diesem Zeitpunkt und unter diesen Umständen die Professoren zu verhaften, von *Bruno Müller* eigenmächtig getroffen wurde. Er hätte so subjektiv der im Verlauf des Dritten Reichs immer deutlicher etablierten Maxime entsprochen, dem Willen des Führers „entgegenzuarbeiten“. Um 12 Uhr dieses Tages fand sich also die große Mehrheit der Professoren, einige Dozenten und Assistenten, im Collegium Novum ein. So erlebte Professor *Stanislaw Maziariski*, der seine Erinnerungen nach der Rückkehr aus dem Konzentrationslager niederschrieb, den rasch erkennbaren Hinterhalt: „Pünktlich um 12 Uhr betrat Sturmbannführer (im Original fälschlicherweise „Major“) *Müller*, auf dem Kopf die Mütze mit dem Totenkopf, den Saal, und mit ihm kamen ein paar Unteroffiziere (entspricht SS-Dienstgrad „Scharführer“) in voller Montur, mit Karabinern auf der Schulter, die sich in der Nähe der Eingangstür aufstellten. Dieses Auftreten berührte alle etwas unangenehm, ich nahm jedoch an, das solle nur mehr Eindruck machen. Schließlich betrat *Müller* das Katheder und begann (...) seinen Vortrag mit der Begrüßung: Meine Damen, meine Herren (es waren auch drei Frauen da), und dann fuhr er gleich darauf fort, da es ein Missverständnis zwischen (...) der Bevölkerung der besetzten Gebiete und den Besatzungsbehörden gebe, habe er die Anweisung bekommen, dieses Missverständnis aufzuklären. Dies beziehe sich insbesondere auf die Universitätsbehörden, deren Auftreten unangemessen sei und sich in drei Vorwürfen fassen lasse, die nicht toleriert werden könnten. Sie lauteten mehr oder weniger so: 1) *Sie haben die Universität eröffnet und Vorlesungen begonnen, ohne uns zu fragen.* 2) *Sie haben die Examenkommissionen gebildet und die Prüfungen abgehalten, ohne uns zu fragen.* 3) *Sie haben die wissenschaftlichen Institute eröffnet und die wissenschaftliche Arbeit begonnen, ohne uns zu fragen ... Deshalb werden Sie alle verhaftet und ins Gefangenenerlager gebracht.*“⁵ Verhaftet wurden 183 Personen,

⁴ August, J. a.a.O. S.54ff.

⁵ August, J. a.a.O. S.99.

darunter auch einige, die sich nur zufällig im Gebäude aufhielten und nicht zum Lehrkörper der Universität gehörten, aber auch einige Professoren der Bergakademie und der Handelshochschule, die an diesem Morgen eigene Konferenzen im Collegium Novum abgehalten hatten. Die Verhafteten wurden zunächst in ein Krakauer Gefängnis verbracht, die Nichtbetroffenen, darunter auch ein deutscher Professor, entließ man im Verlaufe der nächsten Tage. 171 Wissenschaftler, darunter die Rektoren der Universität, der Bergakademie und der Handelshochschule sowie der Präsident der Polnischen Akademie der Wissenschaften, wurden mit Zwischenstationen in Breslauer Gefängnissen⁶ schließlich am 28. November 1939 dem Konzentrationslager Sachsenhausen, nördlich von Berlin, „überstellt“. Zunächst hatten gerade auch die Familien der Verhafteten angenommen, dass es sich um eine präventive Maßnahme im Sinne einer Geiselnahme handele, um nämlich von der Besatzungsmacht befürchteten Demonstrationen am polnischen Unabhängigkeitstag, dem 11. November, zuvorzukommen – so wie schon der Senat der Universität vorbeugend den Vorlesungsbeginn vom 6. auf den 13. November verschoben hatte. Als die Verhafteten jedoch nach zwei oder drei Tagen nicht entlassen wurden, vielmehr am 9. November aus Krakau verschwanden, und ihr weiteres Schicksal wochenlang ungewiss blieb, war jegliche Hoffnung auf eine nur zeitweilige Sanktion erloschen. Zwölf der Professoren starben während der Lagerhaft, in den Wochen bis Ende Januar 1940; drei jüdische Professoren wurden in den Jahren 1940 bis 1942 in den Lagern Sachsenhausen, Mauthausen und Buchenwald ermordet. Auf internationalen Druck wurden am 8. Februar 1940 einhundert der Professoren, die älter als 40 Jahre waren, nach Krakau entlassen; 13 aus dieser Altersgruppe, die als deutschfeindliche Aktivisten eingestuft waren, verblieben vorerst in Haft. 43 unter 40 Jahre alte Dozenten wurden im März 1940 ins KZ Dachau verlegt. Schließlich kamen auch diese beiden Gruppen, nach weiter anhaltendem und sich verstärkendem internationalem Druck, bis zum Oktober 1941 frei.⁷

Der internationale Protest formiert sich

Dass der Nazi-Repressionsapparat aufgrund internationaler Interventionen aus Konzentrationslagerhaft entließ, dürfte wohl einigermaßen präzedenzlos gewesen sein. Jedenfalls ist mir kein ähnliches Beispiel aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft bekannt.⁸ Westliche Zeitungen begannen ab Ende November 1939 regelmäßig über die „Sonderaktion“ und das Schicksal der Verhafteten in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und später Dachau zu berichten. Sie stützten sich dabei auf Informationen der Familien der Verhafteten, auf Material, das ihnen die polnische Exilregierung, damals noch in Frankreich, zukommen ließ, auf Material des Internationalen Roten Kreuzes und verschiedener Botschaften und Konsulate.⁹ Die Universität Krakau hatte bis ins Mittelalter zurückreichende Beziehungen mit deutschen

⁶ u.a. im Kletzkauer Gefängnis, in dem gegen Ende 1918 auch Rosa Luxemburg einsaß.

⁷ August, J. a.a.O., S.7.

⁸ Zu denken ist an die „Frauen der Rosenstraße“ in Berlin, die mit ihren anhaltenden Straßendemonstrationen die Freilassung ihrer jüdischen Ehemänner erreichten.

⁹ Detailliert über Quellen und Wege des internationalen Protests informieren: August, J. a.a.O., S. 42ff.; Pierzchała, Henryk. Den Fängen des SS-Staats entrissen. Sonderaktion Krakau 1939-1941.

Universitäten, insbesondere mit der Universität Heidelberg.¹⁰ So liegt nahe, dass auch deutsche Kollegen, darunter Nobelpreisträger, sich an den Protesten beteiligten. Eine gewisse Schlüsselstellung hatte dabei der Berliner Slawist und Ethnologe *Max Vasmer*, der Studienjahre u.a. in Petersburg und Krakau verbracht hatte, und mit mehreren der Verhafteten befreundet war. Er wurde von der Ehefrau des inhaftierten Russisch-Lektors *Bednarski*, die aufgrund besonderer Umstände nach Berlin reisen durfte, frühzeitig vom Schicksal der Krakauer Kollegen informiert und um Intervention, bei deutschen akademischen Einrichtungen, gebeten. Angesichts der bestehenden Situation an der Berliner Universität und vor allem an der Preußischen Akademie der Wissenschaften hielt er diese Adressen für wenig geeignet. Für die Akademie war zur Jahreswende 1938/39 der SS-Brigadeführer (und Mathematiker) *Vahlen* zum Präsidenten ernannt worden; auf einer Sitzung im November 1939 hatte sich anlässlich der Inhaftierung des bekannten Warschauer Logikers *Lukasiewicz* das Mitglied SS-Oberführer Prof. *Meyer-Hetling* gegen jegliche Hilfe ausgesprochen.¹¹ Vasmer empfahl deshalb, weitere ausländische Wissenschaftler, vor allem in neutralen Ländern, um Interventionen zu bitten, und dabei jeweils für unterschiedliche Inhaftierte, sozusagen Haftpaten, einzusetzen. Zudem schrieb *Vasmer* im Januar 1940 auch an das Auswärtige Amt, was auch sein Berliner Kollege Westermann, Professor für Afrikanistik, tat. *Vasmer* konnte weitere, prominente Kollegen gewinnen, sich für die Freilassung zu verwenden, so u.a. Otto Hahn und Max von der Laue, wie auch – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die Professoren *Karl von Frisch* und *Alfred Kühn*, *Johannes Stroux*, *Hasso Härten* und *Heinrich Scholz*. Den entscheidenden Schub verlieh den vielfältigen Interventionen möglicherweise das Engagement italienischer Diplomaten. Aus einem Gespräch, das Anfang Januar 1940 mit Mussolini zustande kam, wurde von dessen Empörung über die Verhaftung von Professoren berichtet. Die erste Freilassungswelle, im Februar 1940, setzte bald darauf ein. Italien, das damals noch nicht in den Krieg eingetreten war, als Bundesgenossen zu gewinnen, war für das Deutsche Reich höchst wichtig, so dass auch leichte Verstimmungen besser vermieden wurden. Dass die schließlich erreichten, ersten Freilassungen keine systematische Korrektur der Besatzungspolitik, insbesondere des Reichssicherheitshauptamtes unter *Himmler* und *Heydrich* bedeuteten, sondern nicht mehr als eine taktische Anpassung war, um die internationale Öffentlichkeit ruhig zu stellen, zeigte Anfang Juli 1941, nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, die Erschießung von 25 Professoren der Universität Lemberg (Lwów/Lviv) durch die deutsche Sicherheitspolizei. Wilna und Lemberg waren die zwei der fünf polnischen Universitäten, die zunächst nicht in deutsche Hände gefallen waren. Diese Exekution wurde in Polen geradezu als Fortsetzung der „Sonderaktion Krakau“ verstanden, nunmehr mit ungebremster Brutalität.¹²

¹⁰ Gegenwärtig werden die Krakauer Projekte „Schule des Deutschen Rechts“ und „Europäisches Graduiertenkolleg“ gemeinsam von den Universitäten Krakau, Heidelberg und Mainz getragen.

¹¹ Dieser einflussreiche Agrarpolitiker wurde übrigens später als Autor des „Generalsiedlungsplans“ bekannt, der die deutsche Reichsgrenze um etwa 1.000 km nach Osten verlegte.

¹² In Wrocław (Breslau), dessen Universität die Tradition von Lemberg fortführt, findet man auf der Grundwaldzka-Straße, nahe den Universitätskliniken, eine Gedenktafel für die Ermordeten.

Kontext: Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik in Polen

Wie relativ auch immer, die Freilassung der die Haft überlebenden Krakauer Professoren war gelungen. Nicht erst dieser Erfolg brannte die „Sonderaktion Krakau“ dem kollektiven Gedächtnis Polens tief ein, sondern schon die existenzielle Bedrohung polnischer Identität, die in der mit Kriegsbeginn sofort einsetzenden Verfolgung und Liquidierung polnischer Intellektueller, insbesondere sog. reichs- und deutschfeindlicher Elemente, erkennbar wurde. Für die erste Generalversammlung der Polnischen Akademie der Wissenschaften am 21. Juli 1945 hielt ihr Präsident, Prof. *Stanisław Kutrzeba*, ebenfalls Opfer der Sonderaktion Krakau, im Rückblick fest: „Noch gab es Illusionen, dass während der Kriegszeit weiter Vorschriften gelten! Dann kam der 6. November 1939. Der Stoß, und es schien der Todesstoß zu sein, den die Deutschen der Jagiellonen-Universität und zugleich der Polnischen Akademie der Wissenschaften versetzten (...) Dies war der erste so brutale Schlag des Okkupanten gegen die Gesellschaft, und er löste deshalb sowohl in Polen wie im Ausland einen so starken Widerhall aus. Aber warum griff der Feind gerade diese Gruppe der Gesellschaft an? (...) Denn es ging nicht allein um Repressionen gegen die Gruppe, die als die am stärksten antideutsch eingestellte Gruppe galt, wie dies der Gouverneur *Frank* (...) in seinem Aufruf an die Bevölkerung schrieb. Es ging um mehr, es ging um die Vernichtung der intellektuellen Kraft des Volkes, damit nichts als eine Menschenmasse übrigblieb, die dann als Sklaven für den Sieger arbeiten würde.“¹³ Lebendig gehalten wurde der Symbolgehalt der Krakauer Vorgänge auch durch die ab 1963 regelmäßig in der renommierten Krakauer „Ärztlichen Rundschau“ (*Przegląd Lekarski*) erscheinenden Erinnerungen der Opfer. Dass die Sonderaktion, selbst wenn die letzte Entscheidung, gerade zu diesem Zeitpunkt und aus diesem Anlass loszuschlagen, vom Sturmbannführer Müller eigenmächtig getroffen worden sein sollte, auf der allgemeinen Linie einer Politik der Ausschaltung und Vernichtung der polnischen Intelligenz als Träger nationalen Selbstbewusstseins und politischen Widerstands lag, war längst vor Kriegsbeginn unbezweifelbar. Wenn auch der durchschnittliche deutsche Bürger, der nichts mit den Apparaten von NS-Partei, Sicherheitsdiensten und Militär zu tun hatte, zu Kriegsbeginn nichts von den massenhaften Liquidierungen ahnte, so war doch die Meinung ziemlich verbreitet, dass mit Polen, dem der Versailler Vertrag so viel an deutschem „Volksboden“ und „Kulturboden“ zugesprochen hatte, nicht zimperlich verfahren werden sollte. Der „revisionistische Konsens“, d.h. die politische Absicht der Wiedergewinnung der verlorenen Ostgebiete, wurde selbst von der Sozialdemokratie nicht in Frage gestellt.¹⁴ Die Nazi-Partei hatte also auch in der Weimarer Republik kein Monopol auf polenfeindliche Haltung und Programmatik. Am 22. August 1939 sagte *Hitler* laut Protokoll seiner Ausführungen vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht – es existieren fünf Mitschriften gleichen Tenors: „Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie. Auch wenn im Westen Krieg ausbricht, bleibt Vernichtung Polens im Vordergrund (...)“

¹³ August, J. a.a.O., S. 61.

¹⁴ Winkler, H.A. Im Schatten von Versailles. In: Lawaty, A. Orłowski, H. (Hg): Deutsche und Polen. München 2003, S. 60-68.

Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen. 80 Millionen Menschen müssen ihr Recht bekommen. Ihre Existenz muss gesichert werden. Der Stärkere hat das Recht. *Größte Härte* (...) Neue deutsche Grenzföhrung nach gesunden Gesichtspunkten evtl. Protektorat als Vorgelände.“¹⁵ Nach einer anderen Mitschrift sprach Hitler auch von der „physischen Vernichtung“ der polnischen Bevölkerung. Es war also nicht nur der Unterdrückungsapparat der SS von diesen brutalen Kriegszielen informiert, sondern auch die Wehrmacht als Organisation – auch wenn einzelne Offiziere, vor allem der später an die Westfront versetzte Generaloberst *Blaskowitz*, sich gegen diese völkerrechtswidrige Vernichtungspolitik stemmten. Die Heeresföhrung hat sich, wie später auch im Russlandfeldzug, nicht grundsätzlich gegen diesen Kurs gestellt. Zwischen Anfang September bis Mitte Oktober 1939 zeigen die Amtschefbesprechungen von *Heydrich* auch die deutliche Verschärfung des Vorgehens gegen die polnischen Eliten. Offenbar agierte man zunächst vorsichtiger, weil abzuwarten war, wie die Verbündeten Polens, England und Frankreich, auf den Angriff Deutschlands reagieren würden. Vor allem im annektierten polnischen Westen galt die Ausschaltung der Intelligenz – praktisch zählte jeder Pole dazu, der das Abitur erworben hatte – als Voraussetzung für die „Umvolkung“, d.h. Eindeutschung dieser Gebiete. Diese Aktionen, die im wesentlichen in der Zeit des Septemberkrieges und kurz danach abliefen, waren so „erfolgreich“, dass *Heydrich* schon in der Amtschefbesprechung vom 21. September 1939 feststellen konnte: „Von den politischen Führern sind in den okkupierten Gebieten höchstens noch 3 Prozent vorhanden. Auch diese 3 Prozent müssen unschädlich gemacht werden und kommen in KZ's“.¹⁶ Ein Jahr später, am 7. September 1940, sozusagen nach getaner Arbeit, sagte *Himmler* bei einer Ansprache vor dem Führerkorps der Leibstandarte *Adolf Hitler* ganz offen, „dass wir die Härte haben mussten – Sie sollen das hören und sollen das aber auch gleich wieder vergessen -, Tausende von führenden Polen zu erschießen.“¹⁷ Im Rahmen dieses Vernichtungsprogramms war es nur konsequent, dass schließlich der Generalgouverneur *Frank* die Sonderaktion Krakau als eine Art Experiment auffasste, aus dem man seine Lehren ziehen sollte. Auf einer Polizeiföhrerkonferenz in Krakau erläuterte er am 30. Mai 1940 das Projekt einer „außerordentlichen Befriedungsaktion“ – nun offenbar im Generalgouvernement -, die „einigen tausend Polen das Leben kosten wird, vor allem aus der geistigen Führerschicht Polens (...) Der Führer habe ihm – *Frank* – gesagt: was wir jetzt an Führungsschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren, was wieder nachwächst, ist von uns sicherzustellen, und in einem entsprechenden Zeitraum wieder wegzuschaffen.“ Der Fehler, samt den nachfolgenden „Scherereien“, der Sonderaktion sei gewesen, die Verhafteten ins Reich zu verbringen, nach Sachsenhausen. „Ich möchte Sie daher dringend bitten,“ – so an seine Polizeiföhrer des Generalgouvernements – „niemanden mehr in die Konzentrationslager des Reichs abzuschieben, sondern hier die Liquidierung vorzunehmen oder eine ordnungsgemäße Strafe zu verhängen.“¹⁸

¹⁵ August, J. a.a.O., S. 12.

¹⁶ August, J.a.a.O., S. 24.

¹⁷ August, J. a.a.O., S. 19.

¹⁸ Lesser, G. Leben als ob. Freiburg i.B. 1988, S. 33.

Soweit der Bericht über die Ereignisse. Nach dem Krieg wurde *Bruno Müller* 1947 von einem britischen Militärgericht wegen seiner Verantwortung für sicherheitspolizeiliche Verbrechen in Kiel zu 20 Jahren Haft verurteilt, aus der er nach sechs Jahren bedingt entlassen wurde; seine Rolle in der „Sonderaktion Krakau“ wurde dem Gericht offenbar nicht bekannt. Bei der Verurteilung seines damaligen Vorgesetzten, *Bruno Streckenbach*, der in der Sowjetunion zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde, zog das Gericht die Krakauer Vorgänge heran: „... in Krakau wurden 183 Professoren verhaftet und in ein Konzentrationslager gesperrt – 26 von ihnen, welche die Quälereien nicht aushielten, kamen in dem Lager um.“ *Gustav Sorge*, der Mörder von *Leon Sternbach*, einem der drei verhafteten jüdischen Professoren, wurde 1959 vom LG Bonn zu lebenslanger Haft verurteilt. Diese Urteile waren bis Ende der 1990er Jahre in Polen nicht bekannt.¹⁹

Wohin von hier aus?

In der taz vom 5. Februar 2008 lese ich unter „Annäherung zwischen Deutschland und Polen“, dass Kulturstaatsminister *Neumann* nach Warschau reist, um das Konzept der Ausstellung „Sichtbares Zeichen“ vorzustellen, die an die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg und ihre Integration in westlichen Deutschland erinnern soll. Der hier aus seinen Münchner Jahren gut bekannte Geschichtswissenschaftler *Władysław Bartoszewski*, derzeit enger Berater von Regierungschef *Donald Tusk*, stelle fest: „Bislang können wir nur sagen, dass wir uns niemals auf eine Geschichtsinterpretation einlassen werden, wie sie der Bund der Vertriebenen (BdV) forciert. Für uns sind die Kriegsfolgen vom eigentlichen Krieg nicht zu trennen.“²⁰ Er gehe davon aus, dass die geplante Ausstellung „Sichtbares Zeichen“ mit dem vom BdV geforderten „Zentrum gegen Vertreibungen“ nichts zu tun hat; er bleibe aber misstrauisch. Tatsächlich ist heute unvorstellbar, dass eine staatliche Initiative eine Darstellung der Nachkriegs-Vertreibung präsentieren könnte, welche die Vorgeschichte – die Weimarer Revisionspolitik und vor allem die nachfolgende Vertreibungs- und Vernichtungspolitik 1939 bis 1945 – aussparen könnte. Wir waren schon einmal sehr nahe daran, vor mehr als 40 (!) Jahren, uns eine solche „Stunde der Wahrheit“ zuzumuten. Im Zusammenhang der „Dokumentation der Vertreibungen der Deutschen aus Mitteleuropa“ sollte, in einem sechsten „Ergebnisband“ eine kompakte Darstellung der deutschen Polenpolitik, wenigstens seit dem Versailler Vertrag und dem „revisionistischen Konsens“ den notwendigen historischen Zusammenhang, also „den Gang der geschichtlichen Entwicklung behandeln, die in ihrem letzten Stadium zu der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten geführt hat.“²¹ Die Dokumentation war im Übrigen in fünf Bänden topographisch organisiert (Schlesien, Westpreußen-Danzig, Ungarn usw.) und war ursprünglich zur Präsentation bei einer Friedenskonferenz gedacht. Die Vertreter des Vertriebenenministeriums, das die Dokumentation finanzierte und sich jederzeit dem politischen Druck der Vertriebenenverbände ausgesetzt sah, sahen in einer Darstellung

¹⁹ August, J. a.a.O., S. 63f.

²⁰ taz vom 5.2.08 „Annäherung zwischen Deutschland und Polen“, S. 9.

²¹ Beer, M. Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. VJFZ, 2003, S. 345 ff., S. 379.

von historischen Zusammenhängen die Gefahr, einen „Entschuldigungszettel“ für die Vertreibung der Deutschen zu liefern und sozusagen ein politisches Kuckucksei zu legen. Im Widerstreit lagen also politische Zielsetzungen – Befestigung der deutschen Position in Friedensverhandlungen – und wissenschaftliche Maßstäbe. Soll es bei der Nicht-Lösung dieses Konflikts bleiben?

Im Laufe der Jahre nach 1960 verblassten nämlich die ursprünglichen politischen Zwecke zunehmend – von Friedensverhandlungen war keine Rede mehr –, dennoch wurden die wissenschaftlichen Konsequenzen nicht gezogen, und der umfassend die Vorgeschichte der Vertreibung aufklärende Band, fast druckfertig, nicht veröffentlicht. Eine Neuedition könnte heute auf eine Fülle von Arbeiten polnischer und deutscher Autoren zu einzelnen Fragen des deutsch-polnischen Verhältnisses in der Zwischenkriegszeit und unter deutscher Besatzung 1939 bis 1945 zurückgreifen. Ich kann und möchte mir nicht vorstellen, dass die geplante Ausstellung „Sichtbares Zeichen“ sich *nicht* an den apostrophierten wissenschaftlichen Maßstäben orientieren wird.

Berichte

Zbigniew Wilkiewicz

Europäische Erweiterung/ Innere und äußere Sicherheit

Seminar für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der Deutschen Polizeigewerkschaft im GESW (4. bis 9. Februar 2008)

Das Thema der inneren und äußeren Sicherheit spielt in einer Zeit offener Grenzen und eines zunehmend liberalisierten Grenzregimes in der EU eine immer wichtigere Rolle. Dies verdeutlichen die innen- und außenpolitischen Diskussionen in den einzelnen Mitgliedsstaaten, die angesichts eines global operierenden Terrorismus nichts an Aktualität eingebüßt haben.

Gleichzeitig gibt es Optionen, den EU-Raum weiter auszudehnen. Nachdem zuletzt Bulgarien und Rumänien beigetreten sind, verläuft die Diskussion um die Erweiterung zwar etwas gedämpfter, sie ist aber weiterhin im Gange. Neben der Türkei sind es die Staaten des westlichen Balkans (Kroatien), aber auch die Ukraine, die mit unterschiedlicher Intensität Beitrittsforderungen erheben.

In unserem Seminar haben wir uns deshalb neben dem Aspiranten Ukraine sowohl mit den Verhältnissen in einigen „alten“, „neueren“ sowie „neuesten“ EU-Staaten beschäftigt. Hierzu dienten die landeskundlich geprägten Einheiten zu Polen, der Slowakei, Ungarn, Estland, Bulgarien und Rumänien. In ihnen ging es neben der Beschreibung und Analyse der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Situation in erster Linie um die innere und äußere Sicherheit in diesen Staaten.

In vergleichenden Beiträgen wurde aber auch nach den unterschiedlichen Voraussetzungen für die einzelnen Rechtskulturen gefragt.

Das Seminar wurde frei ausgeschrieben, richtete sich aber in erster Linie an Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die der Deutschen Polizeigewerkschaft angehören.

Der Seminarleiter begrüßte die Teilnehmenden und gab nach der Vorstellungsrunde einen Überblick über die einzelnen Seminarteile. Er hob besonders auf die Beiträge der externen Referenten ab, die als ausgewiesene Experten und politische Verantwortliche sicherlich auch sehr unterschiedliche Zugänge und Sichtweisen zu den jeweiligen Themen vertreten würden.

Der Polizeiberichterstatler der Morgenpost aus Hamburg, *Thomas Hirschbiegel*, berichtete in seinem einführenden Vortrag über die beunruhigende Vernetzung von Organisiertem Verbrechen und politischen Entscheidungsträgern in Hamburg (Kiez, Immobilienmarkt) und in der Bundesrepublik. In diesem Zusammenhang referierte er auch über die Probleme, die Tageszeitungen entstehen, wenn sie einen kritischen Journalismus betreiben und über prominente Gesetzesbrecher berichten. Die Anwälte dieses Personenkreises verhindern durch das Rechtsmittel der Unterlassung, dass es zu Namensnennungen kommen kann. Die „ehrenwerte Gesellschaft“ werde auf diese Weise in hohem Maße geschützt. Aufgrund der schwierigen finanziellen Situation zahlreicher Verlage und Zeitungen (Gewinnerwartungen der share holder, schlechte Ausbildung der freiberuflichen JournalistInnen, Sparmaßnahmen und Verdichtungen an

den Arbeitsplätzen, Abhängigkeit von den inserierenden Geldgebern), werde die Situation für kritische, investigative Berichterstattung immer schwieriger.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass die beschriebenen Tendenzen auch eine Gefahr für die Demokratie darstellen, dass Informationen häufig gekauft und dann unterdrückt würden. Im Kontext des hessischen Wahlkampfs und seiner medialen Verwertung schloss sich eine intensive Diskussion über die Integration von Randgruppen und auffälligen ausländischen Jugendlichen an. Es wurde deutlich, dass es hier keinen Königsweg gibt und dass wir in Deutschland und Europa erst am Anfang einer intensiven Integrationsdebatte stehen.

Am Dienstagvormittag schloss sich die Einheit von *Jörg Lauernroth* an, in der der Referent über transnationale Vorstöße im Hinblick auf das Arzneimittelrecht referierte. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten hierbei die Dopingskandale, die sowohl im Radsport als auch in der Leichtathletik und im Fußball – besonders in den letzten Jahren – für immense Aufregung sorgen. Auch hier wurde deutlich, dass es sich um einen Graubereich handelt, bei dem – über alle Staatsgrenzen hinweg - quasi alle mitverdienen. Außer den individuellen Komponenten Eitelkeit, Ehrgeiz sowie schnelles Geld (Körperkultur, Leistungssport) kommt das lukrative Geschäft hinzu, bei dem wie im Falle von anabolen Steroiden enorme Gewinnmargen locken, und an dem ganze Gruppen von Medizinern und Pharmazeuten beteiligt sind. Hinzu kommt das aus Prestige Gründen geförderte staatliche Doping, ehemals der sozialistischen Staaten, heute der USA oder Chinas, das den Ermittlungsbehörden die Arbeit enorm erschwert oder ganz unmöglich macht.

Mit den Beitrittsländern Rumänien und Bulgarien beschäftigte sich am Nachmittag der Vortrag von *Gerhard Schüsselbauer*. Der Referent gab mit Hilfe eines Ländersteckbriefs einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche und politische Entwicklung in beiden Ländern. Dabei wurde einerseits auf das durch ausländische Direktinvestitionen generierte Wachstum der Wirtschaft hingewiesen, andererseits auf die schwierige soziale Situation der Bevölkerung sowie die Defizite im Hinblick auf Korruption und Rechtsstaatlichkeit abgehoben. Insofern sei davon auszugehen, dass es noch eine Weile dauern wird, bis beide Staaten der Schengenzone angehören.

Danach informierte *Jörg Stemmer* zum Thema "Vorratsdatenspeicherung" über die Entstehungsgeschichte des Gesetzes und ging auf die aktuelle Situation seiner Umsetzung in Deutschland ein. Mit Hilfe einiger, durchaus provokanter Thesen regte der Referent die Teilnehmenden zur Diskussion über das Gesetz an. So war es ihnen möglich, sich außerhalb Ihres Berufsalltages und aus einer gewissen Distanz heraus mit diesem kontrovers diskutierten Gesetzesvorhaben auseinander zu setzen.

Am Mittwochvormittag gab *Zbigniew Wilkiewicz* einen Überblick über die für das Generalthema des Seminars relevanten Politikbereiche der EU und kommentierte die entsprechenden Richtlinien und Verordnungen: EU-Staatsbürgerschaft, Freizügigkeit, gemeinsame Einwanderungs- und Asylpolitik, polizeiliche Kooperation im Rahmen des Schengenraums.

Der Referent ging dann auf vier ostmitteleuropäische EU-Staaten ein, die im Hinblick auf Erweiterung und Grenzöffnung vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen stehen: Polen, die Slowakei, Ungarn und Estland.

Die Teilnehmenden hatten im Anschluss hieran die Möglichkeit, das Thema in vier Workshops zu vertiefen. Hierzu erhielten sie entsprechende Materialien und hatten die Gelegenheit, im Internet zu recherchieren.

Die Präsentation der Ergebnisse aus den Workshops erfolgte am Freitagvormittag.

Helmut Kuhne, Europaabgeordneter und Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses des EP, referierte am Donnerstagmorgen über die Problematik der Erweiterungsdebatte und der Sicherheit in der EU. Im Hinblick auf den Beitritt Rumäniens und Bulgariens verdeutlichte der Referent, dass es sich aus seiner Sicht um verfrühte Beitritte gehandelt habe, die durch die Kopenhagener Kriterien nicht gedeckt gewesen seien. Deshalb seien im Falle beider Staaten seitens der Kommission Sicherheitsklauseln – z. B. hinsichtlich bulgarischer Gerichte – festgelegt worden. Auch im Hinblick auf den westlichen Balkan und Serbien müsse die Entwicklung genau beobachtet werden. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen sei von der Auslieferung der Kriegsverbrecher *Karadžić* und *Mladić* abhängig gemacht worden, zwischenzeitlich sprach man von der sog. „vollständigen Zusammenarbeit“ und mittlerweile entstehe der Eindruck, dass man Serbien zu stark entgegenkomme, ohne entsprechende Gegenleistungen zu fordern. Der Referent wiederholte die These, dass man mit dem Erweiterungsinstrument nicht zusätzlich andere Probleme (wie die Kosovo-Frage oder ethnische Konflikte) lösen könne. Schließlich sei es im Extremfall besser, einen Bürgerkrieg außerhalb als innerhalb der EU zu haben. Insofern solle man hinsichtlich zivilgesellschaftlicher Prozesse auf die Faktoren Zeit und Geduld setzen, anstatt übereilt zu erweitern. Im Hinblick auf die Beitrittsperspektiven der Türkei und der Ukraine ging *Kuhne* ebenfalls von sehr langen Zeiträumen aus.

In der Diskussion wurde deutlich, dass angesichts globaler Herausforderungen nur eine geeinte EU die Chance hat, die Welt mitzugestalten. Im Hinblick auf aktuelle Fragen sozialer Gerechtigkeit – etwa im Nokia-Konflikt in Bochum – verdeutlichte *Kuhne*, dass es nicht die EU sei, die für soziale Asymmetrien Sorge, sondern dass man hierfür die allwaltenden Globalisierungsprozesse verantwortlich machen müsse.

Am Nachmittag referierte der Hamburger Kriminalbeamte *Michael Soltau* über seine Erfahrungen, die er im Rahmen einer Ausbildung bei der MEPA (Mittleuropäische Polizeiakademie) in ostmitteleuropäischen Staaten hinsichtlich der internationalen Kooperation der beteiligten Mitgliedsstaaten gemacht hatte. Der MEPA gehören die Polizeien Deutschlands, Österreichs, Polens, der Schweiz, der Slowakei, Sloweniens, Ungarns und Tschechiens an. Schneller Informationsaustausch und möglichst zeitnahe Unterstützung bei grenzüberschreitenden Ermittlungen sind das Ziel der Organisation, deren Geschäftssprache Deutsch ist. Angesichts des Wegfalls der europäischen Binnengrenzen und der Erweiterung des europäischen „einheitlichen Kriminalitätsraums“ stehen die Polizeien des mitteleuropäischen Raums natürlich auch vor besonderen Herausforderungen. *Soltau* hob hervor, dass die grenzüberschreitende Arbeit der Polizeien noch am Anfang stehe. Die Unterschiede im rechtlichen und polizeilich operativen Bereich seien weiterhin enorm. Im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit, Bezahlung der Beamtinnen und Beamten sowie ihre Korruptionsanfälligkeit seien die Verhältnisse ebenfalls nur schwer miteinander zu vergleichen. Eine entscheidende Rolle spiele auch die Sprachbarriere sowie die zu stark

ausgebaute Bürokratie in den einzelnen Systemen. Angesichts dieser „neuen Unübersichtlichkeit“ bilde die MEPA aufgrund kurzer Amtswege und guter persönlicher Kontakte eine echte Alternative.

Am Freitagvormittag erfolgten die Präsentationen aus den Workshops

Slowakei: Nach einem kurzen historischen Überblick wurde ein aktueller Steckbrief referiert: Einem hohen Wirtschaftswachstum (BIP in den letzten Jahren bei 6 Prozent) steht eine relativ hohe Arbeitslosenrate von 8,6 Prozent – vor allem in der Ostslowakei – gegenüber. Die Außengrenze zur Ukraine hat eine Länge von 98 km; hier wurde sehr viel zur Sicherung investiert (900 Beamte an der Grenze, hochentwickelte Scanner und Kamerasysteme). Allerdings bestehe im Hinblick auf das Grenzregime das Problem einer hohen Korruption, was sich u.a. aus der Unterbezahlung der Beamtinnen und Beamten ergebe. Angestrebt wird ein bilaterales Abkommen über einen kleinen Grenzverkehr mit der Ukraine in einem Grenzstreifen von jeweils 50 km Breite.

Ungarn: Zunächst wurde auf die Minderheiten-Problematik in Ungarn eingegangen, die noch auf den Vertrag von Trianon zurückgeht. Nach Ansicht einiger eigens befragter Ungarn sei der Beitritt zum Schengenraum zwar positiv zu werten, allerdings fehle häufig das Geld, um reisen zu können. Hinzu komme, dass das Schengen-Visum mit ca. 35 Euro recht hohe Kosten verursache. Zu den Außengrenzen der EU gebe es komplizierte Sicherungssysteme und lange Warteschlangen. Hinzu komme, dass Ungarn gegenwärtig eine spürbare Wirtschaftskrise durchlaufe: hohe Staatsverschuldung (6 Prozent), geringes Wachstum und Inflation, was die Spaltung innerhalb der Gesellschaft verschärfe. Schwierig beherrschbar sei ebenfalls das regionale Ungleichgewicht mit einem boomenden Budapest und einem weiterhin armen, unterentwickelten Ostungarn.

Polen: Für Deutschland und die EU sei die neue Regierung unter *Donald Tusk* im Vergleich zur vorherigen Regierung *Kaczyński* ein wesentlich angenehmerer Partner. Polen habe zwar eine weiterhin hohe Arbeitslosenrate, eine sehr ausgeprägte Arbeitsmigration – besonders in GB und Irland –, aber auch ein stabiles Wachstum des BIP (über 6 Prozent). Auf deutscher Seite habe es nach der Grenzöffnung im Dezember 2007 massive Bedenken bei der Polizei und Bevölkerung gegeben. Gleichzeitig sei aber festzustellen, dass sich die deutsch-polnische Kooperation im Grenzbereich bereits seit Jahren erfolgreich entwickle.

Estland: Das kleinste der baltischen Länder habe immer noch Probleme mit der zahlenmäßig sehr großen russischen bzw. russischsprachigen Minderheit, die nur zum Teil im Besitz der estnischen Staatsbürgerschaft sei. Ein weiteres Problem stelle die Tatsache dar, dass es mit der Russischen Föderation noch immer keinen Grenzvertrag im Hinblick auf strittige Grenzgebiete gebe. Ob angesichts der hohen Visumskosten ein kleiner Grenzverkehr mit dem mächtigen Nachbarn eingerichtet werden könne, sei noch offen.

Am Freitagnachmittag berichtete *Rudolf Mark* über Europa und die Ukraine. Zunächst gab der Referent einen landeskundlichen Überblick und referierte über die Europäizität des Landes, das noch immer im Prozess eines State- und Nation-building stehe. Grundsätzlich gebe es diesbezüglich spürbare Unterschiede zwischen der durch Österreich und Polen geprägten Westukraine und der durch Russland geprägten

Ostukraine. Eine Sonderstellung nehme die Krim ein, deren Anteil an russischsprachiger Bevölkerung bei etwa 70 Prozent liege. Rein geographisch gehöre die Ukraine natürlich zu Europa, aber auch normativ betrachtet gebe es große Fortschritte. Mit der Bewerbung um einen Sitz im Europarat wurde die Todesstrafe abgeschafft und man verpflichtete sich im Hinblick auf Menschen- und Bürgerrechte zur good governance. Allerdings sei man sich auch heute noch nicht im Klaren, was ein EU-Beitritt konkret bedeute und welche wirtschaftlichen und politischen Folgen er nach sich ziehe.

Aufgrund der alten Verfassung gebe es einen Dauerkonflikt zwischen dem Präsidenten und dem Parlament (Rada). Die Orangene Revolution von 2004 kann als „ein Schritt nach Europa“ bewertet werden, da deutlich wurde, dass zivilgesellschaftliche Strukturen und Vorstellungen in der Ukraine wesentlich stärker ausgeprägt seien als in Belarus oder Russland. Zeitweilig waren zwei Mio. Menschen, die für die Einführung bzw. Einhaltung demokratischer Rechte und gegen Präsidialdiktatur und mangelnde Rechtsstaatlichkeit demonstrierten, auf der Straße. Sowohl die USA als auch Russland unterstützten ihre Kandidaten *Juschtschenko* und *Janukowitsch* mit erheblichen Geldmitteln.

Seitens der EU gibt es aber hinsichtlich eines EU-Beitritts der Ukraine erhebliche Bedenken. Dies ergebe sich aus der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Russland, die nicht aufs Spiel gesetzt werden soll. Dennoch bemühe man sich seitens der EU um eine stärkere institutionelle Anbindung der Ukraine: Aktionsplan für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, zahlreiche Treffen auf den unterschiedlichsten Ebenen.

In der Diskussion wurde unter anderem hervorgehoben, dass die Ukraine wohl bessere Voraussetzungen für einen EU-Beitritt habe als die Türkei. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass die EU – angesichts der kontrovers geführten Erweiterungsdebatte – einen Beitritt der Ukraine in absehbarer Zeit nicht verkraften könnte.

Die Seminarauswertung ergab, dass die Teilnehmenden mit den Inhalten und der Durchführung des Seminars sehr zufrieden waren. Dies spiegelt sich auch in der durchweg guten Bewertung der Referenten und der Seminarleitung wider.

Piotr Pysz

VIII. Kongress der polnischen Ökonomen – Warschau, 29. bis 30. November 2007

Die in unregelmäßigen zeitlichen Abständen organisierten landesweiten Kongresse der Wirtschaftswissenschaftler gehören zweifelsohne zu den allergrößten Ereignissen im Leben der wirtschaftswissenschaftlichen Zunft des Landes. Der von der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft (Berufsverband der Wirtschaftswissenschaftler, der sowohl Theoretiker als auch Praktiker vereinigt) vorbildlich organisierte und durchgeführte Kongress war auch aus anderen Gründen eine besondere Veranstaltung. Denn die Beratungen des Kongresses fanden ungefähr fünf Wochen nach der Parlamentswahl, am 21. Oktober 2007 statt. Das Ergebnis der Wahl war, dass die liberale Bürgerplattform von *Donald Tusk* die Recht- und Gerechtigkeitspartei (PIS) der Gebrüder *Kaczyński* besiegte. Dies trug neben der guten Konjunktur in der Wirtschaft mit Zuwächsen des realen BIP in den Jahren 2006 und 2007 um jeweils 6,1 und 6,5 Prozent sowie dem

damit einhergehenden Anstieg der Beschäftigtenzahlen um jeweils 1,6 und 1,5 Prozent zur guten Grundstimmung unter den Kongressteilnehmern bei. Die Erleichterung darüber, dass die Regierung von *Jarosław Kaczyński* mit ihrer antiliberalen Rhetorik und offensichtlichem Desinteresse für die Belange der Wirtschaft von der Macht verdrängt wurde, war buchstäblich mit allen Fibern zu spüren. Diese im Prinzip positive Einschätzung der wirtschaftlichen und politischen Lage des Landes erlaubte auch, die Aufmerksamkeit der Kongressteilnehmer auf die grundsätzlichen Probleme der Entwicklung der polnischen Wirtschaft zu lenken. In diese Richtung wies eindeutig auch das Motto des Kongresses: „Polen in der Weltwirtschaft – Chancen und Gefahren der Entwicklung“.

Der Kongress, dessen Beratungen im berühmt-berüchtigten Warschauer Kulturpalast – einem eher ungeliebten „Geschenk“ des Genossen Stalin an das polnische Volk – stattfanden, versammelte 700 Teilnehmer aus Polen und einige Gäste aus dem Ausland. Zu der Großveranstaltung wurden 216 Referate angemeldet, die ein sehr umfangreiches Themenspektrum fast aller ökonomischen Fächer abdeckten. Die Organisatoren um die Präsidentin der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft, *Elżbieta Mączyńska*, hatten die Beratungen in zwei Plenarsitzungen und mehrere Podiumsdiskussionen aufgeteilt. Die erste Plenarsitzung am 29. November befasste sich mit der Einschätzung der polnischen Transformation und ihrer Zukunftsaussichten. Einen Tag später war folgerichtig die wirtschaftliche Zukunft des Landes Thema der nächsten Plenarsitzung. Die einzelnen Podiumsdiskussionen befassten sich u. a. mit solchen Fragestellungen wie „Wirtschaftswissenschaften und Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft“ (Leitung *Bogusław Fiedor* und *Zbigniew Hockuba*), „Wirtschaftspolitik und die Entwicklung des Landes“ (Leitung *Urszula Płowiec*), „Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik über die Quellen und Barrieren des Wirtschaftswachstums“ (Leitung *Ewa Okoń-Horodyńska*), „Der Finanzsektor – Dilemmata und Entwicklungsrichtungen“ (Leitung *Stanisław Rudolf*), „Makroökonomische Prognosen“ (Leitung *Krzysztof Markowski*).

In ihrem die erste Plenarsitzung einleitenden Referat skizzierte *Mączyńska* die Hauptrichtung der Diskussion über die Systemtransformation.

Am Anfang stellte sie in Bezug auf die Referate der zu dieser Session eingeladenen prominenten Redner fest: „Die Mehrheit der Referate verbindet die Anerkennung der fundamentalen Bedeutung der Ordnungspolitik für die erfolgreiche Entwicklung des Landes. Dies kommt vor allem in den Referaten von *Wacław Wilczyński*, *Tadeusz Kowalik*, *Zdzisław Sadowski* und *Jerzy Hausner* zum Ausdruck. Was sie dagegen voneinander trennt, ist die Meinung über das für Polen besonders geeignete Modell der Wirtschaftsordnung. Die Referate und die Kongressdiskussion sollen uns einem solchen vorbildlichen Modell näher bringen.“ Initiiert durch die Präsidentin der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft zeichnete sich in den Referaten und in der Kongressdiskussion neben der Beschäftigung mit Ökonomie als Wissenschaft und vorwiegend makroökonomischen Problemen der Wirtschaft ein starkes Interesse für ordnungspolitische Fragestellungen ab. Dieser Problematik möchte ich im vorliegenden Bericht vor allem nachgehen.

Der hochgeschätzte Nestor der polnischen liberalen Nationalökonomie *Wilczyński* ging in seinem Referat von der grundsätzlich positiven Einschätzung des „Balcerowicz-Plans“ aus. Seine Implementierung schuf nach 1990 neue, die Aktivitäten und die Effizienz der Wirtschaftssubjekte begünstigende Bedingungen des Wirtschaftens. Die bisherigen Erfolge der polnischen Transformation wurden durch den Redner im entscheidenden Maße diesem Faktor zugeschrieben. Zugleich verwies *Wilczyński* in seinem Referat mehrmals auf Inkonsequenzen und Schwächen der Ordnungspolitik in den darauf folgenden Jahren bei den vielen aufeinander folgenden Regierungen unterschiedlicher politischer Provenienz. Die Folge sei, dass die polnische Volkswirtschaft sich in Richtung auf den „Dritten Weg“ und einen überholten Wohlfahrtsstaat entwickelte. *Wilczyński* setzte sich für eine entschiedene und konsequente Ordnungspolitik ein, die sich ohne wenn und aber auf die Umsetzung der liberalen Grundprinzipien orientiert. „Polen braucht eine klare und harte Wirtschaftsordnung, die die Produzenten des Wohlstands und nicht nur seine Konsumenten fördert“.

Eine im Prinzip gegensätzliche wissenschaftliche Position vertrat dagegen *Tadeusz Kowalik*, der von einem anderen – übrigens mit ihm befreundeten – Referenten, *Jerzy Hausner*, als linksorientierter Keynesianer bezeichnet wurde. *Kowalik* ist in Polen u. a. wegen seiner kontroversen und bewusst zugespitzten Aussagen, die sich auf den „Balcerowicz-Plan“ und die negativen sozialen Folgen seiner Umsetzung beziehen, bekannt. Der Referent stellte unmissverständlich fest, dass Polen im Jahr 1989 einen unsäglichen Weg der ordnungspolitischen Umwandlungen betrat. „Das Resultat ist eine der ungerechtesten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen Europas der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“. Diese ungerechte Ordnung ist seiner Meinung nach eine Folge der Übernahme der *Hayekschen-Friedmanschen* Version des Liberalismus als ideologische Grundlage für die neoliberale Konzeption der Transformation. Dazu kamen noch *Reaganomics* sowie *Thatcherismus* als Leitbilder für die sie implementierende Wirtschaftspolitik. Der Referent verwies mit Nachdruck auf die um 1990 zur Verfügung stehende Option, die Transformation auf eine andere liberale Grundlage zu stellen. Es handelt sich dabei um den demokratischen Liberalismus angelsächsischer Prägung u. a. mit der Konzeption der „Eigentümerge Demokratie“ von *John Rawls*, die auf einen hohen Grad der Gleichheit bei der Verteilung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln unter die Bürger setzt. In diesem Kontext zitierte *Kowalik Joseph Stiglitz*: „Die Antworten des Sozialismus auf die Fragen der Menschheit.(...) erwiesen sich als falsch. Sie fußten auf fehlerhaften bzw. nicht vollständigen Theorien, die der Vergangenheit angehören. Aber sie orientierten sich auf Ideale und Werte, von denen viele weiter beständigen Charakter besitzen. Denn sie spiegeln den ewigen Traum von einer menschlicheren und egalitären Gesellschaft wider“.

Andere Akzente als *Kowalik* setzten *Z. Sadowski* und *J. Hausner* in ihren Referaten. *Sadowski* schätzte die polnische Transformation dank der erfolgreichen Etablierung einer funktionierenden Marktwirtschaft und Etablierung politischer Demokratie grundsätzlich als Erfolg ein. Zugleich verwies er auf die damit einhergehende höchst ungünstige soziale Situation des Landes. Die Lösung der Probleme der polnischen Volkswirtschaft sieht der Referent in der wissenschaftlichen Diskussion und der darauf

folgenden Umsetzung der Idee der Sozialen Marktwirtschaft in die Wirtschaftspolitik sowie im Engagement des Staates bei der Entwicklung einer langfristigen und in sich konsistenten Entwicklungskonzeption des Landes. Diese soll die wirtschaftlichen, sozialen, demographischen und ökologischen Probleme Polens im Kontext der Entwicklung der Weltwirtschaft aufgreifen. Der Referent vertrat die Meinung, dass die weitere Entwicklung Polens nicht alleine dem nach dem „laissez-faire“-Prinzip funktionierenden Markt überlassen werden dürfe. Der Markt brauche eine Korrektur durch staatliche Ordnungspolitik und eine langfristig angelegte Entwicklungsstrategie. In diesem Zusammenhang erscheint es mir angebracht, an die unlängst gemachte Aussage des international bekannten Kommentators der „Financial Times“ *Martin Wolf* zu erinnern. In Bezug auf das immer wieder internationale Krisen verursachende kurzfristig orientierte Bankensystem (vor allem das amerikanische) stellte er fest, dass es vorteilhaft wäre, dort nicht mit einem Kalenderjahr, sondern mit einem Jupiterjahr (12 Erdenjahre) zu operieren. Interessant ist auch die Argumentation von *Hausner*. Ohne den Ordoliberalismus und die Soziale Marktwirtschaft beim Namen zu nennen, spricht er sich entschieden dafür aus, das marktwirtschaftliche Geschehen in feste und für alle Wirtschaftssubjekte allgemein verbindliche Spielregeln zu fassen. In den Vordergrund stellte *Hausner* dabei die Gestaltung der institutionellen Ordnung der Wirtschaft.

Die weiteren Referate der ersten Plenarsitzung von *Grzegorz W. Kołodko*, *Leszek Zienkowski* und *Marek Belka* befassten sich mit der Prozesspolitik der Jahre 1990-2007 und den begangenen angeblichen oder wahren prozesspolitischen Fehlleistungen. Besonders *Kołodko* nahm sich dem Fehlerthema an. Seine – delikats formuliert – höchst kontroverse Schlüsselthese war, dass ohne diese Fehler im genannten Zeitraum in Polen ein kumuliertes Wachstum des BIP bei Ausgangsgröße des Jahres 1989=100 nicht wie faktisch erreicht von 166,4, sondern von 260,9 möglich gewesen wäre! Viel realistischer waren dagegen die Aussagen des Referats von *Marek Belka*, der auf der Grundlage umfangreicher empirischer Untersuchungen für einen möglichst zügigen Beitritt Polens zur Eurozone plädierte. Seine Schlüsselthese könnte auf die Kurzformel gebracht werden „je schneller, desto besser“.

Zu den in dieser Session präsentierten Referaten wurden Kommentare von drei international renommierten Wissenschaftlern abgegeben. Neben dem Ökonomen *Stanisław Gomułka*, waren das der Soziologe *Piotr Sztompka* und der Politologe *Roman Kuźniar*. Während *Gomułka* sich hauptsächlich mit verschiedenen Aspekten des Wachstums der polnischen Volkswirtschaft und der Prozesspolitik befasste, ging *Sztompka* unkonventionell auf die Problematik der ordnungspolitischen Umwandlungen ein. Zunächst hob er die immense Bedeutung der zwischenmenschlichen Interaktionen im Wirtschaftsprozess hervor. Für diese Interaktionen benutzte *Sztompka* den Begriff des sozialen Kapitals. „Das Problem ist, dass dieses Kapital infolge der transformationspolitischen Prozesse stark erodierte. Dies bezieht sich vor allem auf das – aus meiner Sicht – besonders relevante Kapital des zwischenmenschlichen Vertrauens als Aspekt des sozialen Kapitals.“ Als Erosionsursache nannte der Kommentator eine Sequenz von vier Traumata, denen die Bevölkerung Polens im Transformationsprozess ausgesetzt worden sei. Diese Traumata haben wiederum posttraumatische Folgen. Dazu

zählen sowohl der Rückzug ins Privatleben und die Externalisierung des Vertrauens ins Ausland (Irland oder England) als auch die sich ausbreitende Korruption. Die Korruption droht in letzter Konsequenz den Zusammenhalt der Gesellschaft zu zerstören. Der Referent bediente sich des Begriffs der Makrokorrumpion und warnte vor den fatalen Folgen der Korrumpierung von ganzen Gesellschaftsgruppen durch die Regierung, was folgerichtig nichts anderes als die Diskriminierung anderer Gruppen der Gesellschaft bedeute.

In diesem Zusammenhang tauchte in verschiedenen Varianten immer wieder die Grundsatzfrage auf, was in der Zukunft im ordnungspolitischen Bereich eigentlich zu tun sei. Schon in ihrem Einführungsreferat plädierte Maćzyńska für eine intensive wissenschaftliche Diskussion über die Soziale Marktwirtschaft und die konsequente Umsetzung dieses in der Verfassung der Republik Polen (Artikel 20) verankerten wirtschaftspolitischen Leitbilds. Sie betonte den ordoliberalen Charakter dieser Konzeption und fand bei *Jeffrey Sachs* mit seiner Idee der „klinischen Ökonomie“ eine Anlehnung an die Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft, die die ökonomischen und sozialen Ziele des Wirtschaftens als Einheit betrachtet und vorwiegend durch Ordnungspolitik implementiert. Die Implementierung dieser Konzeption macht übrigens den praktischen Kern der intellektuell interessanten ordnungspolitischen Diskussion des Kongresses aus, weil nach Aussagen sowohl der Referenten (*Kołodko* und *Wilczyński*) als auch der Diskussionsteilnehmer (*Maciej Miszewski*) der Transformationsprozess noch nicht abgeschlossen ist. Im Gegenteil: Er erfordert in den bevorstehenden Jahrzehnten eine konsequente und langfristige ordnungspolitische Fortsetzung, die neben ökonomischen und sozialen auch ökologische Belange der Volkswirtschaft in Betracht ziehen muss (*Sadowski*).

Das mehrmals wiederholte Postulat hinsichtlich der Diskussion und Umsetzung des verfassungsmäßigen Leitbilds der Sozialen Marktwirtschaft gewinnt noch mehr an Bedeutung, wenn in Betracht gezogen wird, dass die polnische Transformation in ihrem bisherigen Verlauf einen asymmetrischen Charakter hatte. Das Hauptinteresse der politisch Verantwortlichen galt der Ablaufpolitik, vor allem dem Wirtschaftswachstum und der makroökonomischen Stabilisierung. Die langfristig angelegte und auf Synthese von ökonomischen, sozialen und ökologischen Zielen des Wirtschaftens ausgerichtete Ordnungspolitik ist unter dem Druck der Sachzwänge des wirtschaftlichen Alltags vernachlässigt worden. Neben diesem Druck spielte auch der Sachverhalt eine bedeutende Rolle, dass eine wirksame Ordnungspolitik eine umfangreichere und fundiertere wissenschaftliche Grundlage als eine typische Ablaufpolitik erfordert. Die neoklassische ökonomische Theorie bildet dafür zwar eine notwendige, aber keineswegs zureichende Voraussetzung. Ebenso muss die anthropologisch-soziologische Basis der Marktwirtschaft in die ordnungspolitischen Überlegungen einbezogen werden. Der oben erwähnte Kommentar von *Sztompka* wies indirekt, aber nachdrücklich darauf hin. In der ökonomischen Theorie wird im Prinzip vorausgesetzt, dass freie Menschen im Wirtschaftsprozess auch von ihrem vorhandenen Handlungsspielraum verantwortungsvoll Gebrauch machen können. Die Wirklichkeit des Wirtschaftslebens weicht jedoch von dieser Prämisse ab, u. a. wegen des nicht in genügendem Maße vorhandenen Vertrauenskapitals. Deshalb kann und muss der verantwortungsvolle

Gebrauch der Freiheit der Wirtschaftssubjekte gelernt und geübt werden. Die Ordnungspolitik kann solche in der Marktwirtschaft eigentlich unentbehrliche Lernprozesse fördern. Somit hätte sie, wie paradox das auch klingen mag, eine erzieherische Aufgabe zu erfüllen.

In der zweiten Plenarsitzung des Kongresses (30.11.2007), die sich mit der wirtschaftlichen Zukunft Polens befasste, rückte die Problematik des Wirtschaftswachstums, der strukturellen Veränderungen, der makroökonomischen Stabilisierung sowie des europäischen Kontexts der polnischen Volkswirtschaft in den Vordergrund. Mit dem letzten Thema befassten sich vor allem zwei prominente Vertreter Polens im EU-Parlament – *Dariusz Rosati* und *Janusz Lewandowski*. Neben ihnen stellten *Kazimierz Łaski*, *Mario Nuti*, *Antoni Kukliński* und der Verfasser dieses Konferenzberichts ihre Referate vor und beantworteten Fragen der Diskussionsteilnehmer. In meinem Referat und der Diskussion ging ich noch einmal auf die Schlüsselbedeutung der Ordnungspolitik für die künftige Entwicklung Polens ein. Ich vertrat die These, dass für die Implementierung des verfassungsmäßigen Gebots der Sozialen Marktwirtschaft eine Synthese der ordoliberalen Wettbewerbsordnung *Walter Euckens* mit der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft *Ludwig Erhards* zweckmäßig wäre. Denn die Wettbewerbsordnung sichert die Funktionsweise der Marktwirtschaft in einem für sie adäquaten ordnungspolitischen Rahmen und die Erhardsche Konzeption richtet sich auf die Stärkung ihrer unentbehrlichen anthropologisch-soziologischen Basis, das heißt auf die Fähigkeit der wirtschaftenden Menschen mit ihrer Freiheit verantwortungsvoll umzugehen.

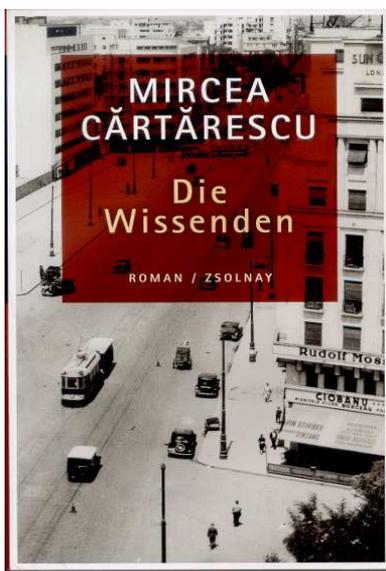
Der Kongress weckte ein reges Interesse der polnischen Medien und der Politik. Zu den Teilnehmern sprach am ersten Kongresstag der für Wirtschaft zuständige Vizepremier der neu gewählten Regierung *Waldemar Pawlak*. Die Rede wurde von der Mehrheit der Kongressteilnehmer mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Die Ergebnisse der Beratungen des Kongresses werden in den nächsten Monaten von der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft in mehreren Sammelbänden veröffentlicht. Das gibt Anlass zu hoffen, dass sie starken Einfluss auf die Fortsetzung der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion in Polen nehmen werden. Das Land wird seine Wirtschaftswissenschaftler und ihre wirtschaftspolitische Konzepte auch in den bevorstehenden Jahren und Jahrzehnten dringend brauchen.

Buchreport

Gerhard Schüsselbauer

Neue Literatur von Mircea Cărtărescu, Catalin Dorian Florescu, György Konrád, László Krasznahorkai

Mircea Cărtărescu, *Die Wissenden*, Paul Zsolnay Verlag, Wien 2007, 527 S.



„Die Welt war jetzt schmutzig und formlos wie Knetmasse, nachdem alle Farben, alle Männlein und Bäumchen zusammengemischt und durchgeknetet worden sind. Als bald war jegliche Eigenschaft zurückgeschlüpft in die Urform: die Nacht. Die sich ihrerseits im Ungedachten, Ungeschriebenen, Unseienden verteilte. Auf der weißen Seite, über die ich gebeugt hier sitze und die ich nicht mehr beflecken werde mit dem obszönen Samen meines Kugelschreibers.“

Mircea Cărtărescu, geboren 1956 in Bukarest, ist ursprünglich Universitätsdozent für rumänische Literatur, ernährt sich nach eigenen Aussagen hauptsächlich von Nescafé und lebt in einer Plattenbauwohnung in Bukarest. Dem Alltagsleben im kommunistischen Rumänien der 1980er und dem postkommunistischen Dasein der 1990er setzt er eine ausufernde Einbildungskraft entgegen, die die persönliche Geschichte und diejenige seiner Eltern – besonders die seiner Mutter – wie einen Urknall erscheinen lässt. Er, Mircea, wird damit gleichsam der *Erste Mensch* (Albert Camus), der sich an die Grundwurzeln des Erwerbs von Erkenntnis und Wissen herantastet.

Vor mehr als zehn Jahren erschien Mircea Cărtărescus Roman *Nostalgia* auf Deutsch, und weitere zehn Jahre musste die deutschsprachige Lesergemeinschaft warten, bis der erste Teil seiner grandiosen Trilogie, die im rumänischen Original *Orbitor* heißt, im Paul Zsolnay Verlag veröffentlicht werden konnte. Dem ersten Teil haben der Verlag und der Übersetzer Gerhardt Csejka, dem für seine Arbeit große Anerkennung gebührt, den Namen *Die Wissenden* gegeben. Die Hauptleistung Cărtărescus besteht darin, ein in der Tat singuläres literarisches Werk geschaffen zu haben, das in der jüngsten europäischen bzw. Weltliteratur seinesgleichen sucht. Vergleiche mit Prousts *Auf der Suche nach der verlorenen Zeit*, dem magischen Realismus eines Gabriel García Márquez in *Hundert Jahre Einsamkeit* oder James Joyce *Ulysses* verbieten sich ebenso wie die Einordnung in die postmoderne Beliebigkeitsprosa. All diese Versuche sind wegen der Andersgelagertheit und Vielschichtigkeit des Romans zum Scheitern verurteilt oder zielen in die falsche Richtung, denn Cărtărescu gelingt eine beispiellose Rekonstruktion des Ichs in Raum und Zeit in seinem Heimatland Rumänien während des 20. Jahrhunderts. Dadurch wird die eigene Figur zum *pars pro toto* für die Lebenswirklichkeit einer ganzen Generation ohne den einzigartigen individuellen

Charakter aufzugeben oder opfern zu müssen, was gleichsam das Hauptziel der kommunistischen Doktrin und Gehirnwäsche von Nicolae Ceaușescu Regime war.

Im Mikrokosmos Bukarest, diesem „Edelstein in einer Sternenringfassung“, der „tief in Körper und Hirn eindringt“, entwickelt der junge Mircea mythische, byzantinische Bewusstseinsstürme, die Realität und Fantasie in Ungleichzeitigkeiten miteinander vermischen. Die Leib-Seele(-Geist)-Dichotomie eines René Descartes greift Cărtărescu damit paradoxerweise ebenso auf wie den konsequenten Immaterialismus eines George Berkeley („esse est percipi“ – „Sein ist Wahrnehmen bzw. Wahrgenommenwerden“). Erinnerungsströme und die permanente Suche nach der Gewissheit des Wissens, brutale Wirklichkeit im Bombenhagel des Zweiten Weltkriegs oder realsozialistische Tristesse sowie als Gegenpol ein „unirdisches Leben“, das sich in Fantastereien ergießt, das sind die Mosaiksteine, aus denen sich die Existenzlandschaften der autobiografischen Romanhauptfigur zusammensetzen. „Denn was sonst wäre das Gedächtnis, dieser vergiftete Brunnen im Innersten des Verstandes, im Paradies? Mit seinem Geländer aus poliertem Marmor, dem zitternden Wasserspiegel von gallegrüner Farbe und dem Drachen mit Fledermausflügeln, der ihn bewacht? Und was ist die Liebe, das klare, kühlende Nass am Grunde der Geschlechterhölle, die graue Perle in der Muschel aus Feuer und herzerreißenden Schreien? Das Gedächtnis – die Zeit des Königreichs ohne Zeit. Die Liebe – der Raum der Domäne ohne Raum. Die gegensätzlichen und einander doch so ähnlichen Samenkörner unserer Existenz, die sich über der großen Symmetrie vereinen und sie damit aufheben in einem einzigen großen Gefühl: der Nostalgie.“

Cărtărescus Erinnerungsblitze sind ein Feuerwerk der Sehnsucht nach Erkenntnis, ein Sturm der Hirnanatomie, gespickt mit nicht wenigen erlesenen Fremdwörtern. Die dialogische Konstruktion des Romans, geprägt von einer gewaltigen sprachlichen Vielfalt, ist ein Spiegel der Zerrissenheit des jungen Mircea zwischen der „Hirn-Blut-Schranke“ und der „Leib-Welt-Schranke“. Beide sind Formen und Grenzen der Existenz, Formen des Verstehens seines Selbst, aber auch Grenzen des Verstehens des Gelesenen für den Leser. Es reicht daher nicht, diesen ersten Teil der Romantrilogie nur einmal gelesen zu haben. Zu reich, opulent und facettenreich ist der Bilderteppich, den Cărtărescu ausbreitet. Mircea Cărtărescu steigt damit in die allererste Riege europäischer Schriftsteller auf, da er es vermag, seinen Lesern eine Hochdosis an literarischem Erfindungsreichtum zu verabreichen.

Catalin Dorian Florescu, *Zaira*, Verlag C.H. Beck, München 2008, 479 S.



„Doch keiner war ein völliger Verlierer. Das war man erst am Schluss, egal, ob Kommunist oder nicht. Der große Gleichmacher, der Tod, war parteilos. Niemand konnte ihm vorwerfen, einen anderen zu bevorzugen. Solange aber ein Auge sehen, eine Lunge atmen, ein Bein gehen konnte, würde man auch etwas gewinnen können. Und sei es auch nur einen besseren Platz im Zug.“

Mit Catalin Dorian Florescu taucht in diesem Jahr ein nicht mehr ganz unbekannter Schriftsteller mit seinem neuen Roman *Zaira* am Horizont der reichen europäischen Exilliteratur auf. Gerade aus Südosteuropa stammende Autoren (siehe auch Ilja Trojanow und Saša Stanišić), die in deutscher Sprache schreiben, bieten einen Facettenreichtum, der geradezu diametral zur ansonsten vielfach in der deutschen Literatur anzutreffenden Kopflastigkeit sowie zum plappernden und geschwätzigem Schweigen steht. Fast allein schon die südosteuropäische Herkunft bürgt für abwechslungsreiche und lesenswerte Geschichten. Nicht anders ist es bei Catalin Dorian Florescu, der

1967 in Timișoara in Rumänien geboren wurde und der seit 1982 in der Schweiz lebt. Es überrascht daher wenig, dass sein Roman *Zaira* vom Leben vor dem Kommunismus, der Flucht, dem Exil und der Rückkehr in das Rumänien der Nachwendezeit handelt. Es sind immer wiederkehrende Motive der Exilliteratur, die Florescu aufgreift und seinem Roman so einen paradigmatischen Handlungsstrang verleiht, ohne dass sich allerdings Langeweile einstellen würde, denn zu einzigartig und daher lesenswert ist jede Lebensgeschichte, in der sich die Historie des 20. Jahrhundert widerspiegelt.

Zaira, das Banater Gutsherrenkind mit dem persischen Namen, ist ein Überbleibsel der monarchischen Welt, in der in einer scheinbar unumstößlichen hierarchischen Weltordnung die Realitäten klar festgelegt sind, bis zuerst der Faschismus und später der Kommunismus in Rumänien Einzug halten und sich die Verhältnisse grundlegend ändern. *Zaira* wächst wohlbehütet bei Großmutter und ihrem Cousin Zizi, den sie zeitlebens innig verehrt, auf, spürt nicht den Sprengstoff der schwelenden Ungerechtigkeiten zwischen Herren und Knechten sowie den ethnischen Spannungen innerhalb der Volksgruppen. Sie flüchtet sich in die Scheinwelt des Marionettenspiels, das sie meisterhaft beherrscht. Ein Leben lang ist sie gepeinigt von einer unerfüllten Sehnsucht nach einem erfüllten Leben und muss erst einen Umweg über das Exil in Amerika in Kauf nehmen, um ganz spät ihren Platz in der Welt zu finden. Zwischenzeitlich gelingt ihr gemeinsam mit ihrem Mann, den sie nie geliebt hat, und ihrer Tochter, mit der sie nie zurechtkommt und mit der sie endlich diesen „seltsamen Frieden“ schließen möchte, während des Prager Frühlings im Jahr 1968 die abenteuerliche Flucht über die Tschechoslowakei in den Westen. Doch auch das Exil in den USA bietet ihr nur eine Scheinheimat, die ihr unstillbares Verlangen nach Liebe, Geborgenheit und Zugehörigkeit nicht befriedigen kann.

Florescu erzählt die Geschichte einer gewöhnlichen Frau, die ein ungewöhnliches Schicksal trägt, glaubwürdig und geradlinig, ohne überbordendes Pathos oder aufgesetzte Gefühlsextravaganzen. Sein erzählerisches Talent liegt nicht nur darin, den

Spannungsbogen einer Lebensgeschichte über fast 500 Seiten aufrechterhalten zu können, sondern auch eine die Authentizität einer Romanfigur nicht aus den Augen zu verlieren.

György Konrád, Das Buch Kalligaro, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2007, 293 S.

„In ein Labyrinth verkroch sich der Mensch Osteuropas, in illegale Winkel, hüllte sich in Inkognitos. Der Narzissmus des Nicht-Artikulierens war zur Zeitströmung geworden. Die Intelligenz hatte sich auf den Obrigkeitsstaat eingelassen. Politik und Literatur haben sich immer noch nicht getrennt. Die literarischen Streber, die auf das ganze Terrain Ansprüche erheben, aalen, recken, und spreizen sich auch auf den Feldern der Politik. In ihnen steckt der autoritäre Mensch. Und in uns im scharfen Gegensatz zu ihnen auch der mitteleuropäische Clown. Der dir zulacht.“



In Europa gilt György Konrád seit Jahren als einer der angesehensten ungarischen Schriftsteller, der sich vor allem auch in Deutschland als ehemaliger Präsident der Berliner Akademie der Künste einen bedeutenden Namen gemacht hat. Seine Romane *Der Komplize*, *Melinda und Dragomann*, *Steinuhr* sowie *Der Besucher* riefen schon vor dem Jahr 1999, als Ungarn literarisches Schwerpunktland auf der Frankfurter Buchmesse war, ein breites Echo hervor. Während des Sozialismus mit einem Publikationsverbot belegt, äußerte sich Konrád vor allem in den 1980er Jahren kritisch zur politischen Situation seines Landes. Er setzte sich stets für die kulturelle Restauration Mitteleuropas nach der Befreiung von der kommunistischen Herrschaft ein. Sein gegen jede totalitäre, despotische (Gewalt)-Herrschaft geprägter Begriff „Antipolitik“ zeugt von der geistigen Verwandtschaft mit Hannah Arendt und seinem permanenten Kampf gegen die Unfreiheit.

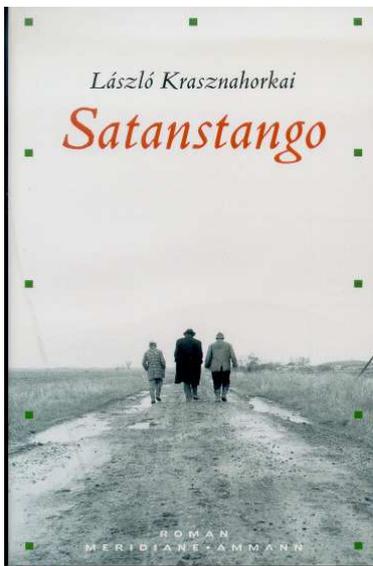
Bereits in den ersten beiden Teilen seiner autobiografischen Werke setzte sich Konrád mit der Unfreiheit durch die totalitäre Willkürherrschaft und dem permanenten geistigen Überlebenskampf auseinander. Sein Kurzroman *Glück*, erschienen 2003, gehört zweifelsohne zu den wichtigsten literarischen Zeugnissen über diese Zeit. *Glück* schildert die Jugendjahre Konráds und die Zeit des Überlebens als Jude während des Zweiten Weltkriegs. Es ist ein Buch des Verlustes der eigenen Kindheit, gestohlen in dem permanenten Verlorensein zwischen *Abreise und Heimkehr* (so der übersetzte ungarische Originaltitel). Hinter dem Roman spürt man hautnah die wohl alle Holocaust-Überlebenden quälende Frage, warum andere Opfer sterben mussten, sie aber genau das Glück hatten, das die Anderen in dem Moment verließ, als sie es am nötigsten gehabt hätten. *Sonnenfinsternis auf dem Berg*, erschienen 2005, ist gleichsam eine Fortsetzung der Autobiographie und schildert Konráds Leben nach 1945. Sein existenzialistischer Skeptizismus und sein Weg in die innere Emigration während der totalitären Herrschaft sind geprägt von den Erfahrungen der Machtübernahme durch die Kommunisten, den stalinistischen Terror der 1950er Jahre, den Ereignissen des Ungarischen Volksaufstands von 1956 und der Zeit des vermeintlichen

„Gulaschkommunismus“, der in Wirklichkeit für eine weitere schleichende Entmenschlichung des Individuums verantwortlich war. Für Konrád, der zeitlebens ein Rationalist war, ist unsere Existenz grundsätzlich konfrontiert mit drei Problemen: der Tatsache, dass wir unser alltägliches Sein nicht annehmen können, der Gewissheit unseres Todes und der Unsicherheit unseres Wissens von der Welt.

Scheinbar zusammenhanglose Skizzen in Kurzprosa, Beobachtungen und Selbstreflexionen bilden den mosaikartigen Grundteppich der lockeren Lebenserinnerungen Konráds. Seine Kunstfigur *Kalligaro* ist ein beschwingter Galan, modern gesagt ein Multi-Kulti-Jetset-Literat, der sich seiner zwiespältigen Herkunft bewusst ähnlich wie sein gleichaltriger Landsmann, der Literaturnobelpreisträger Imre Kertész, als ungarisch-jüdisches Gewissen der Erinnerung an das 20. Jahrhundert verstehen darf. „Verstehen heißt für Kalligaro, daß er seine Ambivalenzen als Schaukel begreift ... Sein Leben ist ein gegen die Politik gerichtetes gewesen. Er ist nicht gläubig gewesen, nicht kollektiv, nicht zu überzeugen, nicht erlöst, und an einer Erlösung durch andere hat er keinen Bedarf.“

György Konrád verwebt in seinen letzten drei autobiografischen Werken auf großartige Weise Erzählendes mit Reflexion, Selbstbetrachtung mit Weltschau, Bitterkeit mit unbeschwerter Heiterkeit. *Das Buch Kalligaro* rundet ein einmaliges Werk über sein Leben und seine Existenz ab.

László Krasznahorkai, *Satanstango*, Ammann Verlag, Zürich 2007, 319 S.



„Wie in einen Stall ... sind wir hineingeboren in diese umfriedete Welt, und wie Schweine, die sich im eigenen Dreck wälzen, wissen wir nicht, was es soll, das Gedränge um die nährenden Zitzen und der ewige Kampf um den kürzesten Weg zum Trog oder gegen Abend um den Schlafplatz.“

László Krasznahorkais Roman *Satanstango* erschien bereits in den 1980er Jahren in Ungarn, 1990 im Rowohlt Verlag und wurde nun von Zürcher Ammann Verlag neu herausgegeben. Schon 1994 konnte der ungarische Regisseur Béla Tarr eine jahrelang vorbereitete, eindrucksvolle Schwarz-Weiß-Verfilmung des Romans realisieren, die nicht weniger als 430 Minuten dauert. Das filmästhetisch Außergewöhnliche an der Verfilmung ist die Tatsache, dass die „normale“ Lesegeschwindigkeit gleichsam in die von der Schnitttechnik bestimmte Betrachtungsdauer des Filmrezipienten

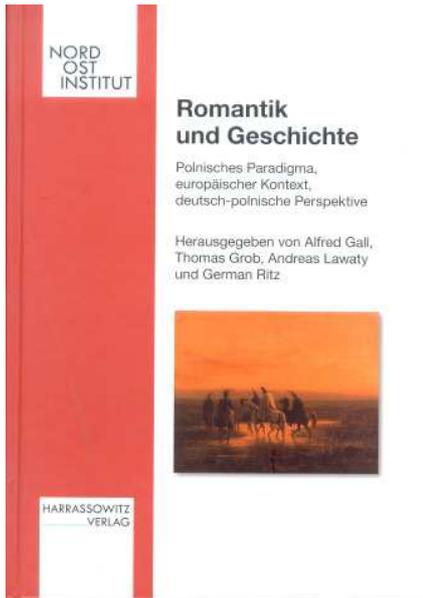
überführt wird. Die Fiktion der Literatur bzw. des Spielfilmes gewinnt so Echtzeitcharakter. Vergleichbares findet man höchstens bei Fassbinders Verfilmung des Döblin Romans *Berlin Alexanderplatz*. Tarrs filmische Adaption wurde zurecht international gefeiert, da es sich um eine äußerst gelungene, tiefgehende Adaption der „Seele“ des Romans handelt.

Satantango ist ein Roman der Selbstaufgabe verlorener Seelen, dahinvegetierend in einer schmutzigen, grauen kommunistischen Utopie und suchend nach stumpfsinnigen messianischen Lösungen, gepredigt vom rattenfängerischen Erlöser Irimiás, der nur ein kleiner Spitzel des Staatsapparates ist. In einem entlegenen Landstrich im kommunistischen Ungarn warten Menschen einer Dorfgemeinschaft auf Besserung, die nie eintreten wird, da sie selbst ihr Schicksal nicht in die eigene Hand nehmen, sondern gefangen sind in der eigenen trostlosen Passivität. Im Gegenteil, der mysteriöse Tod/Selbstmord des jungen Mädchens Estike bringt die Existenz der ziellosen Menschen noch mehr in die Schieflage. Sein „Tod war Strafe und Warnung, ein Opfer für [die] gerechtere Zukunft.“

László Krasznahorkais *Satanstango* ist ein immer wiederkehrender *circulus vitiosus*, die Spirale des Nichtentkommens aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit, ein Abgesang an den aufklärerischen Geist des bewusst lebenden Individuums, das einen freien Willen hat und den Pfad des Lebens zumindest beeinflussen kann. Der Roman ist zudem ein Endzeitgemälde vor dem Fall des Kommunismus, nimmt die inhärente Selbsterstörung des ideologischen Systems vorweg, ohne allerdings den darin gefangenen Existenzen eine Befreiung statt einer Erlösung anzubieten. Wollen „die Menschen aus der verworrenen, eisstarrten Einheit, in die sie sich verfangen hatten, unfähig zu entrinnen wie die Fliegen im Netz,“ überhaupt erlöst werden? „Vornehmtuerei, Zaghaftheit und Wehleidigkeit“ sind menschliche Schwächen und daher „ist jeder Frevel eine Schändung unserer selbst!“ Sind die Menschen, gefangen genommen in einer totalitären Ideologie, noch in der Tat in der Lage, sich gegen die erstickende Fremdbestimmung zu stemmen? Einige Jahre nach Erscheinen der ungarischen Originalausgabe 1985 wurde diese Frage zwar eindeutig beantwortet. Es bleibt jedoch der unbestreitbar paradigmatische Charakter von Krasznahorkais Parabel über die Unfähigkeit des in der Zwangsgemeinschaft lebenden Menschen zur Selbstbefreiung.

Zbigniew Wilkiewicz

Alfred Gall, Thomas Grob, Andreas Lawaty, German Ritz (Hg.): Romantik und Geschichte. Polnisches Paradigma, europäischer Kontext, deutsch-polnische Perspektive. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2007, 419 S.



Die besondere Rolle der Romantik für die polnische Literatur und Geschichte, aber auch für das nationale Selbstverständnis von Generationen von Polen ist eine bekannte Tatsache und ist auch heute noch für die Fremd- und Selbstwahrnehmung des Landes und seiner EinwohnerInnen von großer Bedeutung. Der Protest der jungen Romantiker gegen die Aufklärung war nicht nur ein literarisches und publizistisches Anliegen, sondern mündete auch in massiven politischen Protesten und Rebellionen gegen Unfreiheit und Despotie. Am stärksten entlud sich dieser Protest in dem romantisch inspirierten, gegen Russland gerichteten Aufstand vom November 1830. Dieser Aufstand, der in ganz Europa ein breites Echo hatte, sorgte auch für die kurze Periode der deutschen liberalen Polenfreundschaft, die in der deutschen Literatur des Vormärz nachhaltige Spuren hinterließ. Die polnische Literatur der Romantik war seit dem Niedergang der polnischen Staatlichkeit und der Auflösung der Adelsrepublik (1795) einer der wichtigsten Garanten für das Überleben der Kulturnation.

Als zentrale Stilperiode wurde die Romantik in Polen intensiv erforscht, wobei sich eine klare Kanonisierung nach Figuren, Texten und Dichtern ergab (*Mickiewicz, Słowacki, Norwid*), die besonders in den für die neueste polnische Geschichte typischen Perioden der Fremdbestimmung und Okkupation mit dazu beitrug, dass die nationale Identität der Nation erhalten blieb.

Die auf eine lange Tradition zurückblickende polnische Erforschung der Romantik blieb auch im 20. Jahrhundert durch hermeneutische und geisteswissenschaftliche Literaturforschung geprägt, strukturalistische oder poststrukturalistische Ansätze kamen kaum zum Zuge.

Der vorliegende Sammelband dokumentiert eine Konferenz, die im Herbst 2005 stattfand, auf ein gemeinsames Projekt der Universität Zürich und des Nordost-Instituts Lüneburg zurückgeht und der Aufdeckung von „Differenzen im Kanon“ der polnischen Romantik dienen soll. Der interdisziplinäre Ansatz, der Dialog zwischen deutschen und polnischen Literaturwissenschaftlern und Historikern sowie die komparative Herangehensweise sind dabei auf eine „Überprüfung der historischen Verortung im europäischen Kontext“ ausgerichtet. (S.9)

Das voluminöse Werk, das als Band 8 der Veröffentlichungen des Nordost-Instituts in Lüneburg erschienen ist, besteht neben einer konzisen Einleitung, dem Personenregister und ausführlichen Angaben über die beteiligten AutorInnen aus drei übergreifenden Kapiteln.

Das erste ist der Modernisierung gewidmet: in ihm werden Fragen des „nation-building“ und der „imagined community“ behandelt. So befasst sich *Andreas Lawaty* in seinem einleitenden Beitrag mit der romantischen Konzeption des Politischen, wobei es um die

Fragestellung der Fremdherrschaft über Polen und Deutschland sowie die damit verbundenen unterschiedlichen Paradigmata ihrer Darstellung in der jeweiligen Landeskultur geht. Im Zentrum der Erwägungen stehen *Fichtes* „Reden an die deutsche Nation“ (1807/1808) und *Mickiewiczs* „Pariser Vorlesungen über slawische Literatur“ (1840-1844). Der interdisziplinäre Ansatz *Lawatys* fördert zutage, dass die einzigartige Bedeutung der Romantik und der romantischen Literatur für das nation-building Polens auf der deutschen Seite zwar ein gewisses Pendant hatte, dass die polnische Variante aber in ihrer Wirkung wesentlich politischer war, zumal sich deren Protagonisten zum Ziel gesetzt hatten, angesichts des Niedergangs des polnischen Staates zumindest die polnische Nation – als Kulturnation – am Leben zu erhalten.

Janusz Kizwalter beschäftigt sich in seinem kurzen programmatischen Aufsatz mit dem Spannungsfeld zwischen fortschrittsgläubiger Aufklärung und skeptischer Romantik. Während die polnischen Aufklärer ihr Land mit Hilfe von Modernisierungsprozessen zivilisatorisch nach vorne bringen wollten, vertraten die Romantiker den individuellen Prozess einer authentischen, aber kaum objektivierbaren, messbaren Erneuerung.

Dem Konzept der Übergangsgesellschaft im 18. und frühen 19. Jahrhundert geht *Hans-Jürgen Bömelburg* nach, wobei deutlich wird, dass hier zwei unterschiedliche, noch vorromantische Vorstellungen paradigmatisch zur Geltung kommen konnten. Auf der einen Seite die Sakralisierung der polnischen Geschichte (*Jan Paweł Woronicz*), auf der anderen die Idee *Julian Ursyn Niemcewiczs*, eine sich an nationalen Werken orientierende Erinnerungsliteratur zu schaffen. *Bömelburg* konstatiert, dass sich im Werk beider Autoren die für eine Übergangsgesellschaft typische Veränderung zu einem modernen Nationenbegriff einstelle: so verschwindet der ehemals gängige, ältere Begriff der *Respublica/Rzeczpospolita* zugunsten der als explizit nationalpolnisch geltenden Begriffe *naród* [Nation i. S. von Adelsnation] bzw. *lud* [i. S. von Volk]. (S.89)

In seinem Beitrag „Romantik-Lektüre unter Vorzeichen des Postkolonialismus“ führt *Dirk Uffelmann* aus, dass trotz bestimmter Parallelen zum postkolonialistischen Ansatz und Diskurs, die Polen nach den Teilungen von den Besatzern nicht rassistisch markiert wurden, wie etwa in Afrika die Schwarzen, sondern sprachlich und kulturell entmarkiert werden sollten (Verlust der Eigenstaatlichkeit und Eigenidentität). Die Reaktion in der Periode der Romantik bestand darin, den Besatzern die eigene Sprache und eine Literatur entgegenzuhalten, die sowohl auf die ruhmreiche eigene Vergangenheit als auch auf die eigene Mission in der Zukunft projiziert wurde. Dabei war offenkundig, dass die das Bewusstsein dominierende historische Realität Polens durch Teilung, Zersplitterung und Desintegration geprägt war. Dementsprechend wurde in der romantischen Literatur auch eine Poetik des Fragments („Ahnenfeier“ *Mickiewiczs*) befördert. Die herbeigesehnte und „herbeigeschriebene“ Nation blieb bis zu ihrer Materialisierung lediglich ephemäres Konstrukt. (S.101)

Mit der Gattung *gawęda* als Erzählmodus des Mündlichen, in der der Habitus der *Szlachta* abgebildet wird, beschäftigt sich *Alfred Gall*. Am Beispiel der „*Pamiętki Soplicy*“ [„Erinnerungen des Herrn Soplica“] arbeitet der Autor heraus, dass diese Gattung als Medium von Gedächtnispolitik funktionieren kann. An der Erzählhaltung des Erzählers, dem Zurücktreten des Autors hinter den Erzähler, der gleichzeitig

Hauptfigur ist, exemplifiziert *Gall*, dass es sich hierbei um ein Paradigma der kulturellen Selbstbeschreibung unter den Bedingungen von Fremdherrschaft handelt.

Rolf Fieguth setzt sich in seinem Beitrag mit zwei weniger bekannten Werken der polnischen Romantik auseinander: Mit *Zygmunt Krasiński*s „Agaj Han“ (1834) und *Henryk Rzewuski*s „Listopad“ [„November“, 1846]. Er bezeichnet die beiden Romane als durch die Literaturwissenschaft unterschätzt und arbeitet heraus, dass es sich um zwei sehr unterschiedliche Paradigmata handelt. Während *Krasiński* seit dem Erscheinen seines Romans „Agaj-Han“ für die romantische Prosa stehe, bleibt der ultrakonservative *Rzewuski* der Tradition der Aufklärung verpflichtet. Die Hauptthese Fieguths besteht allerdings darin, dass es sich bei beiden Werken um überdurchschnittliche und herausragende Exemplare der Gattung Roman handele. (S.151)

Unorthodoxe Motive im Werk *Adam Mickiewiczs* stehen im Mittelpunkt des Artikels von *Mikołaj Sokołowski*. Es geht um die religiöse Kultur in der polnischen Romantik, speziell um die Stellung des Towianismus, durch den orthodoxe Glaubensauslegungen in Frage gestellt wurden. Der Autor rekonstruiert den Einfluss der Lehre *Towiański*s in Italien, dokumentiert dessen „häretische“ Lehren (Bekämpfung des christlichen Antisemitismus, Unterstützung der Emanzipation der Frauen) und kommt zum Ergebnis, dass *Mickiewicz* diese sich als Erneuerung der Kirche verstehende Häresie mit einem Freiheitsbegriff assoziierte, der sich nicht mehr als rein religiös, sondern als explizit politisch verstand. (S.169)

Im zweiten übergreifenden Kapitel werden die für den romantischen Diskurs typischen Fragen von Individualisierung und Totalisierung behandelt. *Michał Kuziak* beschäftigt sich zunächst mit dem Alteritätsdiskurs in der polnischen Romantik, wobei die Schriften *Kazimierz Brodziński*s, *Adam Mickiewiczs* und *Maurycy Mochneckis* im Zentrum seiner Erörterungen stehen. *Kuziak* kommt in seinem Urteil über das kritische Werk dieser Autoren zum Ergebnis, dass es den Romantikern mit Hilfe des Historismus und der Hermeneutik gelang, das Andere einerseits zu entdecken und andererseits zu verdecken. Diese Wahrnehmung der Alterität ermöglichte im Sinne der oben beschriebenen Aporie ebenfalls die Kritik an dem als oberflächlich empfundenen, universalen Zivilisationskonzept der Aufklärung. Gleichzeitig blieb man trotz dieser Kritik offen und gab die zuvor entwickelten Kategorien der Abgrenzung zu anderen Kulturen wieder auf. So etwa *Mochnecki*, der zum Ergebnis kam, dass man den anderen kennen und ständige Beziehungen zu ihm erhalten müsse, um sich selbst gut verstehen zu können. (S.183)

Mit dem polnischen romantischen Helden setzt sich *Michał Mastowski* auseinander, wobei er hervorhebt, dass die polnische Romantik, obschon sie stark von europäischen Vorbildern beeinflusst war, auch eine eigenständige heroische Mythologie herausbildete. Der polnische Held entwickelte sich vom national determinierten Freiheitskämpfer der Aufstände des 19. Jahrhunderts zum heimatlosen Pilger der „universalen Sache“, der nicht nur für die eigene Freiheit, sondern ebenfalls für die Freiheit anderer focht. Für die polnische Kultur sei darüber hinaus sehr bezeichnend, dass romantische Bilder und Narrative bis in die 1980er Jahre des 20. Jahrhunderts dominant blieben und auch weiterhin funktionieren. Modellcharakter hatten in dieser

Hinsicht neben dem Staatsgründer *Józef Piłsudski*, solche „universalen“ Persönlichkeiten wie *Janusz Korczak*, *Jerzy Popiełuszko*, *Lech Wałęsa* oder *Johannes Paul II.*

Die Revision der Romantik bei *Stanisław Brzozowski* behandelt *Agata Bielik-Robson* in ihrem Beitrag. Die Autorin arbeitet heraus, dass *Brzozowski* der Romantik eine stets zweideutige Rolle zugeordnet habe. Als „Stöhnen der kranken Seele“ sei sie zwar einerseits wertvoll, als Philosophie, die sich permanent idealistisch verstricke, sei sie hingegen zum Scheitern verurteilt. Durch ihr Beharren auf dem ewigen Byronschen Nein entledige sie sich von Beginn an der Chance, auf das Nietzscheanische Ja gegenüber den ursprünglichen, lebensweltlichen Abhängigkeiten zu reagieren. (S.230)

Brigitte Schulze untersucht in *Fredros* „Pan Jowialski“ und *Słowackis* „Balladyna“ die Textbezogenheit dieser beiden Dramen aus den 1830er Jahren im Hinblick auf die in ihnen enthaltenen Balladenelemente. Dabei hebt die Autorin hervor, dass besonders in „Balladyna“ die traditionelle Sinnstruktur des Dramas aufgehoben werde. Auch werde hier nicht nach dem Nationalen, sondern nach dem Universellen gesucht. Intertextuell verfügen beide Werke über einen überaus weiten Horizont, was verdeutliche, dass die polnische Romantik ein europäisches Phänomen sei. Beide Texte – so die Kernthese der Autorin – weisen demnach weit über sich hinaus: denn nicht nur die klassische Moderne, sondern auch die historische Avantgarde werden durch sie vorweggenommen. (S.247)

Mit der komplexen Problematik der romantischen Phantasie, der Phantastik der Ballade und der Frage nach dem „Anfang“ der polnischen Romantik beschäftigt sich Thomas Grob. Programmatische Kernbegriffe sind hier (geniale) Imagination und Phantasie und auf die Textstruktur bezogen „Chaos“ und unregelmäßige Offenheit. Die aus der ungezügelter Phantasie resultierende Belieblichkeit zwingt dazu, nach Regeln zu suchen, das Chaos zu ordnen. Gleichzeitig definiert sich die Romantik aber gerade als „Neues“, als Regelverletzung. Somit verharrt sie im Spannungsfeld zwischen (subjektiver) Freiheit und auf das Allgemeine gerichteter Tradition. Grob kommt im Hinblick auf die gattungsspezifische Fragestellung zum Ergebnis, dass sich die frühromantische Gattung der Ballade für die Abbildung dieser Zerrissenheit besonders gut eigne, da das Problem der dichterischen Phantasie in ihr dichterisch reflektiert werde, nicht zuletzt durch den Einsatz ironischer und parodistischer Elemente. (S. 267)

Im dritten übergreifenden Kapitel, das den Titel „Romantik und das Andere“ trägt, beschäftigt sich *Monika Rudaś-Grodzka* mit der Slawenidee im Mickiewicz'schen Messianismus, wobei es ihr ganz speziell um die Verbindung von Slawentum und Sklaventum geht. Ausgangspunkt ist dabei das in der historischen Überlieferung nicht unumstrittene Negativstereotyp der Slawen als ewiger Sklaven, inklusive der hiermit verbundenen sexuellen Konnotationen. Bekanntlich nahm *Mickiewicz* das historische Urteil über die Sklavennatur der Slawen an, gab ihm einen neuen Sinn und entwickelte hieraus die zukünftige Mission des slawischen (polnischen) Volkes. Bestimmend ist in diesen Texten des Dichters der messianistische Tonfall eines erwachenden Nationalgefühls gerade bei jenen Völkern, die bezwungen und erniedrigt wurden. Polen kommt hierbei eine ganz besondere Rolle zu, da sich das nationale Subjekt in der Idee der gepeinigten, ermordeten, ins Grab gelegten und wieder auferstandenen Polonia

vollendet. Dabei arbeitet die Autorin heraus, dass es sich hierbei um einen masochistischen Messianismus handele, bei dem das Leiden als Weg zur Freiheit der Nation und zur Erlösung der Welt verstanden wird. (S.289)

Mit dem preußischen/deutschen Polendiskurs am Beispiel der deutschsprachigen Literatur der 1820er und 1830er Jahre beschäftigt sich *Izabela Surynt*. Dabei geht die Autorin von der in dieser Periode weit verbreiteten Denkfigur des „Anderen“ und der grundsätzlichen „Andersartigkeit“ des Polnischen aus, das für das deutsche Polenbild konstitutiv war. So blieb der Spruch *Friedrich des Großen* über die Polen als zivilisationsbedürftige „arme Irokesen“ lange gängiges Schlagwort der deutschen Kulturmissionspropaganda. Allerdings wurde nach dem Kościuszko-Aufstand (1794) ebenfalls das Stereotyp des „edlen Polen“ und der „schönen Polin“ gepflegt und fand im Sinne eines gewissen Exotismus sogar Eingang in die deutsche Literatur. Am Beispiel von Texten Grillparzers und Hauffs zeigt die Autorin auf, wie Polen zum Projektionsraum des „Anderen“ wird. Intensiv setzt sie sich mit dem Werk und der Haltung *Gustav Freitags* auseinander, wobei sie der Erzählung „Der polnische Bettler“ und ihrer Interpretation (Mitleid, Begeisterung, Gleichgültigkeit gegenüber den Polen) eine besondere Bedeutung zuschreibt.

Den Ukraine-Bildern der polnischen Romantiker ist der Aufsatz von *Maria Zadencka* gewidmet. Dabei lassen sich – so die Autorin – bei den „ukrainischen“ Werken polnischer Romantiker zwei Tendenzen ausmachen. Eine „slawophile“ Richtung als heitere, optimistische Variante, die trotz aller historischen Tragödien der „Stärkung der Herzen“ dient (*Józef Bohdan Zaleski, Zorian Dołęga Chodakowski, Tomasz Padurra*) und eine düstere, pessimistische Variante, die von der Kritik als byronistisch apostrophiert wird (*Antoni Malczewski, Seweryn Goszczyński, Słowacki*). In diesen Werken verwandelt sich die Ukraine in eine historische und moralische Wüste, hervorgehoben werden die „satanisch-gotischen“ Züge dieses unendlichen, geheimnisvollen und wilden Grenzlandes. Hier spielt auch das immer wiederkehrende exterritoriale Bild des Meeres eine zentrale Rolle, da es für die Angst vor der Auflösung des Selbst in einem unauslotbaren Grenzgebiet steht. (S.329)

Mit der polnischen Romantik als Erinnerungsort jüdischer Identitätsentwürfe in Polen setzt sich *Katrin Steffen* auseinander. Juden in Polen bezogen sich in ihren Aussagen häufig auf romantisch konnotierte Texte, Zeichen und Symbole, aber auch auf entsprechend mythologisierte Gestalten aus der polnischen Geschichte (*Adam Mickiewicz, Tadeusz Kościuszko, Józef Piłsudski*) sowie auf jüdische romantische Helden, die am Freiheitskampf der Polen teilnahmen (*Berek Joselewicz*). Dabei bildete die Vorstellung von einem idealisierten multiethnischen, toleranten Polen, in dem ein aufgeklärter Republikanismus herrschen sollte, die historische Folie und überdies die anzustrebende Zukunftsvision. Jüdische Publizisten, Schriftsteller und Politiker hielten dieses Muster einer jüdisch-polnischen Koexistenz in Polen in unterschiedlichen Varianten am Leben, wobei Heimatlosigkeit, Exil sowie „Ausgewähltsein“ beider Völker die Parallelität hinsichtlich der Autostereotypen beförderte, aber auch zu einer Konkurrenz – etwa in der Deutungshoheit über das Werk *Mickiewiczs* – führen konnte. (S.346) In dem sich anschließenden Beitrag erläutert *Arkadiusz Bagłajewski* das Słowackische Konzept der „Frau der Zukunft“. Biographisch betrachtet geht es hierbei

um die „schwarze“ Legende der ungeliebten Gattin des Dichters *Elżbieta Branicka* sowie um die „goldene“ Legende der von ihm innigst geliebten und hoch verehrten *Delfina Potocka*. Die Geliebte ist dabei „Schwester“, wobei die geistige Verwandtschaft zu ihr alles Sexuelle ausklammert. Bekanntlich geht es im zentralen romantischen Topos der Liebe nicht darum, den anderen zu besitzen, sondern darum, das „eigene Selbst“ in ihm widerzuspiegeln. Allerdings wird dieser von der Romantik vorgeprägte androgyne Mythos, der auch für den polnischen Kanon typisch ist, bei *Słowacki* erweitert. Denn bei ihm vermischen sich in der zukünftigen Epoche das „Weibliche“ (Zärtlichkeit) und das „Männliche“ (finsternes Wesen), wobei der Dichter noch weiter geht, indem er postuliert, dass der Mensch der Zukunft eine Frau sein werde. (S.364) Hier gibt es in der Tat Affinitäten zu den idealistischen Liebeskonzepten der Moderne, die von der *Słowackischen* Konzeption quasi vorweggenommen werden. *German Ritz* behandelt in seinem Beitrag das Bild der Frau in der polnischen Romantik, wobei er besonders auf das Verhältnis von Gender und Nation eingeht. Dabei weist der Autor mit Hilfe zahlreicher Beispiele nach, dass in der polnischen Romantik der Weg zur Frauenemanzipation vom Weg zur nationalen Emanzipation gekreuzt wurde. Teilungen und Aufstände sowie die Umbrüche in der Adelsgesellschaft bewirken, dass die Frauenrollen sich grundsätzlich ändern, allerdings gibt es in der polnischen romantischen Literatur noch keine programmatischen Auftritte von Frauen für Frauen. Immerhin schreibe sich die neue Frauenrolle aber in die neue Ordnung ein: Die Frau wird nunmehr viel stärker außerhalb der Familie und über den Patriotismus definiert. (S.381) In dem den Band abschließenden Beitrag „Das Bild eines heiteren Todes“ beschäftigt sich *Jan Zieliński* mit dem enormen Eindruck eines angeblich von *Raffael* stammenden Gemäldes („Der Tod des Heiligen Joseph“), das dies bei dem im Pariser Exil lebenden spätoromantischen Dichter *Cyprian Norwid* hinterließ. Der Autor geht mit Hilfe einer akribischen Recherche der Frage nach, um welches Bild es sich dabei tatsächlich gehandelt haben könnte. Schließlich kommt er zum Ergebnis, dass es sich bei dem Gemälde um ein Werk von *Carlo Maretti*, keinesfalls aber von *Raffael* handeln könnte. In weiteren Schritten zeigt *Zieliński* auf, dass dieses Gemälde als ein Meisterwerk religiöser Kunst deutlich erkennbare Spuren im Werk *Norwids* hinterließ. Angesichts der Fülle des dargebotenen Materials, der unterschiedlichen Themen und Ansätze sowie der unterschiedlichen Optiken der AutorInnen fällt das Urteil über diesen sorgfältig redigierten und ansprechend gestalteten Sammelband nicht schwer. Er bietet einen hervorragenden Einstieg für die weitere Beschäftigung mit der komplexen Thematik der polnischen Romantik, wobei deutlich wird, dass es sich dabei um ein zutiefst europäisches Phänomen handelt.

Rezensionen

Stefan Lehr: Ein fast vergessener „Osteinsatz“. Deutsche Archivare im Generalgouvernement und im Reichskommissariat Ukraine. Droste Verlag. Düsseldorf 2007, 412 S.



Dass auch zwei Generationen nach dem Untergang des „Dritten Reiches“ die wissenschaftliche Aufarbeitung der NS-Schreckensherrschaft noch keineswegs abgeschlossen ist, dafür liefert Stefan Lehr mit der von ihm vorgelegten Untersuchung über den „Osteinsatz“ deutscher Archivare einen weiteren Beweis. Seine einer Habilitationsschrift in Nichts nachstehende Dissertation beeindruckt durch die Auswertung einer breiten, mittel- und osteuropäische Aktenbestände einbeziehende Quellenbasis, durch eine umfangreiche Literaturlauswertung sowie durch eine äußerst detaillierte Darstellung der mit dem „Osteinsatz“ deutscher Archivare verbundenen Problematik. Indem Lehr vorweg auf den Ersten Weltkrieg und die Zwischenkriegszeit Bezug nimmt, geht seine Arbeit noch weit über den im Titel angegebenen Rahmen hinaus. Um die Spezifik der offiziell als „Aufbauarbeit“ charakterisierten Tätigkeit der Archivare im Generalgouvernement und in der besetzten Ukraine zu verdeutlichen, vergleicht der Autor sie mit der deutschen Verwaltung polnischer Archive im Ersten Weltkrieg. Auch wenn die damaligen Akteure durchaus deutsche

Interessen verfolgten, so fühlten sie sich doch immerhin an die Haager Landkriegsordnung gebunden, welche besagt, dass Archive als Eigentum des jeweiligen Staates zu achten sind und weder beschlagnahmt noch zerstört werden dürfen. Im Gegensatz zu den völkerrechtlichen Bestimmungen haben deutsche Archivare im „Osteinsatz“, wie Lehr an einer Vielzahl von Beispielen zeigt, mannigfach gegen die Haager Landkriegsordnung verstoßen.

Lehrs Rückgriff auf die Zwischenkriegszeit ist insofern von Bedeutung, als in dieser Zeit die Weichen für den späteren „Osteinsatz“ gestellt wurden. Anhand der Biographien der in jenen Jahren in führender Position in den preußischen Staatsarchiven beschäftigten Archivare verweist der Autor auf deren deutschnationale und antipolnische Einstellung, wodurch sie für den aufkommenden Nationalsozialismus besonders anfällig waren. 1937 waren bereits 80 Prozent von ihnen Parteigenossen, die zudem teilweise im Dienst der auf Ausgrenzung der deutschen Juden zielenden Sippenforschung standen.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Archivare von Beginn an in Hitlers Eroberungskrieg involviert waren. Kurz nach dem Überfall auf Polen wurde am 6. September 1939 das Reichsarchiv beauftragt, „einen Plan zur Sicherstellung deutscher Archivalien auf polnischem Gebiet vorzulegen und Archivare zu benennen, die für diese Aufgabe in Betracht kämen.“ (S.107) Lehr erläutert minutiös den personellen und strukturellen Aufbau einer deutschen Archivverwaltung im besetzten Polen und – nach

dem Einmarsch in die Sowjetunion – in der Ukraine. Mit der Übernahme der Archive in den besetzten Gebieten sperrten die deutschen Archivare diese für einheimische Besucher und Forschungen, ermittelten mit Hilfe der unter ihrer Aufsicht arbeitenden polnischen bzw. ukrainischen Archivare Bestände, für die ein besonderes deutsches Interesse vorlag, und organisierten deren Abtransport ins Reich.

Doch damit nicht genug. Über ihre engere Aufgabe hinaus wurden die Archivare im „Osteinsatz“ in die Gewaltverbrechen des NS-Systems verwickelt. Dies allein schon dadurch, weil sie dem Reichssicherheitshauptamt Akten zur Verfügung stellten, die sich für Verfolgungsmaßnahmen, gegen Juden nutzen ließen. Dass deutsche Archivare zudem im Dienst des „Generalplans Ost“ standen, zeigt Lehr am Beispiel der Vertreibung von ungefähr 100.000 Polen und polnischen Juden aus dem Gebiet von Zamość, von denen Tausende in die Konzentrations- und Vernichtungslager von Majdanek und Auschwitz deportiert und dort größtenteils ermordet wurden. Auslöser für diese Aktion der SS war das unweit von Zamość entdeckte Majoratsarchiv des Fürsten Zamoyski, das detaillierte Angaben über die Ansiedlung deutscher Kolonisten um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert enthielt. Aufgrund der aus diesen Akten gewonnenen Erkenntnisse sollten nach Plänen der SS die polonisierten ehemaligen deutschen Siedler regermanisiert werden, während durch sie das Gebiet von Polen und Juden brutal gesäubert wurde, um es mit Volksdeutschen neu besiedeln zu können.

Auch propagandistisch waren die deutschen Archivare im „Osteinsatz“ aktiv. Sie organisierten Ausstellungen wie „Der Kampf Deutschlands im Osten“ oder „Deutsche Leistung im Weichselland“. Diese dienten dem Zweck politischer Rechtfertigung gegenwärtiger Gewaltaktionen. Gleiches gilt für „die wissenschaftliche Aufgabe der Archivare im Rahmen des Ostprogramms“, nämlich „aus der Geschichte den Nachweis alter deutscher Besiedlung zu erbringen, daß alles höhere Leben im Ostraum deutschen bzw. nordischen Ursprungs ist und daß die slawischen Völker selbst der ordnenden Hand des deutschen Menschen bedürfen, um zu Ruhe und Wohlstand zu gelangen“, wie dies 1941 im Mitteilungsblatt der Preußischen Archivverwaltung formuliert wurde.

Nach dem Krieg verhielten sich die deutschen Archivare im „Osteinsatz“ nicht anders als andere belastete Berufsgruppen: Sie verschwiegen die negativen Seiten ihrer Tätigkeit, wollten von der Judenvernichtung nichts gewusst haben und hätten nach Möglichkeit die Archive in den besetzten Gebieten vor Kriegseinwirkungen geschützt und teilweise retten können. Mit wenigen Ausnahmen überstanden sie problemlos die Entnazifizierung und machten schnell wieder Karriere. In den 1950er Jahren konnten sie dann im Rahmen der „Ostforschung“ ihren alten „Abwehrkampf“ gegen polnische Darstellungen des „deutschen Osten“ fortführen. So entstand kaum zufällig unter der Federführung einstiger Archivare im „Osteinsatz“ als erstes Großprojekt des Bundesarchivs die mehrbändige Ostdokumentation über das Schicksal der deutschen Vertriebenen, die mit der Darstellung der Leiden der Betroffenen die politische Absicht verband, den „deutschen Osten“ zurückzugewinnen. Es sollte bis in die 1970er Jahre dauern, ehe sich mit der Entspannungspolitik und durch einen Generationswechsel unter den leitenden Archivaren die Kontakte zu ihren polnischen Berufskollegen allmählich normalisierten.

Theo Mechtenberg

Madlen Benthin: Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. Deutsche und tschechische Erinnerungskulturen im Vergleich. Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Band 120. Verlag Hahnsche Buchhandlung. Hannover 2007, 155 S.



Die vorliegende Veröffentlichung aus der Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts gliedert sich neben der ausführlichen Einführung in drei Kapitel, in denen drei sehr unterschiedliche Erinnerungskulturen (SBZ/DDR, Bundesrepublik Deutschland, ČSSR und Tschechien) hinsichtlich des Themenkomplexes Vertreibung analysiert und in einer stringenten Zusammenfassung miteinander verglichen werden. Das Problem einer eindeutigen Definition dessen, was man unter kollektiver Erinnerung zu verstehen hat, bleibt dabei offen. Ebenso wird berücksichtigt, dass mit dem Begriff der Erinnerungskultur auch immer der Aspekt der Instrumentalisierung der Vergangenheit für gegenwärtige Zwecke verbunden ist. Vergegenwärtigt man sich, dass Schulbücher, insbesondere Schulgeschichtsbücher den jeweiligen Stand des Geschichtsbewusstseins der jeweiligen Gesellschaft reflektieren (sollen), so wird deutlich, dass die Autorin ein sehr komplexes und nur schwer fassbares Thema abhandelt. Was den wissenschaftlichen Ansatz angeht, so hat sich *Benthin* für die Integration von quantitativer und qualitativer

Analyse entschieden. Während wir den quantitativen Aspekt der Untersuchung außer Acht lassen können, insgesamt wurde eine sehr große Zahl entsprechender Schulgeschichtsbücher analysiert, behandelt die Autorin hinsichtlich der qualitativen Inhaltsanalyse folgende thematischen Aspekte mit ihren Subkategorien:

1. Ideengeschichte und Grundlagen von Vertreibungen (Nationalismus, Nation, Nationalstaatsordnung; Das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit im Nationalstaat; Vertreibung und Zwangsmigration in der europäischen Geschichte).
2. Genese, Motive und Ziele der Umsiedlungs- und Vertreibungspläne.
3. Verlauf der Vertreibungen (Evakuierung und Flucht; Die „wilde“ Vertreibung; Die vertraglich festgelegte Vertreibung bzw. Zwangsumsiedlung).
4. Folgen für Herkunftsgebiete, Aufnahmeländer und Betroffene (Neubesiedlung in Polen und der ČSSR; Aufnahme der Vertriebenen in den vier deutschen Besatzungszonen; Lage der Betroffenen).

Diesem Raster folgend untersucht Benthin dann die Schwerpunkte der jeweiligen Erinnerungskulturen in einer entsprechend großen, repräsentativen Zahl von Schulgeschichtsbüchern.

Hierbei ist natürlich zu berücksichtigen, dass durch den Systemwechsel des Jahres 1989 die bis dato verpflichtenden Schulgeschichtsbücher in Ostdeutschland und in der Tschechoslowakei eingestampft und zunächst durch „provisorische Texte“ ersetzt wurden. Der sich abzeichnende, grundsätzliche Wandel kam aber schon darin zum

Ausdruck, dass sich *Václav Havel* in einer seiner programmatischen Reden für die Vertreibung der Deutschen entschuldigte, dabei aber bei der Masse seiner Landsleute auf Unverständnis stieß.

Durch Samizdat- und Exilpublikationen gab es in der tschechoslowakischen Publizistik bereits vor 1989 zum Thema Vertreibung ein äußerst breites Meinungsspektrum. Offiziell wurde die Vertreibung in der ČSSR freilich als Konsequenz der nationalsozialistischen Besatzungspolitik interpretiert. Im Exil verurteilte man zwar die gewaltsamen Ausschreitungen, stimmte der Vertreibung aber grundsätzlich zu. Weiterhin kontrovers diskutiert wird das Problem der Rechtmäßigkeit der *Beneš*-Dekrete.

In tschechoslowakischen Schulgeschichtsbüchern (1950-1989) wird die Vertreibung der Deutschen ausschließlich unter dem Stichwort „Odsun“ (Abschub) thematisiert. Ab 1989 kommt es dann zu einer Differenzierung: neben Abschub stehen nunmehr auch solche Begriffe wie Vertreibung, Aussiedlung, Transfer und Zwangsumsiedlung. (S.102) In den Lehrwerken der Jahre 1950-1989 sind die KP und die Sowjetunion die eindeutigen Initiatoren des Abschubs. Dabei – so die gängige Argumentation – habe es sich um eine (historische) Notwendigkeit, nicht um Rache für das von Deutschen begangene Unrecht gehandelt. (S.106) In Publikationen, die nach 1989 erschienen, wird Präsident *Beneš* als Initiator des Odsun dargestellt. Neben den Konsequenzen aus der NS-Besatzungszeit wird bei der Argumentation aber auch die Idee von ethnisch homogenen Nationalstaaten ins Spiel gebracht. Der gewaltsame und inhumane Charakter der „wilden Vertreibungen“ wird erst in den nach 1989 erschienenen Lehrbüchern behandelt.

Die Vergangenheitspolitik der SBZ/DDR war bestrebt, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren. Der Nationalsozialismus wurde nicht als Massenbewegung, sondern der marxistischen Geschichtsauffassung entsprechend als Folge der Politik imperialistischer und monopolkapitalistischer Eliten gedeutet. Die KPD/SED übernahm keinerlei Mitverantwortung, diese wurde einseitig nach Westdeutschland verschoben. (S.125) Hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze und des erheblichen Bevölkerungstransfers betonte man die Erhaltung des Status quo (Görlitzer Grenzvertrag mit der VR Polen 1950) sowie die irreversible Assimilation der Vertriebenen.

In den Schulgeschichtsbüchern der DDR wird durchgängig auf die völkerrechtliche Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens verwiesen, für die Umsiedlung deutscher Bevölkerung werden die Sicherheitsansprüche der ostmitteleuropäischen Staaten geltend gemacht. In diesem Lichte erscheint die „Umsiedlung“ als friedensstiftende Maßnahme. Folgerichtig bleiben die gewaltsamen, inhumanen Begleitumstände von Flucht und Vertreibung unerwähnt.

Sowohl in den Lehrbüchern der ČSSR als auch denen der DDR – so der Befund der Autorin – wird die Vertreibung als belastende Vergangenheit entweder verharmlost oder gar verschwiegen. Hierfür stehen auch die bewusst neutral gehaltenen Begriffe „odsun“ und „Umsiedlung“. Folgerichtig werden auch keine Vertreibungsoffer erwähnt. Die „Abschiebung“ der Deutschen ist somit logische Konsequenz der NS-Okkupation; damit aber – so die berechnete Schlussfolgerung *Benthins* – werden bestimmte Aspekte der Vertreibung tabuisiert oder verzerrt. (S.126)

Die Erinnerungen an Flucht und Vertreibung durchlaufen in Westdeutschland mehrere Phasen. Direkt nach dem Krieg spielt sie in Dokumentationen, Familiengeschichten und Romanen eine große Rolle. Gleichzeitig kommt es aufgrund des Kalten Kriegs – ähnlich wie in der ČSSR und der DDR – zu einer erheblichen Ideologisierung des Themas, indem zwischen den Gräueltaten der Vertreibung und der vermeintlichen bolschewistischen Gefahr ein Zusammenhang hergestellt wird. Der offiziell propagierte und von der Mehrheit der Bevölkerung dankbar gelebte Antikommunismus, das Opfer-Syndrom (bei gleichzeitig peinlicher Trennung von totalitärem Regime und verführtem Volk) sowie das bis zum Auschwitz-Prozess in Frankfurt/M. konsequente Beschweigen eigener Verantwortung und Schuld wirken darüber hinaus entlastend. (S.126)

Folgerichtig wird in den westdeutschen Schulbüchern der 1950er Jahre das deutsche Flüchtlingsschicksal und die Vorläufigkeit der Oder-Neiße-Grenze hervorgehoben. Gefühlsregungen wie Hass und Rache als Folge der NS-Okkupation werden zu Motiven stilisiert, die zu den „wilden“ Vertreibungen, aber auch zu den vertraglich festgelegten Zwangsumsiedlungen führten. Für die kollektiven Ausweisungen macht man alleine die Alliierten und das Potsdamer Abkommen verantwortlich. (S.127)

In den 1960er Jahren rückt der zuvor verdrängte Holocaust in den Vordergrund der westdeutschen öffentlichen Debatte. Die Achtundsechziger erblicken in der Vertreibung die gerechte Strafe für die Verbrechen des NS-Regimes in Ost- und Ostmitteleuropa. Die Angehörigen der Erlebnisgeneration sind in den Augen der 1968er Generation keine Opfer, sondern Täter und Mitläufer. Gleichzeitig unterliegt die Thematisierung der Vertreibung dem Revanchismusverdacht.

Dies hat natürlich auch seine Auswirkungen auf die bundesdeutschen Schulbücher der 1960er Jahre. Sowohl die Westverschiebung Polens als auch die Verbrechen des NS-Regimes werden stärker akzentuiert, die Vertreibung erscheint so als Vergeltung für deutsche Schuld. Gleichzeitig betrachtet man die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen als abgeschlossen.

Nach dem Fall der Mauer und der Vereinigung Deutschlands kommt es erneut zu einem Perspektivwechsel. Das Thema Flucht und Vertreibung erfährt eine Aktualisierung, was mit dessen Enttabuisierung in Ostdeutschland und bei den östlichen Nachbarn in Zusammenhang steht. In der Wissenschaft erfolgt eine Internationalisierung und Erweiterung der Fragestellung: Die Vertreibung der Deutschen wird im Kontext der europäischen Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts behandelt.

In den aktuellen deutschen Schulgeschichtsbüchern spielen dementsprechend die „modellbildenden Zwangsmigrationen der Zwischenkriegszeit und des Zweiten Weltkriegs“ eine größere Rolle: Sie werden konsequenter Weise dem Generalthema Migration zugeordnet. (S.128) Hinsichtlich des Vertreibungsverlaufs bleiben die Phasen Flucht und „wilde“ Vertreibung dominant, gleichzeitig kommen in den Schulbüchern verstärkt Oral-History-Methoden zum Zuge, wodurch die jeweils subjektive Sicht von Flüchtlingen und Vertriebenen stärker berücksichtigt wird und der Prozess der Integration der Flüchtlinge eine differenziertere Darstellung findet. Zusammenfassend kommt die Autorin zu der durch ihre Darstellung gut belegten These, dass bewusste Nicht-Erinnerung ebenfalls eine Form der Erinnerung darstellt. Angesichts des immer wieder aufflackernden Vertreibungsdiskurses in Deutschland und in den östlichen

Nachbarländern und angesichts damit verbundener polemischer Zuspitzungen und Konflikte kommt sie mit *Christa Wolf* zum Ergebnis, dass die Vergangenheit nicht tot, ja nicht einmal vergangen sei, dass von deckungsgleichen historischen Gedächtnissen nicht die Rede sein könne und dass nicht alle Erinnerungen transnational vermittelbar seien. (S.131-132)

Diesem abschließenden Resümee von *Madlen Benthin*, das auf einer sorgfältig recherchierten und ausgewogenen Untersuchung beruht, kann man uneingeschränkt zustimmen.

ZW

Erika Worbs, Andrzej Markowski, Andreas Meger (Hg.): Polnisch-deutsches Wörterbuch der Neologismen. Harrassowitz-Verlag. Wiesbaden 2007, XXII+320 S.

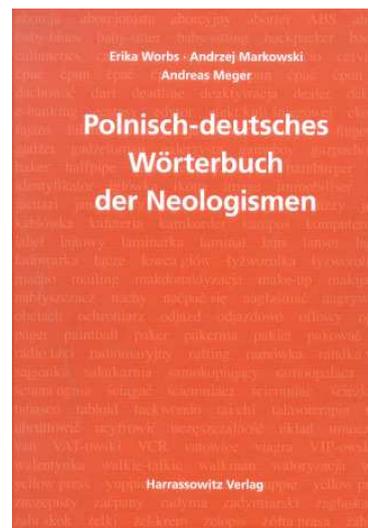
Dieses unter der Gesamtdirektion von Erika Worbs entstandene Wörterbuch stellt eine Gemeinschaftsproduktion des Arbeitsbereichs Polnisch am Fachbereich Angewandte Sprach- und Kulturwissenschaft der Universität Mainz in Germersheim und des Instituts für Polnische Sprache der Universität Warschau dar. Es entstand zwischen 2001 und 2006 und wurde von insgesamt zehn wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und StudentInnen der beiden Universitäten vorangetrieben. Finanzielle Unterstützung fand das ehrgeizige Projekt beim DAAD und beim Komitee Badań Naukowych [Komitee für Wissenschaftliche Forschungen] in Warschau.

In diesem zweisprachigen Wörterbuch der Neologismen sind die lexikalischen Veränderungen im Polnischen der letzten 15 bis 20 Jahre gezielt registriert worden, so dass das Nachschlagewerk reiches Material für vergleichende Untersuchungen zur Internationalisierung bzw. Europäisierung der Sprachen und zur gegenseitigen Beeinflussung des polnischen und des deutschen Wortschatzes bietet.

Die hier gesammelten und eingetragenen Neologismen sind von überindividueller Bedeutung und haben Eingang in die Allgemeinsprache gefunden. Okkasionalismen wie zum Beispiel „czasopodwajacz“ [Zeitverdoppler] bleiben ausgeschlossen.

Im Hinblick auf die Diskussion, was man unter einem Neologismus zu verstehen habe, sind die AutorInnen der Auffassung, dass ein neues Wort, auch wenn es in einem allgemeinen Wörterbuch verzeichnet ist, noch für eine ganze Weile seinen Neuheitswert behält. Insofern hat man auch solche Wörter verstärkt in das Wörterbuch aufgenommen. Überdies gibt es im vorliegenden Werk aber zahlreiche Neubildungen, die bislang lexikographisch nicht kodifiziert waren, jedoch aufgrund ihrer Frequenz in Wortlisten, Korpus- und Internetbelegen als usuell anzusehen sind. (S. X)

Vom chronologischen Ansatz weichen die AutorInnen nur dort ab, wo aufgrund sprachnormativer Bedenken, aber auch aus politisch-ideologischen Gründen – insbesondere vor 1989 – lexikographische Lücken entstanden, wie zum Beispiel bei so



weit verbreiteten Wortneubildungen wie „demoludy“, „ubek“, „esbek“, die bereits in der Ära des real existierenden Sozialismus entstanden.

Dies gilt auch für die meisten Zweige der Pop- und Rockmusik, die bereits in der Volksrepublik Polen bekannt waren, aber von der Lexikographie nicht berücksichtigt wurden, wie zum Beispiel „punk“, „techno“ etc. Schließlich auch für die heute massiv auftretenden kulinarischen Bezeichnungen, die in Polen zuvor nicht verbreitet waren: „kebab“, „grojer“, „paella“ etc. Diese „unechten Neologismen“ werden in den einzelnen Wörterbuchartikeln alle durch ein nachgestelltes Sternchen* gekennzeichnet.

Im Hinblick auf die Gebrauchshäufigkeit von Neologismen ist man von mindestens drei Belegen aus verschiedenen Quellen ausgegangen, bevor sie in den Korpus aufgenommen wurden.

Zahlreiche, sehr produktive Hybridbildungen mit euro-, eko-, bio- sowie die im öffentlich-politischen Bereich populären deonymischen Wortbildungen wie „michnikowszczyzna“, „kuroniówka“, „lepperysta“, usw. fanden Eingang in das Wörterbuch.

Der Materialkorpus wurde aus drei übergeordneten Quellenarten geschöpft: aus allgemeinen und speziellen Printwörterbüchern ab 1992, aus gedruckten Materialien (Presse, Bücher, Wortschatzmaterialien) sowie aus dem Internet; dagegen spielte die Belletristik eine nur untergeordnete Rolle.

Aufgenommen wurden auch die Benennungen von Trendsportarten, die zuvor noch nicht gebräuchlich waren, von denen man aber annehmen darf, dass dies – analog zur Entwicklung in der deutschen Sprache – der Fall sein wird: zum Beispiel „canyoning“ oder „curling“. Aber auch Neologismen, die der politischen Entwicklung nach 2005 geschuldet sind, wie „moherowe berety“ oder „łże-elity“ fanden Eingang in das Wörterbuch.

Auf diese Weise entstand ein Gesamtkorpus von 3.500 Neuwörtern, Neubedeutungen, Mehrwortbenennungen und Neophraseologismen. Es ist klar, dass es sich hierbei um einen offenen Prozess handelt und dass zwischenzeitlich wieder eine recht große Anzahl von Neologismen entstanden ist. (S.XIV)

Hinsichtlich der Bedeutungserklärung folgt auf das Stichwort meistens eine knappe Definition der Bedeutung, die durch ein Synonym gestützt werden kann. Dies ergibt sich aus dem Umstand, dass es bei Neologismen nur selten lexikographische Beschreibungen und entsprechende Äquivalente gibt, die Paraphrase also notwendig ist.

Ein besonders interessantes Phänomen bilden die kaum vorhandenen Äquivalenzen im Bereich der Umgangssprache, da deutsche umgangssprachliche Entsprechungen weder semantisch noch pragmatisch gleichwertig sind. Insofern werden in der Regel ganze Synonymbündel angeboten. (S. XVII)

Eine wichtige Hilfe bildet die Einbeziehung polnisch-deutscher Kontraste, also das Aufzeigen von Differenzen zwischen dem polnischen Neologismus und der deutschen Entsprechung, auf die jeweils gezielt hingewiesen wird, zum Beispiel „crack“, „koksować“ oder „biała niedziela“ (S. XX)

Das Wörterbuch verfügt auf den Innenseiten des Einbandes und der jeweils ersten und letzten Buchseite über anschaulich kommentierte Musterbeispiele, in denen die verwendeten Piktogramme, Abkürzungen und Hervorhebungen aufgeschlüsselt werden.

Außerdem ist ihm ein Verzeichnis der Quellenabkürzungen und Abkürzungen sowie eine Zeichenlegende beigelegt worden. (S. XXII)

In der Tat muss man den Herausgebern zustimmen, wenn sie im Vorwort hervorheben, dass ein Wörterbuch der Neologismen auch ein anschauliches Lesebuch zur Zeitgeschichte, Kultur und Mentalität eines Landes sowie zu den polnisch-deutschen Beziehungen darstellt. Neben Sprachwissenschaftlern und Lexikographen ist es deshalb für all jene von Interesse, die sich kontinuierlich mit der neusten Entwicklung in Polen beschäftigen und darüber hinaus viel mit (jungen) Menschen aus Polen zu tun haben. Zu den letzteren gehört der Rezensent, für den dieses Wörterbuch deshalb nicht nur ein Lesevergnügen, sondern auch eine wertvolle Arbeitshilfe darstellt.

ZW

Deutsches Polen-Institut (Hg.): Jahrbuch Polen 2008. Jugend. Harrasowitz-Verlag. Wiesbaden 2008, 236 S.

Das DPI legt mit dem Jahrbuch „Jugend“ eine ansprechend gestaltete, erfreulich erfrischende Publikation vor, die aufgrund der großen Vielfalt der beteiligten Autorinnen und Autoren, Textsorten und Ansätze sehr viel Informationen und eine Masse an aussagefähigem Quellen- und Anschauungsmaterial bietet. Nicht zuletzt die Umschlagsgestaltung sowie die Titelbilder im Essay-Teil, die allesamt von *Agata „Endo“ Nowicka* stammen, tragen dazu bei, dass man diese Veröffentlichung gerne in die Hand nimmt und darin neugierig zu blättern beginnt. Hinzu kommen informative und attraktiv gestaltete Illustrationen und Fotos sowie Infokästen auf schwarzem Hintergrund, in denen auf einzelne Personen, Musikgruppen, Jugendzeitschriften sowie Filme und Internetadressen verwiesen wird. Hier finden sich aber auch aussagekräftige Daten und Statistiken aus jugendsoziologischen Untersuchungen.



Besonders wertvoll sind die Hinweise auf die jeweiligen Internetadressen, die es erlauben, direkt und ohne Umschweife an die gesuchten Informationen zur polnischen Jugend und Jugend(sub)kultur zu gelangen.

Im zweiten übergreifenden Teil des Bandes unter dem Titel „Jugend. Literatur“ (S. 155-228) finden sich gut übersetzte und kommentierte generationenübergreifende literarische Texte solcher – mehr oder minder bekannter – Kultautoren wie *Bronisław Mai*, *Piotr Ibrahim Kalwas*, *Ignacy Karpowicz*, *Jan Krasnowolski*, *Piotr Czerski*, *Tomasz Man* und *Aleksander Jurewicz*. Und hier sind auch sämtliche Gattungen vertreten: Prosa, Lyrik und Drama. Den besonderen Reiz dieser jugendbewegten Texte macht die Tatsache aus, dass einige dieser Autoren, wie *Mai* (Jahrgang 1953) und *Czerski* (Jahrgang 1981), fast eine ganze Generation auseinander liegen. Ihre unterschiedlichen Schilderungen und Reflexionen über Jugend, Jugendlichkeit und Jugendgefühl fügen sich zu einem beeindruckenden historischen Kaleidoskop von Jugendkulturen, das von den

rebellischen polnischen 1968ern bis hin zur aktuellen, zwangsläufig marktangepassten postmodernen Generation der (un)freiwilligen Migranten reicht. In der außerschulischen politischen Bildung – etwa bei deutsch-polnischen Begegnungsseminaren mit Jugendlichen – ließen sich diese Texte oder deren Fragmente sicherlich hervorragend einsetzen, wobei es sinnvoll wäre, sie in gemischtnationalen Workshops um die polnischen Originale zu ergänzen. Dies als kurzer Hinweis für die projektgeplagten polnischen und deutschen Praktiker, die sich mit der Konzeption und Umsetzung deutsch-polnischer Begegnungsseminare mit Jugendlichen beschäftigen.

Der einführende, stärker wissenschaftlich orientierte Teil des Bandes „Jugend. Essays“ (S. 9-150) besteht aus den Beiträgen von zwölf polnischen und deutschen Jugendexpertinnen und -experten, in denen sich die Autorinnen und Autoren unter anderem mit der „Generation Nichts“ (*Kuba Wandachowicz*), der „Generation JP2“ (*Zbigniew Nossowski*), der Generation „Migration“ (*Bartosz T. Wieliński*), sowie der Jugend der 1980er Jahre in der Volksrepublik Polen (*Krzysztof Kosiński*) beschäftigen. Einen hervorragenden Überblick über die polnische Jugend von 1945 bis zur jüngsten Generation liefert überdies das Gespräch von *Anna Bikont* mit *Hanna Świda-Ziemia*, der Nestorin der Jugendforschung in Polen. Chapeau!

Hinzu gesellen sich gut recherchierte Einzelstudien, in denen das Verhältnis polnischer Jugendlicher zu Konsum und Tradition beleuchtet wird (*Tomasz Szlendak*), eine Schilderung der Situation junger Polen auf dem Lande erfolgt (*Katrin Lechler*), *Jacek Kurzepa* die verwirrende Vielzahl neuer kultureller Gesellschaftsmodelle polnischer Jugendlicher analysiert und *Tadeusz Szawiel* die Frage aufwirft, wie sich die polnische Jugend zwischen Patriotismus und europäischer Identität positioniert. Schließlich muss noch auf die profunde Untersuchung von *Bernadette Jonda* hingewiesen werden, in der das Verhältnis polnischer Jugendlicher zu Familie, Unabhängigkeit und Sex erhoben wird. Alle diese Artikel liefern wertvolle Daten, Analysen, Informationen und Interpretationen zu Trends, Moden, Werthaltungen und Überzeugungen polnischer Jugendlicher. Sie bieten adäquate Anlässe zu kontroversen und auf Vergleiche mit anderen nationalen Jugendkulturen angelegte Diskurse. Angesichts der Vielfalt gesellschaftlicher und kultureller Positionen und Haltungen, dem Fehlen von Vorbildern und dem Mangel an akzeptablen Orientierungen haben wir es auch in Polen im Jugendbereich mit zahlreichen, häufig gegenläufigen Tendenzen zu tun, in denen so mancher Zielkonflikt ausgehalten oder ausgetragen werden muss. Dass dies auch für die polnische Erwachsenenwelt und ihr Establishment gilt, spiegelt der abschließende konzise „Jahresüberblick – Polen 2007“ von *Klaus Bachmann* eindrucksvoll wider.

Die vorliegende Veröffentlichung des DPI stellt ein gut strukturiertes und leserfreundliches Kompendium zur Jugendproblematik in Polen (und Europa) dar; man darf ihr nachdrücklich eine möglichst weite Verbreitung wünschen.

ZW

Holger Münch: Leitbilder und Grundverständnisse der polnischen Europapolitik. Studien zur Europäischen Union. Bd. 6. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2007, 312 S.

Angesichts der vermeintlich unberechenbaren europapolitischen Positionen Polens, insbesondere in der Ära der Brüder Kaczyński, und des weiterhin bestehenden immensen Informationsbedarfs bezüglich der Motive polnischer Europapolitik im laufenden EU-Vertragsreformprozess stellt Holger Münch in seiner Dissertation die entscheidenden aktuellen Fragen: Welche Auffassungen von polnischer Europapolitik bestehen in Polen? Worin gründen sie? Und: Welcher Kurs ist in Zukunft zu erwarten? Damit leistet er nicht nur einen wichtigen wissenschaftlichen Beitrag zu einer "embryonalen Forschungsfrage" (S. 12), sondern überzeugt darüber hinaus mit seiner Prognose möglicher Kompromisskorridore mit dem Verhandlungspartner Polen, mit der seine Analyse der Komplexität und Vielgestaltigkeit der durch polnische Parteien vertretenen Europapolitiken schließt (S. 272ff).

Mit dem Bild des Eisbergs kann das dreigliedrige Vorgehen der Arbeit verdeutlicht werden: Untersucht werden erstens Einzelphänomene, die im Tagesgeschäft auftreten (sichtbarer Teil), zweitens, Leitbilder - mit Jachtenfuchs als Verfassungsideen operationalisiert (S. 35) - als mittlerer Teil und, drittens, Grundverständnisse als tief liegendes, zunächst unsichtbares Fundament (S. 18/21). Die Gliederung ergibt sich dabei ausgesprochen klar und nachvollziehbar aus der einleitenden Theorie- und Methodendiskussion.

In seiner komplex aufgebauten Analyse identifiziert der Autor zunächst durch die inhaltsanalytische Aufarbeitung von Äußerungen der Parteien und ihrer Führungsriege drei Typen von Leitbildern polnischer Europapolitik: das Föderalismus-, das Kooperations- und das Autonomiemodell, denen er die Parteien binnendifferenziert zuordnet. In einem zweiten Schritt werden für jedes Modell die den Leitbildern zugrunde liegenden Grundverständnisse – definiert als die Tiefenstruktur dieser Positionen und ihre historische Verankerung - auf normativer, instrumenteller und identifikatorischer Ebene untersucht.

Die normative Ebene beleuchtet dabei die "Wertbezüge der europapolitischen Argumentation" (S. 88) anhand zuvor identifizierter Cleavages (soziale Konfliktlinien), die instrumentelle Ebene untersucht die Kosten-Nutzen-Rechnungen der Akteure, die identifikatorische Dimension schließlich eruiert, welche historischen Erfahrungen die jeweiligen Konstruktionen von Identitäten bedingen. Hier entfaltet sich auf breiter, nicht zuletzt polnischer Quellenbasis die Stärke des Buches, das auch den informierten Leser durch das differenziert erarbeitete Bild polnischer Positionen und ihrer Entstehung zu fesseln und anzuregen vermag.

Insbesondere der letzte Abschnitt über die identifikatorische Dimension der Grundverständnisse ist es auch, der bei allen Leitbildtypen essentielle Hintergrundinformationen zu spezifisch polnischen Perzeptionen liefert. Hier sind es



wiederum insbesondere die historischen Begründungslinien, die unerlässlich für das Verständnis von Politikentscheidungen sind und aufgrund ihrer immensen aktuellen Bedeutung einen integralen Baustein des Wissens über den östlichen Nachbarn darstellen müssen.

Die so gewonnenen Ergebnisse werden in einem sehr knappen dritten Teil in den Kontext der französischen, deutschen und britischen Finalitätsdebatte gestellt, was die Breite der polnischen Positionen unterstreicht, die einer beim Lesen des Titels sicherlich bei Vielen entstehenden spontanen und intuitiven Reaktion klar entgegensteht.

Die Arbeit leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Entzerrung von vorgefertigten Positionen, indem sie die Komplexität und Vielgestaltigkeit der in den polnischen Parteien vertretenen Europapolitiken konstatiert, belegt und nachvollziehbar darstellt. Sie zeichnet darüber hinaus bei aller notwendigen Differenzierung ein geschlossenes Bild und vermag so einen Mehrwert an Information über und zur Bewertung der aktuellen Lage zu liefern, was eine wohltuende Abgrenzung zu Sammelbänden im gleichen Themenbereich darstellt¹, die sich weitgehend in Einzelfragen verlieren, ohne zur so entscheidenden Frage der aktuellen Auswirkungen vorzudringen.

Insgesamt profitiert Münchs Studie von ihrer konsequenten Strukturierung sowie pointierten Schaubildern. Insbesondere in der Einleitung sind die journalistischen Wurzeln des Autors nicht zu verleugnen.

Claudia Schäfer

¹ so etwa: Claudia Kraft/Katrin Steffen (2007) (Hg.): Europas Platz in Polen. Polnische Europakonzeptionen vom Mittelalter bis zum EU-Beitritt. Osnabrück: fibre. Thomas Lane/Marian S. Wolański (2007) (Hg.): Poland and European Unity: Ideas and Reality. Wrocław: WUW. Franz Merli/Gerhard Wagner (2006) (Hg.): Das neue Polen in Europa. Innsbruck: Studienverlag.

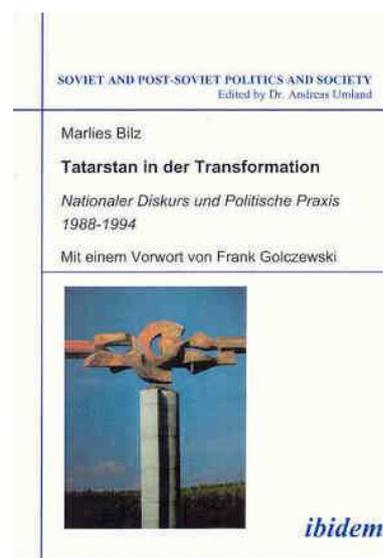
Marlies Bilz: Tatarstan in der Transformation. Nationaler Diskurs und Politische Praxis 1988-1994. *Ibidem*-Verlag. Stuttgart 2007 (=Soviet and Post-Soviet Politics and Society, 49), 445 S.

In der Zerfallsphase der Sowjetunion und während der Neuformierung der die RSFSR ersetzenden Russländischen Föderation zu Beginn der 1990er Jahre spielte die Nationalitätenfrage sowie die künftige nationalterritoriale Organisation Russlands eine zentrale Rolle. Dem größten Nachfolgestaat schien eine Zeit lang das gleiche Schicksal zu drohen wie der untergegangenen Sowjetunion – mit nicht auszudenkenden Folgen für den gesamten Bereich des einstigen Sowjetimperiums. Die rund 90 Regionen des Landes unter dem gemeinsamen Dach Russland und unter der Leitung der Moskauer Zentralverwaltung zu halten gehörte zu den größten Herausforderungen, mit denen sich damals Boris Jelzin und seine Regierung konfrontiert sahen. Die Republik Tatarstan, eine von damals 89 und heute 87 Subjekten der Russländischen Föderation, hat in jenem Abschnitt der Transitionsphase sehr maßgeblich den Gang der Ereignisse mitbestimmt, da dort Forderungen nach nationaler und politischer

Selbstbestimmung, nach Souveränität, Selbstständigkeit, ja nach völkerrechtlicher Unabhängigkeit von Russland am entschiedensten erhoben wurden. Erst nachdem den Wünschen der an der mittleren Wolga gelegenen Republik und ihrer politischen Führer in der Hauptstadt Kasan weitgehend entsprochen worden war, zeichnete sich schließlich ein Ende des ungelösten Föderalismusproblems in Jelzins Russland ab.

Die Osteuropahistorikerin und Slawistin Marlies Bilz, ehemals Kanzlerin der Musikhochschule Lübeck, hat nun mit ihrer Hamburger Dissertation eine Studie über Tatarstan in jener Übergangsphase vorgelegt. Es ist ein kulturwissenschaftlich konzipierter „Beitrag zur Nationalismus- und Transformationsforschung, in dem die identitätsstiftende Funktion des Konzepts ‚tatarische Nation‘ im Mittelpunkt steht“ (S. 29), wie die Autorin ihr Anliegen einleitend auf den Punkt bringt. Es geht um die Untersuchung, wie dieses Konzept von der politischen Elite Tatarstans zur ethnischen Mobilisierung genutzt wurde, wie tauglich es dafür war und in welchen Dimensionen, Kontexten und Kodifizierungen es umgesetzt wurde. Methodisch handelt es sich um eine Analyse des tatarischen Elitediskurses, wie er in speziellen „Diskursräumen“, d. h. Bereichen der Diskussion, der Auseinandersetzung und Debatten um Begriffe und Deutungen, geführt wurde. Marlies Bilz hat entsprechend die Dimensionen: Nation, Politik, Sprache und Bildung, Religion, Geschichte und Performanz der Nation, d. h. Ikonographie des Nationalen und der Traditionen ausgesucht, die auch die Kapitelgliederungen der Arbeit bestimmen. Ihre Analyse basiert dabei auf einem umfangreichen Quellenkorpus aus Zeitungen, Zeitschriften, wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Publikationen, aber auch aus offiziellen Dokumenten, Gesetzen, Verordnungen, Statistiken u. a. m.

Im ersten der Einleitung folgenden Kapitel: Diskursraum Nation werden die nationalen Organisationen, Einrichtungen und Akteursgruppen Tatarstans vorgestellt und



charakterisiert, wie sich diese seit der Perestrojkazeit gebildet und entwickelt haben. Hier wird die Vielfalt dieser Gesellschaften, Institutionen und Bewegungen mit ihren unterschiedlichen Programmen, Wahrnehmungen, Vorstellungen und Strategien angesprochen und ihre Position im Diskursraum markiert. Dem folgt die Untersuchung des eigentlichen politischen Transformationsprozesses von der einstigen sowjetischen Autonomen Republik zum souveränen tatarischen Staat, der allerdings seinen Platz im Rahmen der in Russland von der Verfassung gegebenen Möglichkeiten erst noch zu finden hatte. Konkret ging es um die Kompetenzabgrenzung mit der Zentralregierung in Moskau, die Tatarstan 1994 mehr Zugeständnisse als jeder anderen Gebietskörperschaft Russlands gewährte. Vorstellungen über die Gründung eines vereinigten tatarisch-baschkirischen Staates, wie er in der Entstehungsphase der Sowjetunion zu Beginn der 1920er Jahre diskutiert worden war, wurden zwar auch ventiliert, fanden aber kaum ernsthafte Befürworter. Eine ganz wesentliche Erkenntnis der von M. Bilz hier erzielten Befunde ist sicherlich die Beobachtung, dass sich die herrschende Elite, vor allem in Gestalt des bis heute an der Spitze Tatarstans stehenden Präsidenten Mintimer Šajmiev, auch deshalb für das Konzept Staatsnation entschieden habe, weil sich nur dieses in der multiethnischen Republik zur Festigung und Konsolidierung der bestehenden Machtverhältnisse nutzen ließ.

Sprache und Bildung beschreiben eine weitere Dimension, die sich für modernes Nation-building aktiv instrumentalisieren lässt. Auch in Tatarstan spielte und spielt die Sprachenpolitik eine wichtige Rolle. Allerdings scheint sie bis dato von wenig Erfolg gekrönt zu sein. Mit der zweiten Staatssprache, dem Russischen, gleichzuziehen, ist nach wie vor ein unerreichtes Ziel staatlicher Sprachprogramme. Ob dies der inkonsequenten Sprachenpolitik Kazans und unklaren Vorstellungen über Staats- und Nationskonzept geschuldet ist oder andere Ursachen hat, kann die Hamburger Historikerin aber nicht mit letzter Sicherheit klären.

Die Tataren bekennen sich fast ausschließlich zum Islam, der wie die Verfasserin zu Recht unterstreicht, „seit mehr als tausend Jahren die zentrale Quelle für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Turkvölker in der Wolga-Uralregion“ ist. Er wird in der tatarischen Gegenwart weiterhin zur Sinndeutung menschlicher Existenz und zur Lebensbewältigung gebraucht. Daher ist er auch vielfältig politisch instrumentalisierbar, wie im entsprechenden Kapitel Religion deutlich wird. Dazu gehört auch die Beobachtung, dass etwa die aufklärerische Tradition des Dschadidismus, der vor über hundert Jahren im Wolga-Uralgebiet seine Anfänge genommen hat und als eine alles Ethnische transzendierende Reform- und Modernisierungsbewegung in die gesamte islamische Welt ausstrahlte, heute keine Rolle mehr spielt. Sie musste offenkundig einem kazantatarischen Islam weichen, da nur ein solcher dem tatarischen Nation-building einen entsprechenden ethisch-moralischen Wertekanon zu liefern scheint. Dazu geeignet ist darüber hinaus die Geschichte und die historische Sprachwissenschaft, da beide den Diskurs mit Geschichtsbildern, Meistererzählungen, Thesen und Definitionen beliefern, die als Versatzstücke für die Konstruktion einer passenden Nationalhistorie bzw. auch neuer Mythen und Legenden zu Gebot stehen können. Sie bieten sich zudem zur Untermauerung von Souveränitätsansprüchen an. Dass in diesem Diskurs auch die Ethnogenese der Tataren, die Etymologie des Wortes Tatar, der Wunsch, in den

Geschichtsbüchern ein heroisches bzw. goldenes Zeitalter entstehen zu lassen und nach russischer und sowjetischer Degradierung und Deformierung aktive Entkolonialisierung zu praktizieren, Gegenstand von Diskussion und Auseinandersetzung bilden, verdeutlicht, wie hoch hier der Bedarf nach historischer Legitimierung ist und wie sehr sich die Geschichtswissenschaft zur sozialen Konstruktion von Wirklichkeit einspannen lässt.

Mutatis mutandis gilt dies auch für die Außendarstellung Tatarstans. Die Rekonstruktion zerstörter Baudenkmäler, vor allem natürlich von Moscheen, Versuche eine nationale Mode zu kreieren, traditionelle Sitten, Gebräuche und Feiertage zu revitalisieren oder auch russische Toponyme und russifizierte Namen zu retatarisieren, gehören dazu.

In ihren Schlussbetrachtungen unternimmt M. Bilz dann den Versuch, die Elemente, die den Kanon nationaler Werte im tatarischen Diskurs der untersuchten Periode konstituierten, zu gewichten und zu hierarchisieren. Sie repräsentieren die Diskursräume Geschichte, Sprache, Religion und Tradition. Demnach nahm für die tatarische Nationalbewegung wie für die politische Elite die Dimension „Geschichte“ den höchsten Rang auf der „Werteskala der tatarischen Identitätsmanager“ (S. 361) ein, gefolgt von Sprache, Religion und Tradition. Das heißt mit der Geschichte ließ sich gegen die sowjetische und russische Vereinnahmung argumentieren und mit ihr ließen sich – wenn überhaupt – auch Teile der Bevölkerung mobilisieren. Zu den weiteren Befunden zählt die Erkenntnis, dass der Faktor Religion keine Rolle spielt und auch Sprache, Tradition und Kultur nicht zur „Hyperethnisierung“ der tatarischen Bevölkerung taugten. Es habe zwar auch positive Resonanz auf die Propagierung tatarisch ethnisch-nationaler Werte gegeben, aber „im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens mit den anderen Ethnien der Republik“ hätten sich auch „Tataren gegen eine allzu starke Privilegierung ihres Ethnos und seiner Kultur“ gewandt (S. 366). Mit ihrer Doktorarbeit hat Marlies Bilz ein Thema untersucht, das uns hoch interessante Aufschlüsse darüber liefert, wie nationale Diskurse zur Herrschaftssicherung politischer Eliten bzw. des politischen Establishments in der Transformationszeit von der RSFSR zur Russländischen Föderation genutzt werden konnten und welche Rolle diese gleichzeitig für einen friedlichen Übergang spielten. Da nationale Selbstbestimmungs- und Souveränitätsbestrebungen auch in vielen anderen Regionen Russlands zu beobachten waren, bieten sich entsprechende weitere, vor allem auch komparative Untersuchungen an. Der vorliegenden Arbeit kommt das Verdienst zu, hier eine neue Forschungsperspektive aufgetan zu haben.

Auch wer sich einfach nur für Tatarstan und seine Geschichte interessiert oder für die politische und institutionelle Entwicklung dieser Wolgarepublik in jener Übergangsphase wird Marlies Bilz' informationsdichtes und gut geschriebenes Buch mit viel Gewinn lesen.

Rudolf A. Mark

Christian Rittershofer: Lexikon Politik, Staat, Gesellschaft. 3600 aktuelle Begriffe von Abberufung bis Zwölfmeilenzone. Deutscher Taschenbuch Verlag. München 2007, 810 S.



Sein Ziel hat sich Christian Rittershofer hoch gesteckt: In seinem 2007 erschienenen *Lexikon Politik, Staat und Gesellschaft* möchte er die politischen Zusammenhänge in Deutschland im Zuge fortschreitender Globalisierung fundiert, verständlich und aktuell vermitteln. In kurzen Artikeln, die in der Regel weniger als eine Seite lang sind, bricht er komplexe Fragestellungen stark herunter und reduziert sie auf knappe Definitionen. Das Lexikon umfasst 3.600 Begriffe auf 810 Seiten. Der Autor deckt ein sehr breites Themenspektrum ab: Staats- und Verfassungsorgane, Grundrechte, Gesetzgebung, Rechtssprechung und Verwaltung, Bundesländer und Gemeinden, Parteien, Wahlen, staatliche Aufgaben und Leistungen, nationale und internationale Organisationen, Europäische Union, Medien und gesellschaftliche Entwicklungen. Dabei werden Fachbegriffe der Politik durch Bezeichnungen aus angrenzenden Bereichen - wie Wirtschaft, Geschichte, Soziologie, Umwelt, Religion - ergänzt. Das Reflexionsniveau muss bei der Komplexität der aktuellen politischen Zusammenhänge und der zur Verfügung stehenden Seitenzahl

niedrig bleiben. Dabei ist aber positiv anzumerken, dass widerstreitende Auslegungen und Interpretationen zumindest angemerkt, wenn auch nicht vertieft werden, wie beispielsweise in der Konjunkturpolitik (Keynesianismus vs. Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik).

Zuweilen hätte ich mir mehr Details in Rittershofers Erklärungen gewünscht. Nicht immer liegt in der Kürze die Würze. So reduziert er die Globalisierung auf einen „politisch-ökonomischen Begriff für den immer weiter fortschreitenden Prozess weltweiter Arbeitsteilung, ökonomischer Verflechtung und Beschleunigung des Wirtschaftslebens“ (S.294f), während er die kulturelle und die ökologische Dimension der Globalisierung außer Acht lässt. Über die Auswahl der Begriffe und die Akzentuierung des Autors lässt sich streiten. Wenn Rittershofer im Untertitel betont, dass er „aktuelle Begriffe“ erklären möchte, dann sollte er auf einige Erklärungen aus dem Geschichtsunterricht verzichten: Alliierte Hohe Kommandantur Berlin, Hallstein Doktrin, Morgenthau-Plan vermitteln keine politischen Zusammenhänge in Deutschland im Jahr 2007. Es wäre zweckmäßiger gewesen, wenn er diese Zeilen für zusätzliche Erklärungen zu aktuellen Themen – wie Globalisierung und Klimawandel – verwendet hätte. Ausführlich beschäftigt er sich hingegen mit den Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschlands und dem institutionellen Aufbau der Europäischen Union. Da merkt man, dass der Autor ein Mann vom Fach ist. In seinem Studium der BWL legte er den Schwerpunkt auf „Öffentliches Recht“. Sein Schreibstil ist sachlich und politisch neutral. So erfüllt er die Erwartungen an ein Lexikon und ist trotzdem angenehm zu lesen. Durch einige schwarz-weiß Grafiken wird sein Werk sinnvoll ergänzt und grafisch aufgelockert. Internetadressen von Organisationen, Institutionen

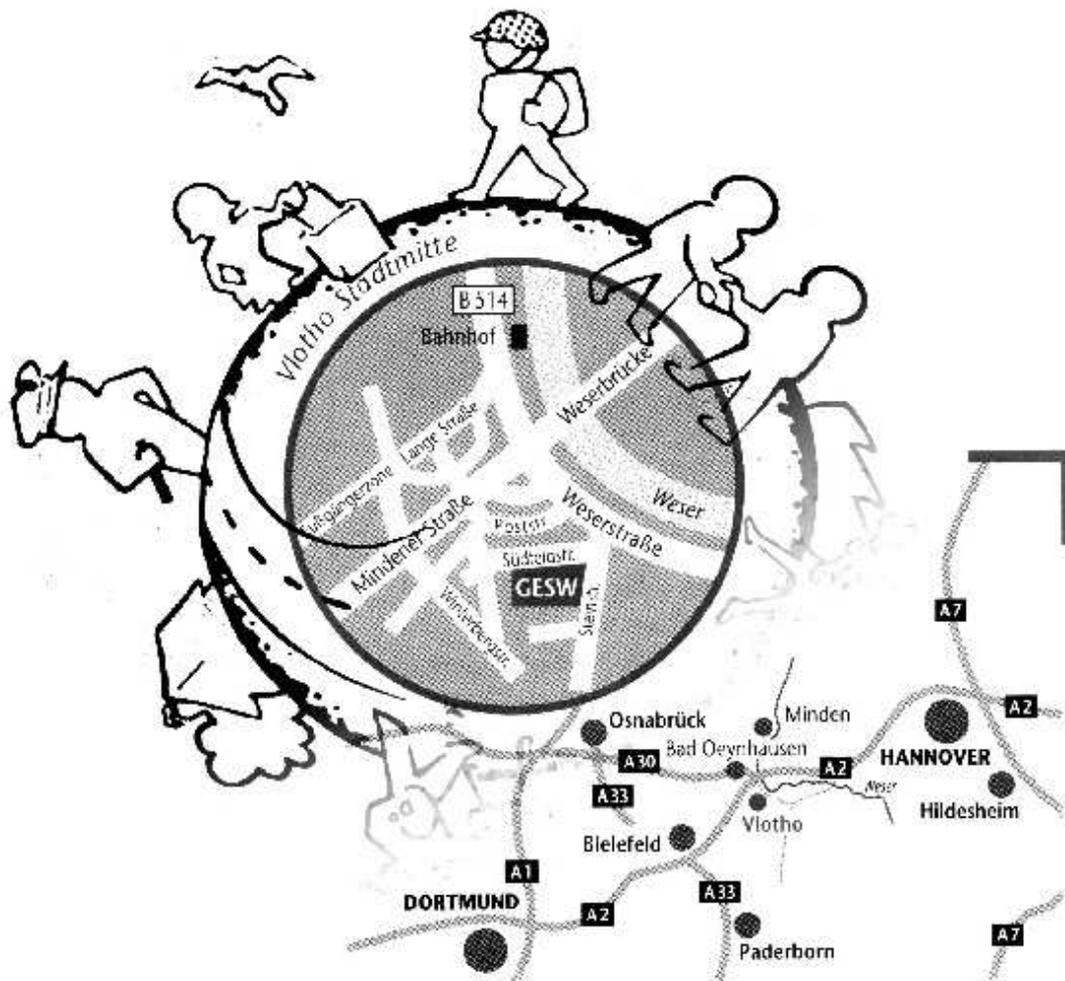
und Organen regen zu weiterführender Recherche an. Allerdings wäre auch ein Anhang mit einer Auswahlbibliographie von Vorteil gewesen. Schließlich ist der Internetauftritt von Amnesty International, des Deutschen Gewerkschaftsbunds oder des Europäischen Parlaments schnell auch über eine Suchmaschine im World Wide Web gefunden. Auf gute Standardwerke hingegen stößt man oft erst durch Empfehlungen. Das gilt besonders dann, wenn man nicht vom Fach ist und kaum Einblicke in den jeweiligen Forschungsstand besitzt.

Gerade jungen Leser/innen aus der Oberstufe und den ersten Studienjahren möchte ich dieses Lexikon empfehlen. Es ist eine gute Hilfestellung in den Politik-, Rechts-, Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften. Das kleine und kompakte Lexikon passt in jeden Rucksack, so dass Schüler/innen und Student/innen während des Unterrichts oder der Vorlesung schnell einen Begriff nachschlagen können. Es lohnt sich auch für Leser/innen mit einem fundierten (Allgemein-)Wissen in den oben genannten Fachgebieten: Sie können ihre Kenntnisse testen und auffrischen. So ist das *Lexikon Politik, Staat, Gesellschaft* eine letzte Bastion gegen Wikipedia, Google und die schnelle Recherche im Internet. Nichtsdestotrotz: Ist ein Computer mit Internetanschluss zur Hand wird die junge Generation eher einen Blick in ein kostenloses Online-Lexikon werfen. Im Allgemeinen ist zu erwarten, dass Nachschlagewerke wie das von Rittershofer, die Informationen kurz und kompakt vermitteln ohne einen gehobenen wissenschaftlichen Anspruch zu verfolgen, es zukünftig schwer haben werden eine Käuferschicht zu finden. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat bereits reagiert: Sie passt sich den neuen Nutzergewohnheiten an und bietet inzwischen sieben verschiedene Nachschlagewerke als Print- und Online-Version an.

Für Rittershofers Lexikon gilt festzuhalten: Der Autor hat sein Ziel hoch gesteckt, in einer immer stärker vernetzen und komplexen Welt will er die politischen Zusammenhänge in Deutschland erklären. Seine ausgewählten Begriffe erklärt er außerordentlich verständlich. Allerdings fehlen mir bei einigen Definitionen, die Tiefe und die Aktualität. Dennoch: Es ist ein respektables Werk.

Navina Engelage

GESW – Treffpunkt EUROPA



Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho
Südfeldstr. 2 – 4
32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale
Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro
Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

www.gesw.de | info@gesw.de